

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Monat. Einzeln in der Post-Zeitungs-Vertriebsstelle für 1894 unter Nr. 262.

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Gellstello oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 9. November 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Deutsche Kultur in Afrika.

In Sachen Leist ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. Noch hat eine höhere Instanz im Disziplinarverfahren Gelegenheit, das Urtheil der Potsdamer Richter zu korrigieren, und schließlich wird die Angelegenheit auch noch den Reichstag beschäftigen. Dann wird es sich allerdings nicht mehr um die Person des Assessors und Reserveleutenants Leist handeln, der, so sehr er typisch ist für die Ableger unseres militärisch-bürokratischen Regierungssystems in den deutschen Kolonien, doch notwendigerweise binnen Kurzem völlig von der Schaubühne verschwinden muß, da er von seiner vorgesetzten Behörde selbst aufgegeben wurde. Der Leist verschwindet, aber die Verhältnisse, die den Leist gemodelt haben, bleiben. Da wird denn allerdings noch manches scharfe Wort gesprochen und geschrieben werden müssen, bis diese Verhältnisse so geändert worden sind, daß sie dem Deutschen Reich nicht mehr zur Schande gereichen.

Welche Schande sie ihm bereiten, das springt mit erschreckender Deutlichkeit hervor aus dem neuerdings im Wortlaut veröffentlichten Disziplinarurtheil gegen den Kanzler Leist. In Ruh und Frommen aller derer, die bisher nur eine unklare Vorstellung davon gewonnen haben, wie eigentlich die deutschen Kulturträger in Afrika arbeiten, wollen wir aus den thatsächlichen Angaben der Urtheilsbegründung ein solches Kulturbild zusammenstellen. Unsere Gewährsmänner sind ganz unverdächtige Zeugen: die Potsdamer Richter, deren Wohlwollen für die gesammte preussisch-deutsche Staatstätigkeit sicher ihrer Nachsicht gegen den Angeklagten Assessor Leist die Waage hält.

Der Leist war bekanntlich zweier Vergehen angeschuldigt worden, daß er nämlich

- a) am 15. Dezember 1893 die Weiber der Dahomeesoldaten in grausamer Weise bestrast und dadurch den Zustand der Dahomeuleute veranlaßt,
- b) in der zweiten Hälfte des Jahres 1893 mit verschiedenen, im Kameruner Gefängnis untergebrachten Weibern unzüchtige Handlungen verübt und dieselben zur Duldung des Weislaufs genöthigt habe.

Von der ersten Anschuldigung wurde er freigesprochen, wegen der zweiten unter Annahme mildernder Umstände zu einer Kürzung seines Gehalts um ein Fünftel des Betrages verurtheilt. Aus der Begründung der Freisprechung im ersteren Falle erhalten wir nun über die rechtliche Stellung der Dahomee-Soldaten folgende Auskunft:

Sie waren ursprünglich Sklaven, die der König Behanzin auf seinen Raubzügen zusammengebracht und der verstorbene Hauptmann Freiherr von Cravenstein im Herbst 1891 freigelauft hatte, um sie für eine von ihm zu leitende Expedition in das Hinterland von Kamerun zu verwenden. Die in dieser Weise befreiten Sklaven, mehr als dreihundert Männer mit einer Anzahl Weiber, hatten sich in den mit ihnen in Weidach und Klein-Popo abgeschlossenen Verträgen verpflichtet, auf fünf Jahre nach Kamerun zu gehen und dort jedwede Arbeit als Träger, Soldaten, Farmarbeiter u. s. w. gegen freie Verköstigung, Bekleidung und Passage nach Kamerun zu leisten, wobei der gezahlte Verkaufspreis von 320 Mark für einen Mann und von 280 Mark für ein Weib als vorschussweise entrichteter Lohn für diese Zeit angesehen werden sollte. Die Hälfte war mittlerweile an Krankheit und Entkräftung infolge der aufgetragenen Leiden gestorben. Von dem Rest wurden etwa 50 Männer der Kameruner Polizeitruppe einverleibt, wo sie dem mit ihnen abgeschlossenen Verträge gemäß freie Verpflegung, aber keine Lohnung bezogen, während die übrigen Soldaten der Truppe gegen den üblichen Monatslohn von 30 Mark angenommen waren.

Von der Sklaverei freilassen — das klingt sehr human. In Wirklichkeit geschah der Freilaut nur, um billige Lohnsklaven für eine Expedition, dann für die Polizeitruppe zu erhalten. Und dies Geschäft müssen wir durch ein kleines Rechenexempel erläutern. Die Verkaufssumme von 320 M. sollte durch eine fünfjährige Zurückhaltung der baaren Lohnung eingebracht werden. Diese Lohnung, die anderen Soldaten gezahlt werden mußte, hätte 30 M. monatlich betragen, also 1800 M. für fünf Jahre. Somit wollte die deutsche Kolonialverwaltung den befreiten Sklaven für die Verkaufssumme einen mehr als fünffachen Betrag abnehmen.

Das ist ein Geschäftchen! Wie? Daneben verblaffen doch die Wucherpraktiken der Treuhänder und Genossen und des ollen ehrlichen Seemanns zu einem wesenlosen Schein. Welcher alte ehrliche Zivilisationsbeamte hat denn diese geriebene Ausnutzung der geschäftlichen Konjunktur, die durch die Widerstandsunfähigkeit der Sklaven gegenüber ihren „Befreibern“ gegeben war, ausgetüftelt? Er hat dadurch eine herrliche Illustration zu der Sage von der „Freiheit der Kontrakte“ geliefert.

Doch es kommt noch besser. Die Soldaten so ganz ohne Geld zu lassen, während ihre Kameraden bei gleicher Verpflegung monatlich 30 M. für ihre laufenden Bedürfnisse erhielten, ging nicht an. Geld dafür aus der Regierungskasse flüssig zu machen, das verbot die weltberühmte preussische Sparsamkeit. Da ist nun wieder so ein aller ehelicher Kolonialbeamter auf einen ganz verknüpft geschiedten Gedanken verfallen:

Um diese Ungleichheit weniger fühlbar zu machen, wurden

diesen Dahomeuleuten vom Gouvernement nach Möglichkeit Weiber, in der Mehrzahl ebenfalls losgekauft Dahomee-Sklavinnen, zugeheilt und auf Kosten der Regierung ernährt, worin für sie insofern ein Vortheil lag, als sie besser verpflegt wurden, die sonst üblichen Ausgaben für Weiber nicht zu machen hatten und vielleicht auch nach den Gepflogenheiten der dortigen Eingeborenen durch entgeltliche Ueberlassung ihrer Frauen an weiberlose Soldaten sich einen geringen Verdienst verschaffen konnten.

So sieht's wörtlich zu lesen in der Urtheilsbegründung des Potsdamer Disziplinar-Gerichtshofs, schlicht und dürr ohne ein Wort des Tadelns. Und damit harmlose Gemüther nicht etwa glauben, die „entgeltliche Ueberlassung“ der Soldatenfrauen hätte zum Zweck irgend welcher häuslicher Arbeiten erfolgen sollen, muß ausdrücklich betont werden, daß die Frauen den anderen Soldaten zur geschlechtlichen Verwendung gegen Geldzahlung an die Ehemänner ausgeliefert werden sollten. Mit anderen Worten: Die Vertreter der kaiserlichen Regierung in einer deutschen Kolonie gestatteten als Ersatz für den Sold den Regierungs-Soldaten, ihre Ehefrauen zu verkuppeln.

Eine solche Handlung wird in Deutschland durch das Reichs-Strafgesetzbuch mit Zuchthaus bedroht. Und das wird gebilligt von den Vertretern des nämlichen Staates, der in Europa unglückliche gefallene Weiber durch seine Sittenschutze verfolgen läßt und durch ein besonderes Gesetz, die lex Heinze, dem Zuhälterwesen zu Leibe geht!

Wagt es angesichts dieses schrecklichen Vorkommnisses noch irgend jemand von der Befähigung unserer vom Assessorsismus und Militarismus befallenen Bürokratie zur Kulturarbeit unter „Barbaren“ zu reden?

Von diesen Frauen nun, die die Kolonialverwaltung den Dahomee-Soldaten überwiesen hatte, verlangte sie noch obendrein körperliche Arbeiten. Mit welchem Recht? Ist es sonst Sitte, daß man die Ehefrauen der Soldaten zu unentgeltlichen Arbeiten im Regimentsdienst zwingt? Die einzige Erklärung für die absonderliche Zuthaltung der Kolonialverwaltung ist darin zu finden, daß sie die Frauen schlankweg als ihre Sklavinnen behandelte. Selbst der landesübliche Brauch berechtigt sie nicht dazu, die Frauen zur Arbeit zu zwingen, denn in dem Erkenntniß wird an einer anderen Stelle ausdrücklich hervorgehoben, daß „dort wie in anderen Kolonien der afrikanischen Westküste Weiber im allgemeinen überhaupt nicht zur Arbeit verwendet werden“.

Daß die Frauen dieser Behandlung, die wider alles Recht und wider allen ihren heimischen Brauch über sie verhängt wurde, sich nicht gutwillig fügten, ist erklärlich.

Feuilleton.

Erinnerungen eines Kommurarden.

Aus dem Französischen von Jakob Rudorf.

Der Tod des Barons erfolgte unmittelbar. Sein Körper sank an der Mauer, gegen welche er sich gestützt hatte, nieder und blieb auf dem Teppich liegen. Sylvia hatte den Revolver fallen lassen und ging schrittweise rückwärts. Sie konnte ihre schreckhaft erweiterten Augen nicht abwenden von dem Körper des Menschen, der ihr so viel Abscheu eingefloßt hatte.

In diesem Augenblicke verdoppelte sich das Unwetter und plötzlich erscholl zwischen zwei heftigen Donnererschlägen die Hausglocke, welche mit kräftiger Hand gezogen wurde. Sylvia schrak zusammen und entriß sich gewaltsam ihrer düsteren Betrachtung. Sie verschloß die Thür des Schlafzimmers und schritt kaltblütig durch den Salon zur Hausthür, um dieselbe zu öffnen.

„Guten Abend, meine schöne Kranke!“ schallte die Stimme des Doktor Marcas ist hell und freundlich entgegen. „Verzeihen Sie, wenn ich etwas früher komme als versprochen. Es ist erst halb 10 Uhr statt 10,“ sagte er, sich entschuldigend, indem er nach seiner Uhr sah. „Es hat aber seinen Grund darin, daß ich mit Ihnen noch etwas zu sprechen habe. Aber beim Himmel! Wie sind Sie bleich! rief er plötzlich aus, indem er sie besorgt betrachtete. „Lassen Sie mich den Puls sehen. Oh, hm, das vertrackte Gewitter ist wohl Schuld!“

„Das Gewitter!“ murmelte Sylvia mit erstarrter Stimme.

„Ja, ja, das Gewitter. Nun, nun, das wird wohl vorübergehen, die Pulsschläge werden schon regelmäßiger. Wer weiß, ob eine gute Neuigkeit ihn nicht vollends beruhigen würde.“

„Für die arme Sylvia giebt es keine guten Neuigkeiten mehr, theurer Doktor,“ flüsterte sie mit gebrochener Stimme.

„Wer weiß, wer weiß?“ murmelte der „böse“ Marcas lächelnd. „Sehen Sie, ich habe Ihnen doch geschrieben, daß es mir gelungen ist, Ihren Wunsch, mit dessen Ausführung Sie mich beauftragt, zu erfüllen.“

„Ja, Doktor.“

„Nun also, sehen wir den Fall“ — begann er zögernd, „nehmen wir an“ — er hielt inne, ohne den Puls Sylvia's los zu lassen — „denken wir uns, daß Jacques, Ihr theurer Gemahl, anstatt getödtet worden zu sein, nur verwundet wurde.“

Sylvia erhob ihr Haupt und verschlang ihn mit den Blicken.

„Ja, ja, nur verwundet, es kann Alles bei diesen vertrackten Schießwaffen vorkommen.“

„Jacques ist nicht todt!“ rief sie zitternd aus und erhob sich plötzlich glühend.

„Still doch, liebes Kind, vor allem Ruhe; sehen Sie sich wieder. Nun ja, er ist nur verwundet, ernstlich, sogar sehr ernstlich. Ich hoffe jedoch —“

„Jacques!“ rief sie aus, „Jacques! Er lebt, er lebt! Doktor, wo ist er? O, er ist hier — hier — Jacques, Jacques!“

Die Thür öffnete sich plötzlich so weit nur möglich: Sylvia!

„So rief ich ins Zimmer dringend, da ich mich länger nicht zu halten vermochte.“

Sie sprang an meine Brust und ein heißer Strom von Thränen betregte mein Gesicht.

„Weinen Sie, weinen Sie! das ist das Beste!“ rief der Doktor, indem er mit Geräusch sein Taschentuch gebrauchte und selber weinte, ohne es zu wissen.

„Er lebt, er lebt!“ schluchzte sie, mich mit Küffen bedeckend.

Plötzlich erfaßte sie meine Hand.

„Komme Jacques, komm,“ sprach sie, indem sie die Thür zu ihrem Schlafzimmer öffnete und mich bis zu der Leiche hinzog.

„Gerettet!“ sprach sie, indem ihre Stimme einen fast überirdischen Ausdruck annahm, „gerettet und gerächt!“

Das Journal der „anständigen Leute“, das „bestunterrichtete“ Blatt von Paris, der Moniteur der Polizei, dessen Namen wir nicht besonders zu nennen brauchen, brachte am folgenden Tage nach dem oben geschilderten Ereignisse an der Spitze des Stadtklatsches folgende Notiz: „Im Augenblick da wir unser Blatt schließen, geht uns eine betrübende Nachricht zu, welche nicht nur eine der achtbarsten Familien von Paris mit tiefer Trauer erfüllt, sondern auch die diplomatischen Kreise tief be- rühren wird.“

Der Baron Lucien Meylan, Bureauchef im Ministerium des Aeußeren, welcher bestimmt war, demnächst eine hervorragende Stellung in einer bedeutenden Bottschaft zu bekleiden, wurde heute Morgen bei Tagesanbruch an der Mauer des Friedhofes Montmartre als Leiche aufgefunden von Händlern, welche zu Markte zogen.

Der Polizeikommissär des Stadttheiles, welchen man schnell benachrichtigte, erschien sofort am Orte des traurigen

Sie setzten der Kolonialverwaltung passiven Widerstand entgegen. Da greift nun Herr Assessor und Reserve-Lieutenant Leist zu seinem Spezialmittel: Prügel mit der Nüpferspeitsche. Der Disziplinar-Gerichtshof ist zu der Ansicht gekommen, er sei dazu berechtigt gewesen. Die Vorfrage, ob Leist überhaupt ein Recht hatte, die Frauen zur Arbeit zu zwingen, hat er gar nicht untersucht. Doch selbst das Weiberprügeln an sich ist eine spezielle Barbarei des deutschen Kulturträgers. Sie widerspricht sogar dem Landesbrauch. Das Erkenntnis sagt darüber selbst:

Das zunächst die in Ost- und West-Afrika im allgemeinen herrschende Auffassung über die Vollziehung der Prügelftrafe an Weibern anlangt, so haben die hiezu vernommenen Zeugen bezeugt, daß die förmliche Verhängung dieser Strafe über Weiber am Kongo und in der französischen Kolonie Gabun unbekannt, in Lagos und an der Goldküste verboten ist, dagegen in den portugiesischen Besitzungen vorkommt.

Also nur in den portugiesischen Besitzungen kommt sie vor. Darin liegt aber ebensowenig eine Rechtfertigung für ihre Anwendung in Kamerun, als wenn ein Beamter in Deutschland jemand pfehlen lassen wollte, weil das in der Türkei geschieht. Trotzdem hielt der Disziplinargerichtshof den Kanzler Leist kraft seiner Disziplinarergewalt über Eingeborene zur Verhängung dieser barbarischen Strafe an den Soldatenfrauen für befugt. Wie er das mit dem Recht und der Logik vereinbart, ist sein Geheimnis.

Die näheren Umstände der schencklichen Exekution und des Aufstandes, der dadurch hervorgerufen wurde, übergehen wir hier. Wir haben früher bereits uns darüber ausgesprochen. Aber einer anderen Rechtsinstitution von Deutsch-Kamerun, den Pfandweibern, müssen wir noch einige Worte widmen, da wir auch darüber aus dem Erkenntnis erst nähere Aufklärung erhalten.

Die Pfandweiber sind nicht etwa Geiseln fremder Stämme. Es sind Pfandobjekte in der buchstäblichen Bedeutung des Wortes. Gerath ein Eingeborener in Schulden, so verpfändet er dem Gläubiger seine Ehefrau. Das Erkenntnis erklärt das mit der Thatfache, daß die Frauen noch vor kurzem in Kamerun einen „Gegenstand des Handels“ gebildet haben.

Diesem Verhältnis entspricht es, daß dort von jeder Weiber von ihren Eigenthümern als Pfand für Schulden den Gläubigern gegeben worden sind, wodurch dann ein Druck auf den zahlungsunfähigen oder schlichtigen Schuldner ausgeübt werden kann, während andererseits wegen Schulden inhaftirten Eingeborenen die Möglichkeit gewährt ist, sich durch Bestellung eines Weibes aus der Haft zu befreien und die zur Befriedigung des Gläubigers erforderlichen Mittel durch Arbeit zu erwerben.

Erst eine Errungenschaft der deutschen Kolonialverwaltung ist es nun aber, daß diese Pfandweiber von dem Gouverneur „aus Gefälligkeit für die Schuldner“ im Regierungsgebäude in Verwahrung genommen wurden. Zur Zeit des Herrn Leist wurden sie wegen ihrer großen Zahl in Gefängnis und in der Pfandkammer untergebracht. Das Erkenntnis behauptet, daß nach Anschauung der Eingeborenen nichts Anstößiges darin liege, wenn solche Pfandweiber von den Gläubigern und anderen Leuten „geschlechtlich gebraucht“ würden, vorausgesetzt, daß das „gegen Bezahlung“ geschehe.

Dieser Auffassung widerspricht, was man sonst über das eheliche Verhältnis bei Negern weiß. Indes Herr Leist hat sich diesen angeblichen Brauch zur Befriedigung seiner und seiner Gattfreunde Gelüste zu nütze zu gemacht.

Das ist es, was das Gericht zu einer Verurteilung unter Anrechnung mildernder Umstände veranlaßt hat. Es hebt indes lobend hervor, daß er immer baar bezahlt hat, und hat sich auch überzeugt, daß er nicht hat Gewalt anwenden lassen, um die Pfandweiber gefügig zu machen. Aus den Gründen erfahren wir nun aber noch,

„daß viele Expeditionsbeamte, die im Gouvernementshause logirt hätten, sich dorthin Weiber hätten kommen lassen und daß die Offiziere der Klein-Popo anlaufenden Kriegsschiffe, die bei den dortigen Beamten gewohnt haben, von diesen mit Weibern versorgt worden seien“.

was Leist zu seiner Entschuldigung geltend gemacht hat. Diese Entschuldigung hat der Gerichtshof nicht anerkannt, obgleich das Bestehen dieses lieblichen Brauches zur Milderung der Strafe beigetragen hat. Auch

„die Behandlung des Zeugen Schmidt über verschiedene Fälle brutaler Vergewaltigungen von Negermädchen aus guten Familien durch hochstehende Beamte und Offiziere in einer der westafrikanischen nicht-deutschen Kolonien“

Fundes, um, wie üblich, die Thatfachen festzustellen. Da sowohl alle Werthsachen, wie auch die gefüllte Börse bei der Leiche aufgefunden wurden, so ist jeder Verdacht eines Raub- oder selbst eines Mordanfalles ausgeschlossen, um so mehr als man unter der Hand des Barons einen kleinen sechsblättrigen Revolver englischer Arbeit fand, der noch mit fünf Schüssen geladen war.

In der Briefstache des Verstorbenen fand man einen an diesen adressirten Brief des Doktors Jean Marcas, Militärarzt im Range eines Majors eines unserer Infanterie-Regimenter. Dieser Arzt, vom Polizeikommissar herbeigerufen, erklärte, daß der Brief in der That von ihm herrühre, obgleich er den Baron Meylan nie persönlich gekannt habe, und gab derselbe, nachdem er den Leichnam aufmerksam untersucht, sein Entachten dahin ab, daß der Tod des Unglücklichen nur einem Selbstmorde beizumessen sei.

Man ergeht sich vergeblich in Muthmaßungen über die Beweggründe, welche den Baron zu einem solchen traurigen Entschluß veranlassen konnten. Die Leiche des Verstorbenen wurde in seine Wohnung, Rue Turanne Nr. 12, geschafft.

Sowohl seine Familie, als auch seine Freunde erfahren durch dieses traurige Ereigniß einen unersehlichen Verlust und in den Reihen der Kämpfer für die Sache der Ordnung, unter denen er einer der Muthigsten war, hinterläßt er eine Lücke, die schwer auszufüllen sein wird.“

Epilog.

Im Beginne dieser Erzählung habe ich dem Leser mitgeteilt, daß Jacques Meylan bei unserem Zusammentreffen in Genf mir seine Aufzeichnungen, welche eine Art Tagebuch bildeten, übergab, mit der Bitte, dieselben seiner Zeit zu veröffentlichen.

Dem Briefe, in welchem er mich bat, mit der Veröffentlichung zu beginnen, folgte ein längeres Schreiben, welches ich hier gleichfalls seinem ganzen Inhalte nach mittheile und das die Erinnerungen eines Kommunitars als Epilog beschließen wird. Das Schreiben lautete:

trägt zur Charakterisirung europäischer Zivilisationsthätigkeit in Afrika bei, wie es für Leist bezeichnend ist, daß er so etwas zu seiner eigenen Entschuldigung zu verwenden wagt.

Der Gerichtshof konnte sich ferner der Erkenntnis nicht verschließen, daß der Kanzler Leist seine amtliche Stellung mißbraucht hat, da er

„die betreffenden Weiber überhaupt nicht oder doch jedenfalls nicht zu jeder beliebigen Tages- und Nachtzeit, wie er es gethan hat, hätte benützen können, wenn er damals nicht gerade der erste Beamte der Kolonie gewesen wäre.“

Das mußte ihm denn als strafsverschärfend in Anrechnung gebracht werden. Milde genug ist diese Strafe dennoch ausgefallen. Doch wir haben hier nicht in erster Reihe mit Herrn Leist, sondern mit dem gesammten System der deutschen Kolonialverwaltung abzurechnen.

Die deutsche Kolonialverwaltung sitzt jetzt auf der Anklagebank, nicht nur Herr Leist.

So lange es noch derartige deutsche Kolonien giebt, die wir prinzipiell verwerfen, verlangen wir, daß das Verwaltungssystem geändert wird von Grund auf, damit der Affessorismus und der Militarismus in Afrika nicht mehr zu einer Willkürherrschaft mit solchen abscheulichen Gistblättern, wie sie der Prozeß Leist enthält hat, anzuwachsen können.

Wir verlangen auch, daß derjenige Beamte, der die Nichtwürdigkeit begangen hat, den Regierungssoldaten als Ersatz für den Sold die Verpöhlung ihrer Frauen anheimzugeben, gleichfalls vor Gericht gestellt wird, denn er hat den deutschen Namen mit zehnfach größerer Schmach beladen als Leist.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 8. November.

Au die falsche Adresse. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung beschwert sich heute darüber, daß die deutsche Presse überall Politik mit persönlicher Grundfärbung treibe. Die „persönliche Grundfärbung“ ist da, aber die Presse ist daran unschuldig. Wenn von oberster Stelle persönliche Politik gemacht wird, dann muß die Politik selbstverständlich eine „persönliche Grundfärbung“ erlangen. Wenn Bindter der Zweite eine Aenderung wünscht, dann wende er sich an die richtige Stelle!

Wie in einem Kaleidoskop die bunten Glasstücke, schwirren in den Zeitungen die Namen der Ministerkandidaten durcheinander — Ministerkandidaten für das Justiz, für das Ackerbauministerium. Mit Sicherheit hieß es schon, der Reichsbank-Präsident Koch sei in das Justizministerium berufen, dann wurde erklärt, er habe abgelehnt. Auch dem Ober-Reichsanwalt Tessenlofer ist wirklich, wie die „Vossische Zeitung“ versichert, die Stelle angeboten worden; er habe sie aber abgelehnt. Daß ein solcher Mann überhaupt in Aussicht genommen werden konnte, ist ein deutlicher Fingerzeig dafür, welcher Kurs demüthigt gesteuert werden soll.

Die Stipendiaten des Germanisationsfonds. Wir hatten gestern auf Grund einer Mittheilung der „Schlesischen Volkszeitung“ die Korruption besprochen, der die Stipendiaten schnorrenden Germanisatoren in den östlichen Provinzen anheimfelen. Es war da gesagt worden, daß die Stipendien aus dem sogenannten An siedelungs fonds gewährt würden. Die „Neuesten Nachrichten“ versuchen nun die Richtigkeit dieser Mittheilungen in folgender Weise zu rektifiziren:

Die genannten Stipendien werden nicht aus den Fonds der An siedelungs kommission gezahlt, sondern der preussische Haushalt enthält einen ständigen Posten „zur Förderung des Deutschthums in den östlichen Provinzen“, dem dieselben entnommen werden. In den letzten Jahren bestand man allerdings nicht immer auf der Erfüllung der Bedingungen, unter denen die Stipendien ertheilt waren, und im Kultusministerium hat man, wie wir hören, bereits vor einiger Zeit die Frage erwogen, ob sie nicht vielleicht ganz aufzuheben seien. Nachdem in den letzten Monaten die Verhältnisse in der Provinz Posen sich wesentlich zugespitzt haben, würde sich ein Fortbestehen der Stipendien entschieden empfehlen, doch müßte den Stipendiaten gegenüber eine schärfere Praxis als bisher zur Anwendung kommen.

Daß die zu solchen Zwecken gegebenen Stipendien immer korumpirend wirken müssen, sieht das polizeifromme Blatt nicht ein. Im übrigen ist es natürlich für die Beurtheilung der Sache selbst und ihres korumpirenden Einflusses ganz gleichgültig, aus welchem Fonds die Gelder entnommen werden. Daß die Stipendiaten sich das

Herrn R . . .

in Genf.

Morne-Rouge, den 18. März 1876.

Thurer Freund!

Sie wissen, daß ich Ihnen voll und ganz vertraue. Ich übertrug Ihnen um so lieber die Veröffentlichung meiner Tagebuchblätter, als Sie ohnehin durchaus vertraut mit den Erlebnissen meiner Pariser Irrfahrt sind. Hiermit erhalten Sie den Schluß der ganzen Erzählung:

Der Doktor Jean Marcas näherte sich uns; als er den Körper meines Bruders am Boden ausgebreitet erblickte und die Aufregung wahrnahm, in welcher sich Sylvia befand und den heftigen Schreiden, der sich in meinem Gesicht abspiegelte, zogerte er nicht, sich sofort kaltblütig zwischen uns und den Gegenstand meiner peinlichsten Ueberraschung zu stellen.

„Geht zurück in den Salon, meine Kinder,“ sprach er zu uns mit gedämpfter aber doch energischer Stimme, „und verlassen Sie sich ganz auf mich, der ich wohl nur noch allein kaltes Blut besitze.“

Sylvia, welche meine Hand nicht losgelassen, zog mich mit sich fort und näherte sich dem Divan, auf welchem sie, von krampfhaftem Schluchzen ergriffen, niedersank.

Ich tröstete sie so gut ich vermochte, nahm sie in die Arme und gab ihr die zärtlichsten Namen, welche meine Liebe mir einbog, doch sie weinte fort ohne auf meine Bittlösungen und Fragen zu antworten.

„Du willst wissen?“ sagte sie endlich zu mir, indem sie sich erhob und zum Tische schritt, von welchem sie ein krampfhaft zerknittertes Papier nahm und mir hinhielt. „Du willst wissen warum ich — da lies!“

Ich war starr vor Entsetzen, als ich den Verhaßtsbefehl gegen mich, von meinem eigenen Bruder ausgefertigt, las.

Sie zeigte mit ihrem Finger auf eine rothe Stelle an ihrem Hals: „Schau her! hier haben seine Lippen mich besudelt!“

(Schluß folgt.)

Geld zu erschwindeln pflegen, giebt das Blatt ja zu, und so wird es bleiben trotz einer „schärferen Praxis“.

Mahregelung von Post-Assistenten. Das Organ des Postassistenten-Verbandes bringt in der Nummer vom 1. November folgenden Artikel aus Köln:

Daß ungeachtet aller Versicherungen der Vertreter der obersten Postbehörde, es würde kein Beamter wegen seiner Zugehörigkeit zum Verbande deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten dienstlich beehelligt oder gar durch Verweisungen gemahregelt, dennoch Beamte wegen ihrer Verbandsgemeinschaft verweist werden, dafür mögen als Beweis die förmlich statgehabten Verweisungen der angestellten Postassistenten Gustorf und Dresbach, welche beide dem Verbande angehören, vom Bahnpostamt 9 zu Ostpostankalten in Köln dienen. Sehr bezeichnend dabei ist das Vorgehen sowohl gegen diese beiden Herren, wie auch gegen die andern dem Verbande angehörigen, beim Bahnpostamt Nr. 9 beschäftigten Beamten überhaupt. Zunächst werden die Assistenten befragt, ob sie dem Verbande angehören und zum Ausscheiden aus demselben zu bewegen versucht; sie könnten andern in der Jahrgruppe, in welcher sie augenblicklich beschäftigt seien, nicht weiter verwendet werden, da ihnen die Verbandsgemeinschaft ausserdienstlich keine Zeit lasse, die Abfertigungs-Uebersichten u. s. w. zu studiren. Aus diesem Grunde erfolgt demüthigt die Befschäftigung in einer andern Jahrgruppe, wenn der Austritt nicht erklärt wird. Da die genannten Herren ihr Ausscheiden aus dem Verbande trotzdem nicht erklärten, so erfolgte deren Zurückziehung aus dem Jahrdienste.

Wie verhält sich das mit der Versicherung der Postverwaltung, daß die Assistenten nicht gehindert werden sollen, sich dem Verbande anzuschließen? —

In der Sitzung des Bundesrathes vom 8. November wurden der Entwurf von Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetze über den Schutz der Briefstauben und den Briefstaubenverkehr im Kriege, sowie verschiedene Posten zum Etat für 1895/96 genehmigt. —

Nicht nur für die Umsturzbekämpfung, auch für handelspolitische Reaction bieten sich die Nationalliberalen an. In München erklärte gestern der nationalliberale Reichstagsabgeordnete für Hof, Kommerzienrath Münch-Ferber, in einer Versammlung, die nationalliberale Partei werde es an ihrer Mittheilung zur Abwehr des Umsturzes nicht fehlen lassen. Ferner werde die nationalliberale Partei geschlossen gegen Handelsverträge stimmen. Da werden diese Mannesheelen ja bald sich von den konservativen Agrariern auch bei hellem Tage nicht unterscheiden lassen.

Zur Fuchsmühler Sache. Gegenüber den Versuchen des Freiherrn v. Zoller, seine Schuld an den Fuchsmühler Vorgängen zu beschönigen, veröffentlicht der „Regensburger Anzeiger“ eine Zuschrift, in der es heißt:

„Wielach herrscht noch Unkenntnis darüber, ob die Gemeinde denn auch alle Wege der Güte beschritten hätte, besonders ob sie sich an den vielgenannten Herrn Baron Zoller gewendet hätte. Gewiß, der Herr weiß alles. Im Frühjahr laufenden Jahres war eine Deputation bei dem Herrn Baron, welche in bescheidenster Weise um das rückständige Holz für 1893 bat. Der Baron sagte: Quod non! Er fühlte sich nicht erzwungen.“

Auch die Behörden scheinen sich nicht zu erinnern, daß die Gemeinde alle möglichen Schritte gethan hat. Das beweist, daß am Montag vor dem Unglück der gleichfalls vielgenannte Bezirksamtmann Wall von Tirschenreuth, der die Erlaubnis zum Angriff gab, zu den Reichlern sagte: „Haltet Ihr Euch nur einmal an das Bezirksamt gewendet!“ Und Herr Regierungskommissar Andrian meinte in der Gemeindeversammlung: „Haltet Ihr Euch doch einmal an die Regierung gewendet!“

Antwort: Alles ist geschehen!
Am 3. September 1893 ging eine wohlmotivirte Eingabe an das Bezirksamt Tirschenreuth ab.

Am 1. November 1893 abermals an die gleiche Amtsstelle.

Am 19. Juni 1894 an die k. Regierung in Regensburg.

Am 13. Juli 1894 an das Ministerium der Finanzen. Die Antwort erfolgte am 4. Juli 1894 (!).

Was will man mehr? Die Antwort kann man sich ja denken. „Man“ war nicht zuständig, „man“ verwies auf die ausstehende gerichtliche Entscheidung. „Man“ wunderte sich also nicht, wenn endlich die Schuld der Leute erschöpft wurde.“

Je mehr Licht in die Sache kommt, um so mehr vergrößert sich die Schuld des Herrn v. Zoller und die Mitschuld der Regierung. —

Die württembergischen Landtagswahlen sind auf Ende Januar anberaumt. Das Mandat der jetzigen Kammer läuft am 9. Januar 1895 ab. Man schreibt uns dazu:

Die bevorstehenden Wahlen bilden jetzt überall den Gesprächsstoff. Obwohl der Termin für die Wahl noch nicht genau bekannt ist, rüsten sich schon alle Parteien, um nach der amtlichen Bekanntmachung des Wahltermins gleich auf dem Plan zu sein und jede möchte der anderen den Rang ablaufen. Da die Sozialdemokratie sich diesmal ernstlich an der Wahl betheiligen wird, so ist unferen sämmtlichen Gegnern der Schreck in die Glieder gefahren, sie jammern und wehklagen über die bösen „Sozial“, alle württembergischen Amts- und sonstigen Käseblättern sind schon seit Wochen mit spaltenlangen Artikeln gegen die Sozialdemokratie gefüllt, sie legen alle Gebel in Bewegung, um uns bei dem Landvolk anzuerschwärzen, sogar der demokratische „Beobachter“ leistet wirklich großartiges, da er eingeleben hat, daß die Tage der früher so mächtigen Volkspartei gezählt sind.

Die württembergischen Parteigenossen sind schon lange zum Kampf geräthet; in allen Wahlkreisen fanden und finden theilweise zur Zeit noch Wahlkreisversammlungen statt, überall wird jetzt agitirt. Die Kandidaten stellen sich schon an verschiedenen Orten ihren Wählern vor und es wird sicher nichts außer Acht gelassen, um einige Sitze zu erobern. Es ist zwar sehr fraglich, ob wir einen Platz im „Halbmondsaal“ einnehmen werden, denn die Eintheilung der einzelnen Wahlkreise ist für die Partei sehr ungünstig, da das Landvolk überall die aufgeklärten Arbeiter überstimmt wird. Doch wird dies die württembergischen Genossen nicht hindern, mit um so größerem Eifer für unsere Sache einzutreten. —

Rußland. Noch immer hört man, wie ein Petersburger Korrespondent der „Köln. Ztg.“ mitzutheilen weiß, von kriegsgerichtlichen Bestrafungen von Offizieren wegen Theilnahme an verbotenen geheimen Verbindungen, d. h. wegen nihilistischer Umtriebe. Die Thatfache selbst wird immer streng geheim gehalten. Sehr schwerer Vergehen muß sich ein Premierlieutenant Boborykin vom 14. Dragoner-Regiment schuldig gemacht haben, denn er wurde vom Warschauer Kriegsgericht zum Verlust des Ranges, des Adels und aller sonstigen Rechte sowie zu lebenslänglicher Bergwerksarbeit in Sibirien verurtheilt. Wie es heißt, soll er an dem Nordanschlag theilhaftig gewesen sein, der gegen Kaiser Alexander III. anlässlich der für diesen Herbst festgesetzten, später abgeänderten Herbstjubiläum geplant wurde. Boborykin soll die beiden Manifeste Nikolai II. ausgearbeitet haben. Danach hat das russische

Voll nichts Besseres von Nikolaus zu erwarten als von seinem Vater.

„Der große Friedensrifer“, das ist der offizielle Titel, den russischer Byzantinismus dem verstorbenen Zaren erteilt. Alexander III., dem Urheber unzähliger Verschönerungen und Attentate auf der Balkanhalbinsel und unzähliger Raubzüge in Asien soll auf Befehl des neuen Zaren ein „National-Deinkmal“ mit dieser Inschrift errichtet werden. —

Rumänien. Man schreibt uns:

Die Programmnummern des täglichen Parteiorgans der rumänischen Sozialdemokratie ist erschienen. Die bedeutendsten Männer Rumäniens sind auf der Mitarbeiterliste verzeichnet. Die Zeitung ist in großem Stile angelegt und gelangt drei Mal täglich zur Ausgabe. Am 8 1/2 Uhr Morgens, mit den Parlamentsdebatten des vorhergegangenen Tages und die neuesten, während der Nacht eingelaufenen Nachrichten. Um 12 1/2 Uhr Nachmittags mit den Morgenachrichten und Provinzkorrespondenzen. Um 5 Uhr Nachmittags mit den Tagesnachrichten und den Parlamentsdebatten des laufenden Tages bis zur Ausgabezeit. Die Zeitung ist vielseitig angelegt und vereint alle Anforderungen, die an ein Parteiorgan des Proletariats gestellt werden müssen. Völlig neu in Rumänien ist die Einrichtung, daß täglich Korrespondenzen aus den Dörfern veröffentlicht werden, um eine engere Verbindung zwischen Land und Stadt herstellen zu können. Eine ständige Rubrik wird die Marktpreise der notwendigsten Bedarfsgegenstände verzeichnen. Außerdem gelangt jeden Montag eine wissenschaftlich-literarische illustrierte Beilage zur Ausgabe, zu der die besten Literaten Rumäniens ihre Mitarbeiterchaft zugesagt haben. Für die Illustrationen sorgen eine Anzahl sozialistischer Maler. So bestätigt denn das Erscheinen der Zeitung selbst das was das Generalkomitee der Partei in der Einleitung des Programms sagt: „Heute haben wir in unserem Lande, dank einer rühmigen Propaganda, der eine allgemeine Entwicklung der rumänischen Gesellschaft beifall, eine starke, durch zwei Kongresse organisierte sozialdemokratische Partei.“ Unserem neuen Bruderorgan rufen wir ein heiliges „Glück auf“ zu. Es wird keinen leichten Stand haben, aber die Energie und Opferfreudigkeit unserer Genossen wird all die Hindernisse, welche uns die Bourgeoisie entgegenstellt, zu überwinden und den in Rumänien gegen den Kapitalismus aufgenommenen Kampf zu einem endgültigen Siege zu führen wissen.

P. S. Die Adresse des neuen Organs lautet: Redakt. si Admin. „Lumea Noua“, Bucuresci, Pasajul Bancei Nationale (Scara A) Rumänien.

Crispi an der Arbeit. In Rom wurde vorgestern ein bekannter Republikaner begraben. Das Leichenbegängnis, an dem sich große Volksmassen beteiligten, wurde von der Polizei des Crispi in brutaler Weise gestört, so daß es zum Handgemenge kam. Ein Dutzend Personen wurden von den Ordnungshilfskräften mit Säbelhieben und Stichen bedacht. Die Erbitterung ist ungeheuer. Noch einige solche Gesellschaftsvorfälle und Crispi wird nicht mehr „an der Arbeit“ sein. —

Die französischen Geschworenen, die einen Medakteur (des „Chambard“) wegen Beleidigung Casimir Perier's zu einem Jahr Gefängnis verurteilten, haben diesem und der Präsidentschaftswürde im allgemeinen einen sehr schlechten Dienst geleistet. „Ist Casimir ein Monarch von Gottes Gnade? eine Majestät, die durch altväterliche Bärenangriffe vor der Kritik seiner „Unterthanen“ geschützt werden muß?“ — so fragt die sozialistische und radikale Presse nicht allein, sondern die gesamte republikanische; und der sich von selbst ergebende Schluß ist: daß diese Nachahmung der schlimmsten monarchischen Gebräuche einer Republik unwürdig ist, und daß, wenn ein Präsident als solcher auch eine Art Majestät sein soll, dann das Beste wäre, mit dem ganzen ohnehin veralteten Plunder der Präsidentschaft aufzuräumen — was die Sozialisten und Radikalen beiläufig schon seit langem erstreben. So hat das barbarische Urtheil der Geschworenen die Impopularität Casimir Perier's nur vermehrt, und obendrein das Institut der Präsidentschaft selbst in Mißkredit gebracht.

Der Reaktion „gelingt nichts mehr.“ Zu dem Prozeß gegen den „Chambard“ — beiläufig ein Blatt, das mit „Anarchismus“ gar nichts zu thun hat — sei noch nachgetragen, daß Jaurès — der zwar kein Anwalt, aber Jurist ist und das Recht des Plaidirens hat — die Verteidigung des Angeklagten führte, und den Prozeß zu einer moralischen Hinrichtung des Herrn Casimir Perier und seiner Vorfahren gestaltete. Die Leser des „Vorwärts“ kennen aus den Briefen unseres „Gallus“ die Geschichte der Dynastie Casimir Perier, wie sie durch drei Generationen hindurch alle Lafter des Kapitalismus getrieben und jede Form der Ausbeutung und des gesetzlichen Diebstahls zu ihrer Bereicherung auf Kosten des arbeitenden Volkes benutzt hat. Mit der ihm eigenen Verehrtheit hat nun Jaurès die Taten dieser Dynastie geschildert, von der Frankreich jetzt zum zweiten Male das Unglück hat, beherrscht zu werden. Und das können wir sagen: niemals ist die Brandmarke gemeinschädlicher Menschen unbarmerzig vollzogen worden. Herr Casimir Perier kann von dem übereifrigen Staatsanwalt, der ihm diese Suppe eingebracht hat, auch sagen: Gott behüte mich vor meinen Freunden! —

Die Vorhut des für Madagaskar bestimmten französischen Expeditionskorps, 9000 Mann, wird jetzt in Marseille eingeschifft. Zehn bis zwölftausend Mann sollen nachgeschickt werden. Madagaskar ist groß und noch tausendmal mehr Franzosen können dort begraben werden. —

Zur Spionensuche. Dem Herold-Bureau wird telegraphiert:

Paris, 8. Nov. Die das „Echo de Paris“ meldet, wollte die Militärbehörde die Affäre des Hauptmanns Dreyfus unterdrücken; nur auf Verlangen des Generals Boisdeffre wurde die Sache weiter untersucht. Es stellte sich heraus, daß der französische Kriegsmilitär für den Informationsdienst nur über 500 000 Franken verfüge, während, wie die Blätter melden, Deutschland für diesen Dienst 5 Millionen Mark ausgeworfen hat.

Hieran ist wahr, daß haben und drüben mit gleichem Eifer spioniert wird. Lächerlich ist es deshalb, wenn einer der spionierenden Theile über den anderen, sich sittlich entzückt.

Dreyfuß hat an die Dreibundmächte wichtige Geheimnisse verrathen — das scheint festzustehen. Unter anderem soll er die Namen sämtlicher auf Spionage (das militärische „Ghrgefäß“) nennt es natürlich anders) ins Ausland geschickter französischer Offiziere mitgeteilt haben. Er war nämlich Generalstabs-Offizier und genoss unbefränktes Vertrauen. —

Die verkehrberühmten Geheeren Hyndman's, des Helfershelfers von Domela Nieuwenhuis*), haben in der englischen Arbeiterwelt und unter den Sozialisten Englands allgemeine Mißbilligung gefunden, die in der Presse vielfach zum Ausdruck gekommen ist. Unter anderen hat der bekannte Sozialist Mac Kinsty, Mitglied der Fabier-Gesellschaft, in der letzten Nummer der „Weekly Times and Echo“ einen Artikel veröffentlicht, der von dem Wesen und der Taktik der deutschen Sozialdemokratie ein wahrheitsgetreues Bild giebt, und geeignet ist, die in England bestehenden Mißverständnisse und irrigen Auffassungen zu zerstreuen. So hat Herr Hyndman durch seine häßlichen Angriffe gerade das Gegenteil dessen erwirkt, was er bezweckte. —

Der politische Umschwung in den Vereinigten Staaten, wie er sich soeben bei den Novemberwahlen der Einzelstaaten offenbart hat, ist auf die wirtschaftliche Krise zurückzuführen. Als vorigen Herbst Cleveland, der Vertreter eines gemilderten Schutzzoll, zum Präsidenten gewählt wurde, war die Mehrzahl des Volkes der Ansicht, eine Veränderung der Wirtschaftspolitik, d. h. ein Bruch mit der extremen Schutzpolitik der Mac Kinsty-Will, werde die Geschäftskrise heben, von der die Vereinigten Staaten heimgeheftet waren. Diese Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht. Präsident Cleveland war zu schwach oder hielt sich für zu schwach, reinen Tisch zu machen — er lautierte, kompromisslos, wollte niemand vor den Kopf stoßen und stieß allen vor den Kopf. Die Tarifreform verschleppte sich und wurde schließlich zu einer reinen Scheinreform. Die Geschäftskrise aber wüthete ununterbrochen weiter. Die Hochschulzöllner, welche dort „Republikaner“ heißen, nützten die Situation geschickt aus — sie sagten zu ihren Arbeitern, indem sie demonstrativ ihre Fabriken schlossen: wir können Euch erst dann wieder Arbeit geben, wenn die „Demokraten“ (die Gegner des Hochschulzollens) sind, wenn auch nicht Freihändler) nicht mehr das Ruder in der Hand haben. Im Mai dieses Jahres setzten die Schulzöllner bekanntlich die Gorey-Demonstration in Szene, die allerdings keinen sofortigen Erfolg hatte, aber die Unzufriedenheit mit der Regierung in weitere Kreise trug. Die gute Ernte, von der man eine Milderung der Krise erwartete, hatte die entgegengesetzte Wirkung. Sie trieb die Kornpreise so herunter, daß die Kleinfarmer — und sie bilden die große Mehrzahl — nicht dabei bestehen konnten und tiefer in Schuldnuchtschaft geriethen. Eine gute Ernte ist ja bekanntlich überhaupt eine „nationale Kalamität“ in dieser besten der Welten des Kapitalismus.

Genug, die Unzufriedenheit mit der Regierung und der herrschenden demokratischen Partei wuchs mehr und mehr, und da die sozialistische Bewegung in den Vereinigten Staaten leider noch nicht stark genug war, um eine ausschlaggebende selbständige Arbeiterpartei zu bilden, so ging die Masse der Wähler, statt mit dem Gesamtkapitalismus zu brechen, nur von einer kapitalistischen Partei — der demokratischen — zur andern kapitalistischen Partei — den Republikanern — über. Und bald werden die Wähler finden, daß durch diesen Wechsel nichts gewonnen ist. Wie lange werden sich die amerikanischen Arbeiter noch in den Irzgarten der kapitalistischen Gesellschaftspolitik einbannen lassen? —

China-Japan. Die japanische Armee marschirt gegen Peking, die Friedensverhandlungen haben aber thatsächlich begonnen, wenn auch, da eine Verständigung unter den Mächten noch nicht erzielt ist, vorläufig nur in Form „vertraulicher“ Besprechungen. Wie zu erwarten war, sind die Japaner mit der „Unabhängigkeit“ Korea's nicht zufrieden; sie beanspruchen für sich, die Insel Formosa und eine Kriegentschädigung von 30 bis 40 Millionen Pfund Sterling, das heißt 6-800 Millionen Mark. Letztere Forderung wird auf wenig Widerstand stoßen — auf die Insel Formosa haben aber schon verschiedene Liebhaber — auch Deutsche — ein Auge geworfen. Jedenfalls reden jetzt auch andere Mächte mit, als die Japaner. —

Parteinachrichten.

Der Genosse Scheib wurde, wie uns ein Privattelegramm von Breslau mittheilt, heute wegen Richterbeleidigung von der Breslauer Strafkammer zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Richterbeleidigung wurde in einem Artikel gefunden, in dem gesagt war, daß heute der arme härter als der Reiche für Vergehen bestraft würde. Der Strafantragsteller ist der Justizminister. Wie erinnertlich sein wird, hatte Scheib in der Verhandlung vom 27. September den Gerichtshof als besagten angegriffen wurde, entschied aber dahin, daß die Vorinstanz doch zuständig sei.

Bericht über den Parteitag erstattete am 4. November in Neuwied die Delegirte Johanna Löwenherz. In einbeiviertelstündiger Rede entlegte sie sich ihrer Aufgabe, und das Einverständnis der Versammlung mit ihren Ausführungen betonte sich in einem ihr ausgesetzten Vertrauensvotum. Von Coblenz und Andernach waren eine Anzahl Genossen anwesend. Die Leipziger Parteigenossen erklärten sich, nachdem sie den Bericht der Delegirten entgegen genommen, mit der Thätigkeit derselben, sowie mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden.

Von der Agitation. Reichstags-Abgeordneter Genosse Fischer-Berlin sprach am Montag in Brandenburg vor einer stark besuchten Versammlung über das Thema: „Die gegenwärtige politische Lage und die Sozialdemokratie“. Genosse Fischer schloß seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag mit den Worten: „Haben wir auf der einen Seite keinen Anlaß schwarz zu sehen, so sehr müssen wir uns auf der anderen Seite auf schwere Kämpfe gefaßt machen. Wir haben von den bürgerlichen Parteien alles zu erwarten und müssen uns auf die eigene Kraft verlassen. Länger als Personen, länger als Ausnahmefälle und länger als Regierungssysteme wird die Sozialdemokratie dauern. Sie wird aus all' dem Kampf als Sieger hervorgehen.“

Eine imposante Versammlung war es, in welcher Genosse Dr. Schoenlant am Dienstag in Leipzig über das Thema: „Der neueste Kurs und die neuesten Ausnahmefälle“ sprach. Nachfolgende Resolution fand nach seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede einstimmig Annahme: Die von 2500 Personen besuchte Versammlung erklärt sich mit dem Referenten in allen Punkten einverstanden. Sie protestirt mit Entschiedenheit gegen alle Versuche der Reaktion, die spürlichen Rechte des arbeitenden Volkes, sei es durch Ausnahmefälle, sei es durch Verkürzung des sogenannten gemeinen Rechts, zu beschränken. Sie erklärt es als heilige Aufgabe der Sozialdemokratie, mit aller

*) Der neulich die wunderbare Naivetät hatte, uns einen seiner stereotypen Artikel zur Veröffentlichung im „Vorwärts“ zu übersenden. Red. d. „W.“

Kraft den drohenden Kampf für die Volksrechte aufzunehmen und verpflichtet sich, allen Widerständen zum Troß den Kampf gegen Ausbreitung und Unterdrückung durchzuführen.

Genosse Legien hielt am 31. Oktober in Neuwied einen Vortrag über die „Manipulationskämpfe der Arbeiter“. Die Ausführungen Legiens, die in der gutbesuchten Versammlung durchaus Zustimmung fanden, gipfelten darin: daß unser heutiges gesellschaftliches System mit seiner Ausbeutung der Arbeiter, mit seiner Annahme des Kapitalis, daß dieses System in all' seiner Verleththeit einer Pyramide gleiche, die, anstatt auf ihrer breiten Basis, auf ihrer Spitze stehe, und daß diese wackelige Stellung unserer Staatspyramide sehr vieler kostspieliger „Stützen“, als da sind Militär und Kirche, bedürfe, um nicht umzufallen, daß es aber das Bestreben der Arbeiter selbst sein müsse, zu ihrem guten Recht zu gelangen, der Pyramide allmählig ihre einzig vernunftgemäße Lage zu geben, das heißt alle gesellschaftlichen Einrichtungen auf den breiten und kräftigen Untergrund der Arbeit zu bauen. Hierzu seien Organisation, politische und gewerkschaftliche, erforderlich; beide gehen miteinander Hand in Hand und dürfen nicht getrennt gedacht werden.

In Billwärd bei Hamburg sprach am 29. Oktober der Reichstags-Abgeordnete Förster über die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Die Versammlung ver sprach in einer Resolution nach Kräften dahin zu wirken, daß die jeweilige Wirtschaftsordnung, welche so viel Elend hervorruft, bald einer anderen Platz mache.

Die Wahlagitiation im Inhaber Reichstags-Wahlkreise wird von unseren Parteigenossen mit ungeschwächten Kräften geführt. Am Montag fand in Bernburg eine Wähler-Versammlung statt, in der die Genossen J. Auer, Kehler und Meyner aus Berlin sprachen. Obwohl die Versammlung erst in letzter Stunde hatte bekannt gemacht werden können, waren doch etwa 500 Personen erschienen, welche mit gespannter Aufmerksamkeit den Vorträgen folgten. — In den nächsten Tagen spricht Gen. Singer in verschiedenen Orten des Kreises, am Montag, dem letzten Tage vor der Stichwahl, spricht Sebel in Bernburg. Der nächste Sonntag wird dazu benutzt werden, eine nochmalige Flugblattvertheilung vorzunehmen.

Gemeindevahlen. Schon bei den letzten Stadtverordnetenwahlen in Chemnitz kamen unsere Parteigenossen dem Siege nahe, die Kartellbrüder stiegen nur mit einigen hundert Stimmen. Seitdem ist Alt-Chemnitz mit seiner starken Arbeiterbevölkerung der Stadt einverleibt worden, auch haben sich eine große Anzahl Sozialdemokraten das Bürgerrecht erworben, so daß die Ordnungshilfen mit großer Besorgnis den nächsten Stadtverordnetenwahlen entgegensehen und nach einem Klassenwahl-System nach Leipziger Muster winseln.

In Billkau bei Jüdicau entfallen die Sozialdemokraten für die bevorstehenden Gemeindevahlen ebenfalls eine rege Thätigkeit. Troßdem der Ortsverein vor einiger Zeit aufgelöst wurde, empfinden doch unsere Gegner schwer die um so lebhaftere sozialdemokratische Agitation, wie aus einer beweglichen Klage des „Voigtländischen Anzeigers“ hervorgeht. Ja, ja! Es wird sich zeigen, daß auch der „sächsische Kurs“ bantrott ist.

Eine Versammlung in Lüdenscheid sprach sich nach einem Referat des Genossen Jherloh über die Bedeutung der Kommunalwahlen für die Beteiligung der Sozialdemokratie bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen aus und stellte fünf Kandidaten auf.

Der Arbeiter-Bildungsverein von Neuwied a. Rh. ist in einen Volks-Bildungsverein umgewandelt, dem nun auch Frauen beitreten können. Mehrere Frauen sind bereits aufgenommen worden.

Freuden eines sozialdemokratischen Redakteurs. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ schreibt: „Laßt es genug sein des grausamen Spiels! In den vierzehn Strafverfahren, die gegen unser Redaktionsmitglied Reichard (Schweben, ist nunmehr noch das fünfzehnte hinzugekommen. Es handelt sich diesmal um eine Notiz aus Niederpreßerwitz, worin wir einen Geschäftsmann, der Waldschlößchen-Bier führt, durch die Bekanntmachung des Vorganges, daß einige Arbeiter Soulopplatee angeklebt haben, boykottirt haben sollen und damit „groben Unfug“ verübten. Der Waldschlößchen-Boykott ist beilegt, aber verknackt werden wir schließlich deswegen immer noch. O welche Lust, Redakteur zu sein!“

Gegen den Kinderfesterlaß hatte der Genosse Lipinsky in Leipzig bei der Kreishauptmannschaft Beschwerde geführt, natürlich — ohne Erfolg. Die Kreishauptmannschaft hat ihm erwidert, daß sie für Beschwerden gegen die Bezirks-Schulinspektion nicht zuständig sei und soweit die Beschwerde sich gegen die Amtshauptmannschaft richtete, so könne von einer unzulässigen Einschränkung der väterlichen Gewalt, die der Beschwerdeführer in dem Verbot der Beteiligung von Schulkindern an den Festen Erwachsener erblicke, hier ebensowenig die Rede sein, wie etwa bei dem strafgesetlichen Verbot, Kinder zum Betteln auszuscheiden. Punktum.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Genosse Hülle, Redakteur der „Thür. Tribüne“, wurde am Sonnabend von der Strafkammer des Landgerichts Nordhausen wegen Beleidigung des Lehrers Abbit in Reckstedt-Wagd zu 50 M. Geldbuße verurtheilt. Die Sache hat schon das Schöffengericht und die Strafkammer Erlurt beschäftigt. Beide Instanzen fällten ein freisprechendes Urtheil, das aber schließlich vom Oberlandesgericht Naumburg aufgehoben wurde. Vor der Strafkammer Nordhausen hatte der Staatsanwalt wie bemerkt mehr Glück. Die Verhandlung erhielt durch die Prozeßführung des Vorsitzenden ein stark Brausewetter'sches Gepräge. Revision wird eingelegt werden.

— Zu 50 M. Geldstrafe wurde der Genosse Pollender, Redakteur der „Leipziger Volks-Zeitung“, verurtheilt, weil er durch einen Artikel in dem früheren „Wähler“ die Frau eines Fabrikanten in Markranstädt beleidigt haben sollte.

Soziale Ueberblick.

Die Konzentration des Kapitals schreitet stetig fort. Eine Vereinigung der Manufakturwaaren-Geschäfte in Rheinland und Westfalen hat sich längst gebildet mit dem Zwecke, durch gemeinschaftlichen Einkauf ihrer Artikel möglichst billig einzukaufen und billig wieder zu verkaufen. Es kann in jeder Stadt und in einem gewissen Umkreis nur eine Firma Mitglied dieser Gesellschaft werden. Die oben erwähnte Gesellschaft besteht aus ca. 30 Mitgliedern, welche in Rheidst am vorigen Donnerstag zusammengetreten waren und ihren ersten gemeinschaftlichen Einkauf machten. Wie die „Selsener Zeitung“ vernimmt, sollen ganz bedeutende Abschlässe zu Stande gekommen sein. Die Gesellschaft soll im Januar oder Februar nächsten Jahres in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht umgewandelt werden. Die nicht der Genossenschaft angehörenden Firmen werden die Konkurrenz bald zu spüren bekommen.

Die Harburger Apotheker, die den dortigen Krankenkassen bisher 25 pCt. Vergütung gaben, haben sich nun vereinigt und wollen keine Prozente mehr gewähren, abgesehen von einigen Klassen. Hiergegen Stellung zu nehmen, sind fast sämtliche Vorstandsmitglieder der Krankenkassen entschlossen; sie wählten eine Kommission, die die Unterhandlungen mit den Apothekern leiten soll.

Voran wir in Deutschland Ueberfluth haben. Nach den statistischen Feststellungen des letzten Jahres beträgt die Zahl

Der Geistlichen nicht weniger als 80 250, wovon 15 050 der evan- gelischen und 15 200 der katholischen Konfession angehören. Die Geistlichkeit der katholischen Kirche vertheilt sich in Deutschland wie folgt: Bayern 5000, Westfalen und Rheinland 3750, Hessen, Elsaß-Lothringen 2000, Königreich Sachsen, Württemberg, Baden 1550, Posen und Schlesien 1050, sächsische Fürstenthümer, Schleswig-Holstein, Hanfschäbde, Oldenburg 550, Ost- und Westpreußen 550, Brandenburg, Pommern und Sachsen 200. Evangelische Geistliche amirten in Bayern und Württemberg 2000, in Pommern und Brandenburg (mit Berlin) 2000, in Westfalen, der Rheinprovinz und Hessen 1800, in der Provinz Sachsen 1700, in Hannover und Schleswig-Holstein 1500, in Braunschweig und den sächsischen Fürstenthümern 1400, im Königreich Sachsen 1200, in Baden, Elsaß-Lothringen und dem Großherzogthum Hessen 1800, in Posen und Schlesien 1050, in Ost- und Westpreußen 650 und in den freien Hanfschäbden 650.

Eine wichtige Neuerung auf dem Gebiete des Schulwesens ist in der Stadt Jülich eingeführt worden. In den Schulplan der zwei Sekundarschulen ist die staatlich bedeutungslos gewordene Konfirmation durch einen Akt der Mündigsprechung der jungen Männer ersetzt worden. Wie bisher ein Examen im Religionsunterricht als Reifezeugniß diente, so soll nach dem Vorbild der Römer die Kenntnis der weltlichen Angelegenheiten, also der staatlichen Zustände, den Jüngling zum Mann machen. In diesem Sinne ist die Einführung des bürgerlichen Unterrichts als fakultatives Fach der dritten Sekundarklasse beschlossen worden. Derselbe soll den Schülern das Verständnis für das Wesen des Gemeindegeldes und Staatshaushaltes an der Hand der gesetzlichen Bestimmungen vermitteln. Die Schulbehörden sind beauftragt, die Ertheilung dieses Unterrichts im Wintersemester besondere Aufmerksamkeit zu schenken, um einen festen Boden für eine definitive Ausgestaltung zu erhalten. — Die katholische Volkspartei und die protestantischen Orthodoxen arbeiten in erfreulicher und erfolgreicher Weise daran, weite Volkskreise der Religion zu entfremden.

Die Ausichtslosigkeit des Kampfes der Kleinbetriebe gegen die Großbetriebe zeigt sich recht deutlich durch folgende That: Der „Bon marche“, einer der großen Pariser Bazare, hat vor einigen Tagen eine Handschuh-Woche annoncirt, d. h. Handschuhe aller Art wurden zu billigen Preisen verkauft. In den ersten drei Tagen wurden für ca. 300 000 Frs. Handschuhe im Detail umgesetzt. — Dabei ist „Bon marche“ noch nicht das größte der Magazine.

Ein „Schuh- und Truhbündniß“ haben in New-York 25 Engros-Kleiderfirmen unter dem Namen „Merchants Association“ geschlossen, das, wie der „Confessionär“ mittheilt, in erster Linie bezweckt, durch Regulirung des Kreditwesens faule Geschäftskunden zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen zu zwingen. Man will den Bankrotteuren, die auf „Pump“ Waaren nehmen und dann kolliren, das Handwerk legen. Das neue Kreditwesen ist nun bereit eingerichtet, daß die zur „Association“ gehörigen Firmen über die Finanzlage des zweifelhaften Kunden und den Betrag des von ihm ausgenommenen Kredits schnell Kenntniß erlangen können.

Die „Merchants Association“ bezweckt ferner, in gemeinsamem Vorgehen etwaigen Uebergriffen der Arbeiter-Organisationen entgegenzutreten. Alle Engros-Kleiderfirmen, mit Ausnahme von einigen wenigen, die voraussichtlich in nächster Zeit dem Beispiel der übrigen folgen werden, sind der Vereinigung beigetreten. Sie verfügen über ein gemeinschaftliches Betriebskapital von 15 000 000 bis 20 000 000 Doll. und die Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeiter beträgt gegen 15 000.

Gewerkchaftliches.

An die Mitglieder der Orts-Krankenkasse für das Bierbrauer-Gewerbe. Der Magistratssekretär Petersen hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der 3. unter Verwaltung des Magistrats stehenden Orts-Krankenkasse für das Bierbrauer-Gewerbe zu Freitag, den 16. November, Abends 8 Uhr, nach Jost's Hofstraße, Andreasstraße, eine Kassenmitglieder-Versammlung zum Zwecke der Delegirtenwahlen einberufen. Obwohl der Inhaber des Lokals zu den Saalverweigerern gehört, auch bögotirtes Bier auskocht, fordern wir trotzdem alle Brauerei-Arbeiter auf, möglichst zahlreich dort zu erscheinen, sich aber streng an die sonstigen Beschlüsse in Sachen des Boykotts zu halten. Die früheren Vorstandsmitglieder. S. A.: J. G. Ganderfer.

Achtung, Maurer! Die schlechte Baukonjunktur mit ihren unaussprechlichen Folgen, niedrigen Löhnen und allgemeiner Arbeitslosigkeit hat in unserem Beruf Zustände herbeigeführt, die fast unerträglich werden. Kollegen! Wohl wäre es möglich, eine Besserung in unserem Arbeitsverhältnis zu erringen, wenn alle Kollegen vereint gegen die Uebergriffe des Kapitals Front machen, und der hiesigen Filiale des Zentralverbandes der Maurer angehören. Wir beabsichtigen deshalb unter unseren Berufsgenossen eine lebhafteste Agitation zu entfalten, zu der wir um die wohlwollendste Unterstützung unserer Kollegen bitten. Zwecks pekuniärer Unterstützung dieses Vorhabens haben wir Sammellisten für den Generalfonds ausgegeben, die jeden Sonnabend Abend in folgenden Zahlstellen zu haben sind: Gröppler, Weberstr. 66; Knobel, Staligerstr. 36; Werner, Bülowstraße 59; Sommer, Grünstr. 20; Hermersmidt, Berlebergerstraße 27; Grube, Mariendorferstr. 5. — Karl Panzer, Vertrauensmann der deutschen Maurer, Holzstr. 89.

Charlottenburg. Für die hiesigen Maurer findet am Sonntag, den 11. November, in dem Lokale „Bismarckshöhe“, Wilmersdorferstraße, eine öffentliche Maurerverammlung statt, in der Kollege Paul aus Hannover einen Vortrag über das Thema: „Eine kritische Abhandlung über die soziale Krankheit — Arbeitslosigkeit“ halten wird. Gleichzeitig machen wir bekannt, daß unsere regelmäßigen Vereinsversammlungen an jedem Sonntag nach dem ersten im Monat im Lokale des Herrn Krause, Wilmersdorferstr. 89, stattfinden. Die Kassenstunden sind jeden Sonnabend, Abends von 7—9 Uhr bei Bolter, Magajinstr. 15, vorn part. Kollegen, es ist eine betrübende Erscheinung, daß von den 3000 Maurern nur 70 dem Verband angehören. Die Gleichgültigkeit gegen die Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung ist leider für unseren Beruf der schlimmste Feind geworden; ein Feind der uns fast zur Arbeitslosigkeit gegen das Unternehmertum herabdrückt, und seine Kräfte in unseren eigenen Kreisen hat. Klaffen wir uns auf, Kollegen, um gegen diesen Widersacher den Kampf zu führen, damit unsere Organisation die Macht und den Einfluß gewinnt, der nötig ist, wirksam den Kampf aufzunehmen, welchen wir gegen das Unternehmertum zu führen gezwungen sind. Zum Schluß weisen wir nochmals auf die Versammlung hin, zu der wir einen recht zahlreichen Besuch seitens der Berufsgenossen erwarten. W. Schulze, Maurer.

Achtung! Korbmacher. In dem Korbgeschäft von S. Fahrse in Gröppelinge bei Bremen, sind Lohn-differenzen ausgebrochen, infolge dessen legten sämtliche Korbmacher die Arbeit nieder. Wir bitten daher den Zugang nach Bremen und Umgegend fern zu halten. Briefe und Sendungen sind zu richten an J. Düren, Korbmacher, Gröppelinge 21 bei Bremen. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck ersucht.

Im Troppauer Streifgebiet ist die Situation noch die gleiche. Wie der offiziöse Trakt meldet, fuhr heute ein Theil der Belegschaften zu 10stündiger Schicht, ein anderer zu 8stündiger Schicht ein.

Zugung ist fernzuhalten: Von Tischlern nach Bismarck bei Selsentischen (Loarmann's Werkstätte), Wilsdruff in Sachsen (Klemm's Werkstätte) und Kalowitz (Oesterreich); von Tischlern und Stelmachern nach Ostrow i. M. (Mecklenburgische Waggon-fabrik); von Drechslern nach Lauterberg (Fabrik Hillegeist); von Tischlern und Drechslern nach M. Gladbach (Kambel's Werkstätte) und Helmsiedt (Saalschläger Tischfabrik); von Glasern nach Jülich; von Büchsenmachern nach Braunschweig (Werkstatt von Gste, Wendenstraße).

Ueber die Ursachen des Hosenarbeiter-Streiks in Bremen wird geschrieben: Den bei dem Unternehmer Schlöndorff beschäftigten Stauern war es bekannt geworden, daß einzelne Mitglieder des Verbandes der Hosenarbeiter zu einem niedrigeren Lohn arbeiteten, als dem in dem Tarif des Verbandes, den auch der Unternehmer Schlöndorff anerkannt hatte, festgesetzten. Die Betroffenen wurden daher, da sie mehrmaligen Aufforderungen, in der Versammlung zu erscheinen, nicht Folge leisteten, in der Versammlung vom 24. Oktober gemäß § 4 des Statuts aus dem Verbandsverhältnis ausgeschlossen, gleichwohl aber die einstimmige Erklärung abgegeben, mit solchen Lohnrückstufen nicht mehr arbeiten zu wollen. Trotzdem der Unternehmer Schlöndorff hiervon in Kenntniß gesetzt wurde, übergab derselbe den genannten Lohnrückstufen die Löcherarbeiten für einen eingelaufenen englischen Dampfer. Es wurden nun einige Kollegen beordert, um bei dem Unternehmer dahin vorstellig zu werden, diese dem Hosenarbeiter-Verbande nicht mehr angehörenden Leute nicht zu beschäftigen. Hierauf wollte sich derselbe jedoch nicht einlassen, infolge dessen sämtliche bei Schlöndorff beschäftigten Stauer (ca. 150 Mann) noch am selben Tage die Arbeit niederlegten. Es scheinen also, wie aus dem Vorstehenden genügend hervorgeht, dem Herrn Unternehmer einige Lohnrückstufen zu sein, als die organisierten Arbeiter. Auch am Mittwoch Morgen war es nicht möglich, mit Herrn Schlöndorff eine Einigung zu erzielen. Infolge dessen fand eine von allen Ausständigen sowie von vielen sonstigen Arbeitslosen besuchte Versammlung statt, in welcher zunächst das Vorgehen des Unternehmers Schlöndorff, der sich des Bruches eines eigenhändig unterschriebenen, mit den Hosenarbeitern abgeschlossenen Kontraktes schuldig machte, einer scharfen Kritik unterzogen wurde und schließlich folgende Resolution einstimmig Annahme fand: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der Lohnkommission durchaus einverstanden und verspricht hiermit, nicht eher wieder bei dem Unternehmer Schlöndorff die Arbeit aufzunehmen, bis die entstandenen Differenzen seitens Schlöndorff's ausgeglichen sind und derselbe die schriftliche Erklärung abgibt, nur solche Arbeiter zu beschäftigen, welche der mäßig errungenen Organisation der Hosenarbeiter angehören.“ — Die Stimmung der Ausständigen ist eine gute und die Aussicht, den Ausstand mit einem Siege zu beenden, eine zureichende. Die Berichte hiesiger bürgerlicher Blätter, wonach die gesamten Löcherarbeiten von der Lagerhaus-Gesellschaft übernommen seien, sind nicht den Thatfachen entsprechend. Die ausständigen Hosenarbeiter ersuchen die Arbeiter allerorts, sie in diesem Kampfe zu unterstützen und vor Allem den Zugang von Arbeitskräften nach dem Freihafen fernzuhalten!

Schweizerische Uhrenindustrie. Der Schalenmacher-Verband beschäftigt sich seit einiger Zeit mit der Erörterung seiner Stellungnahme zur Einführung von Maschinen auf Goldschalen. Die Sektion Gœaux-de-fonds beschloß im Mai dieses Jahres den systematischen Kampf gegen die Maschinen und sie blodierte Fabriken, in denen bereits solche Maschinen aufgestellt waren. Das ebenfalls in Gœaux-de-fonds domizillierte Zentralkomitee des internationalen Schalenmacher-Verbandes schreibt nun über diese Frage Konkurrenz für eine Preisarbeit aus, welcher folgende Gesichtspunkte zu Grunde gelegt werden sollen: 1. Verwendung der Maschinen in unserem Beruf im allgemeinen. 2. Lage der Sektionen, in denen bereits Maschinen auf Gold im Betriebe sind. 3. Voraussichtliche Situation in Sektionen, in denen solche eingeführt werden sollten. 4. Welche Stellung wäre einzunehmen, wenn man sich der Einführung der Maschine nicht widersetzen könnte? Für die drei besten Arbeiten werden Preise von 15, 10 und 5 Frs. ausgesetzt.

In der schweizerischen Uhrenindustrie vollzieht sich demnach derselbe Prozeß, wie in der Siederindustrie: neue Maschinen, Auflösung der Organisationen, völliges Chaos mit wilder Konkurrenz. Daß die Verhältnisse die Arbeiter zur Klage über die Auflösung eines Fabrikantenvereins veranlassen — dies erscheint geradezu als die verkehrte Welt!

Die Londoner Buchdrucker dürften bald nicht mehr in der Lage sein, ihre Arbeitslosen in dem Maße zu unterstützen, wie bisher. In dem letzten Bericht dieser mächtigen Gewerkschaft heißt es, daß in nächster Zeit ein wichtiger Beschluß gefaßt werden müsse über die Herabsetzung der Wochenunterstützung für die arbeitslosen Mitglieder. Besondere Aufmerksamkeit verdiene das fortwährende Wachsen der Arbeitslosen. Während in den drei ersten Quartalen des Jahres 1889 nur 3852 Pfund Sterling (1 Pfund Sterling = 20 Sh.) für Arbeitslosen-Unterstützung verausgabt wurden, mußte die Gewerkschaft zu diesem Zwecke für die gleiche Zeit des Jahres 1894 nicht weniger als 13 105 Pf. Sterl. ausgeben. Mit jedem Jahre wachsen diese Lasten, so daß sie in einem Monate dieses Jahres die Einnahmen übersteigen.

Versammlungen.

Der Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (Filiale I) beschäftigte sich in seiner Versammlung am 5. November mit der Statutenberathung. Nachdem man eine Anzahl Paragraphen als der Abänderung bedürftig bezeichnet hatte, wurde die weitere Ausarbeitung einer Kommission von fünf Mitgliedern überwiesen, die der nächsten Versammlung ihre Vorschläge unterbreiten soll. Sodann wird beschlossen, den Maschinenbau nicht stattfinden zu lassen. Am 21. November (Dinstag) wird vom Verein eine Zuhypothek arrangirt. — Der Arbeitsnachweis befindet sich Mariannen-Ufer 4 bei Herrn Gelhoff, und ist Wochentags von 8—9 Uhr und Sonntags von 9—10 Uhr geöffnet.

Die Mißstände in der Chokoladenfabrik von Hildebrandt (Pankstraße) beschäftigten eine am 7. d. M. im „Kolberger Salon“ tagende öffentliche Versammlung aller in Zucker- und Chokoladenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, zu der sowohl Arbeiter und Arbeiterinnen, wie auch Abgesandte der Fabrik in größerer Zahl erschienen waren. Der Referent, Genosse C. Hoffmann, schickte zur Verhütung der Abgesandten (Buchhalter u.) seinem Vortrage voraus, daß es sich keineswegs um die Fabrikate der Hildebrandt'schen Fabrik handle, vielmehr nur um die Mißstände in der genannten Fabrik. Auch handele es sich keineswegs um diese Fabrik allein, sondern um alle derartigen Fabriken, und sei die Hildebrandt'sche nur herausgegriffen worden, um die herrschenden Mißstände überhaupt zur Sprache zu bringen. Redner erinnerte daran, daß in Berlin ein Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein besteht, der sich die Aufgabe gestellt habe, die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen (Hilfsarbeiter) zu verbessern. In diesem Verein seien die Arbeiter der Hildebrandt'schen Fabrik gar nicht vertreten. Aus diesem Umstände könnte man eher schließen, daß dort für die Arbeiter ein wahres Paradies sei. Wie wenig dies zutrifft, gebe aus dem Umstande hervor, daß, wenn auch die Arbeitszeit nominal auf zehn Stunden täglich bemessen ist, oftmals bis 10 Uhr Abends Ueberstunden gemacht werden und außerdem auch noch der Sonntag Vormittag zu Hilfe genommen wird. Kündigung ist ausgeschlossen. Die Entlohnung der Arbeitsleistung für 80 Stunden per Woche beträgt im Anfang bei den Arbeiterinnen 7 M., bei den Arbeitern 15 M. und bei den Pflasterkühlern 16 M. Die Arbeitsordnung, welcher die

Fabrikarbeiter unterstellt sind, unterzog der Referent einer herben Kritik, die demoralisierende Wirkung derselben den Arbeitern und Arbeiterinnen zu Gemüthe föhrend. Wenn eine Organisation vorhanden wäre, würde eine derartige Arbeitsordnung einfach unmöglich sein. Der Referent ermahnte daher dringend zur Organisation. In der folgenden Diskussion wurden die Angaben des Referenten voll und ganz bestätigt von Arbeitern, die in der Fabrik beschäftigt waren. Allseitig wurde von diesen nachdrücklich die Organisation empfohlen. Angestellte sowohl wie fremde Arbeiter der Fabrik waren dagegen bemüht, die Verhältnisse in der Fabrik in rosigstem Lichte auszumalen. Nach der Versicherung des Herrn Inspektor Dräsel verdienen die Arbeiterinnen pro Woche 7—15 Mark, Arbeiter 15—25 M., und Konditoren 18—40 M., und giebt es Fabriken, in denen die Arbeiter noch viel weniger verdienen. Die Verantwortung der an ihn gestellten Frage, ob er seinen Arbeitern das Koalitionsrecht gewähren und keinen, der sich dem Hilfsarbeiter-Verein anschließen würde, maßregeln wolle, lehnte der Herr Inspektor ab! Die Versammlung, die unter einer höchst ungeschickten Leitung zu leiden hatte, legte in später Nachtstunde eine Resolution, die ein Vertrauensvotum für die Firma darstellte, mit großer Majorität ab und nahm mit demselben Stimmenverhältnis eine Resolution an, in der sie sich mit dem Referenten voll und ganz einverstanden erklärte und die Absicht ausdrückte, dem Allgemeinen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein als Mitglieder beizutreten.

In dem Arbeiter-Bildungsverein zu Schöneberg referirte am Montag, den 5. d. M. Genosse Köster in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Das ländliche Arbeiterprogramm der französischen Sozialdemokratie.“ Redner unterbreitete den Anwesenden in gemeinverständlich Weise die ökonomische Lage der französischen Landarbeiter, und übte eine eingehende Kritik an den einzelnen Paragraphen des Programms. In der sehr lebhaften Diskussion begrüßte Genosse Schuber das praktische Vorgehen unserer französischen Parteifreunde. Demgegenüber glaubte Genosse Kleinschmidt behaupten zu können, daß es nicht ein Programm sei, welches sich der Lage der Unterdrückten und Beschloßenen ernstlich annehme (Beifall). Zu einer längeren Debatte führte das Ersuchen an die Lokal-Kommission, doch nunmehr die Lokalliste wieder zu veröffentlichen. Eine entsprechende Resolution, die diesem Wunsche Ausdruck giebt, wurde sodann angenommen. Am Schluß der Versammlung gab der Vorsitzende bekannt, daß am 18. d. M. für Schöneberg und Umgegend eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung stattfindet.

Friedrichshagen. Eine öffentliche Volksversammlung tagte Sonntag Vormittag 11 Uhr bei Fuchs, Lichtenberg, Dorfstr. 2. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab der Vertrauensmann Friß Schulz die Abrechnung von der Gemeindevahl. Diese weist eine Einnahme von 89,70 M. auf, der eine Ausgabe von 42,10 M. gegenübersteht, so daß ein Ueberschuß von 47,60 M. zu verzeichnen bleibt. Die Abrechnung von der Plaisier ergab eine Einnahme von 82,85 M. und eine Ausgabe von 67,10 M., mithin einen Ueberschuß von 15,75 M. Die Passafestfeier ergab eine Einnahme von 361,60 M. und eine Ausgabe von 119,85 M., demnach einen Ueberschuß von 241,75 M. Die Gesamtabrechnung wies eine Gesamteinnahme von 984,11 M. und eine Gesamtausgabe von 948,65 M. auf. Rosenbestand 40,46 M. Ueber seine weitere Thätigkeit berichtete der Vertrauensmann, daß im Laufe des Jahres 12 Versammlungen stattfanden, die sich fast sämtlich mit der Erörterung wichtiger Tagesfragen beschäftigten. Aus finanziellen Gründen mußte sich Friedrichshagen loslösen von der Antheilnahme an dem „Volksblatt“. Die Unterstützung des Bierboykotts hat den größten Theil der aufgebracht Gelder in Anspruch genommen. Für die Dauer des nächsten Jahres wurde Genosse Kiepe als Vertrauensmann gewählt. Die Wahl der Revisoren fiel auf die Genossen Schordrenner, Otto Schulz und Otto Raasch. Die ebenfalls neu gewählte Lokalkommission setzt sich zusammen aus den Genossen Döring, Graweil und Richard Bräke. Zum Schluß wurde auf die Frage, wann die Vertheilung der Boykott-Flugblätter stattfindet, bekannt gegeben, daß die Verbreitung diese Woche geschieht. Frau Schwanb forderte sodann zum Besuch der am 11. November, Nachmittag 4 Uhr, bei Neumann, Rummelsburgerstraße 21, stattfindenden Generalversammlung des Arbeiterinnen-Bildungsvereins auf.

Fachverein der Tapezierer. Wie uns berichtend mitgeteilt wird, muß es in dem letzten Versammlungsbericht heißen: Für die Lötter wurden 30 M. bewilligt, nicht für die Brauer.

Berichterstatter König ersucht und um Aufnahme des folgenden: Auf die „Berichtigung“ des Genossen Stadthagen in der Donnerstags-Nummer des „Vorwärts“ habe ich kurz zu erwidern: Die Behauptung Stadthagen's: Der Bericht über die am Sonntag in Friedrichshagen abgehaltene Parteiversammlung enthalte mehrere wesentliche Unrichtigkeiten und tendenziöse Entstellungen weise ich auf das Entschiedenste zurück. Ich verwahre mich gleichzeitig dagegen, jemals dem „Vorwärts“ tendenziöse Berichte geliefert zu haben. Hoffentlich finde ich in einer nächsten Versammlung im Kreise Niederbarnim Gelegenheit, mich mit Stadthagen darüber persönlich auszusprechen. Karl König.

Dreyfesen:

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Paris, 8. November. Deputirtenkammer. Der Deputirte Carnaud interpellirte über die Disziplinär-Maßregeln, welche gegen die Beamten getroffen sind, die gleichzeitig Generalräthe des Departements der Bonchis du Rhone waren. Ministerpräsident Dupuy rechtfertigte diese Maßregeln und führte aus, diese Generalräthe hätten sich an Beschlüssen betheiligt, welche gegen das Parlament und die Regierung gerichtet gewesen wären. (Lebhafte Widerspruch auf der äußersten Linken.) Dupuy erklärte darauf, er werde nächsten eine Vorlage einbringen über die Unvereinbarkeit eines Wahlamtes mit einem besoldeten Amte. Die Kammer nahm mit 299 gegen 119 Stimmen eine Tagesordnung an, in welcher die Haltung der Regierung gebilligt wird.

(Dreyfesen-Bureau Herold.)

Paris, 8. November. In der Spionage-Affaire des Hauptmanns Dreyfuß wird die Untersuchung ganz geheim geführt, so daß alle über die Aussagen des Angeklagten gebrachten Meldungen als unzutreffend angesehen werden müssen. Es scheint nur festzustehen, daß Dreyfuß noch kein Geständniß abgelegt hat.

New-York, 8. Nov. Im Staate Kansas ist der republikanische Gouverneur mit 40 000 Stimmen gewählt worden. In Colorado betrug die republikanische Mehrheit 20 000, in Indiana 50 000 Stimmen. In Ohio erhielt Mac Kinley eine Majorität von 14 000, in Pennsylvania der republikanische Kandidat eine solche von 24 000 Stimmen. Auch im Staate Wisconsin wurde ein Republikaner gewählt.

Mährisch-Odrau, 8. November. Der Streik kann als beendet angesehen werden. Der größte Theil der Ausständigen hat die Arbeit wieder aufgenommen.

Leipzig, 8. November. Gestern Nachmittag wurden in einem Zimmer der dritten Etage des Hauses Töpferstr. 4 der Student der Nationalökonomie Redtke aus Norden in Ostpreußen und die 18-jährige Elsa Nothe todt aufgefunden. Beide hatten sich mit Cyankali vergiftet. Die Ursache der That ist unglückliche Liebe.

London, 8. November. Der Justizminister beschäftigt sich mit der Untersuchung gegen die in den letzten Tagen in London eingetroffenen fremden Anarchisten, denen die Urheberschaft an dem letzten Attentat zugeschrieben wird. Diese Anarchisten sollen aus Brüssel über Paris gekommen sein.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Bierboikotts sind abgebrochen worden, weil die Ringbrauereien eine Bedingung stellten, deren Annahme mit der Ehre der Arbeiterschaft unvereinbar ist. Die Vertreter des Brauerings hatten die Stirn zu fordern, daß der Friedensschluß davon abhängig gemacht werde, daß 33 Arbeiter nie mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden.

Arbeiter! Parteigenossen! Ohne jeden Anlaß seitens der betreffenden Arbeiter sind am 16. Mai Hunderte auf's Pflaster geworfen worden. Und nun sollen nach monatelanger Kusperrung, nach monatelangen Entbehrungen dreiunddreißig Arbeiter dauernd dem Elend, für immer der Existenzlosigkeit, also dem langsamen Zugrundegehen überliefert werden, dreiunddreißig Mann, von denen keiner Schuld an dem Boykott trägt. Sie sollen als Opfer des Kapitalistenübermuthes auf der Straße bleiben. An der barbarischen Doppeldeutigkeit des 16. Mai hatte der Brauering nicht genug — seine Rache verlangt die Vernichtung von weiteren dreiunddreißig Existenzen.

Arbeiter! Genossen! Wir wissen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben, als wir diesem ungeheuerlichen Ansinne ein empörtes kurzes Nein entgegensetzten und die Verhandlungen abbrachen. Die Arbeiter Berlins konnten und wollten einen ehrlichen Frieden schließen; niemals aber werden wir unsere Hand dazu bieten, niemals werden die Klassenbewußten, in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisierten Arbeiter dulden, daß ein

eheloser Friede

geschlossen wird.

Nun ist die Entscheidung getroffen. Der Boykott muß mit erneuter und vermehrter Energie fortgeführt werden. Die Parole

Kein Tropfen Ringbier

muß mit unwiderstehlicher Macht zur Durchführung gelangen.

Jeder einzelne Arbeiter muß seine ganze Kraft aufwenden, um den Boykott zur vollen Wirkung zu bringen. Dazu ist nöthig, daß die gesammte Arbeiterschaft mit verdoppelter Kraft Hand ans Werk legt, die zur Organisation, Ueberwachung und Durchführung des Boykotts erforderlichen Maßregeln energisch zu unterstützen.

Es bedarf aller Kraft, aller Energie, denn die Brauerdirektoren haben offen erklärt, die Unterwerfung der Berliner Arbeiterschaft durch neue Massenmaßregelungen erzwingen zu wollen!

Arbeiter, Parteigenossen! Der Brauering hat zwar Millionen zur Verfügung und wird in diesem Klassenkampfe auch fernhin Hunderttausende opfern; hinter uns aber stehen die Massen, auf unserer Seite ist das Recht, ist die Begeisterung, ist der Opferruth. Und an Euren Opferruth appellieren wir abermals.

Die unschuldigen Opfer kapitalistischer Uebermuthes dürfen nicht dem Hunger preisgegeben werden. Seit Monaten liegen diese Hunderte existenzlos auf der Straße. Wir wenden uns deshalb an die Arbeiter von ganz Deutschland um thatkräftige und schnelle Unterstützung.

Der Kampf ist uns aufgezwungen worden. Die Berliner Arbeiterschaft hat den Handtschuh ausgenommen und sie wird den Kampf durchführen bis zum Ende.

Arbeiter! Euer Klassen-Interesse nicht bloß, Eure Klassen-Ehre ist im Spiel. Da giebt es keinen anderen Gedanken als Sieg!

Vorwärts zum Sieg! Kein Tropfen Ringbier! Hoch der Boykott!

Die Boykott-Kommission.

Boikottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlöberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Muggelschloffen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Rathenower Exportbrauerei-Niederlage, Jub. Max Dennhardt, N.W., Hannoversche Str. 18a. Tel. III 8178.
- Schloßbrauerei, Fürstenwalde, Niederlage bei Franz Heiser, N., Liesenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. D., Niederlage Greifswalder Str. 228.
- Phönix-Brauerei, C. Radon, Pichtersfelde.
- Brauerei Jagdschloffen, Eberswalde, Niederlage Edm. Renter, Swinemünder Str. 45.
- Brauerei Tivoli, Strausberg, Niederlage Stabernad, Mühlenstraße 49a.
- Louisen-Brauerei, Bellermannstr. 71a/72.
- Brauerei Königs-Wasserhausen, Niederlage Reichenbergerstraße 83.
- Brauerei Lang, Freienwalde a. D. Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Ludenwalde, Niederlage Gust. Spielermann, Weberstr. 66.
- Export-Brauerei Grabow a. D. bei Stettin, Niederlage Marthen, Bellermannstr. 6.
- Brauhaus Hohen-Schönhäusen bei Berlin.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 8. November, Nachmittags 5 Uhr.

Die vom Magistrat auf Grund des Kommunalabgabengesetzes gemachte Vorlage betr. die Neuordnung der Gemeindesteuern vom 1. April 1895 ab enthält im Wesentlichen folgende Vor schläge:

Wegfall der Miethsteuer (18 Millionen), Verschmelzung der bestehenden kommunalen Haussteuer und der vom Staate überwiesenen Grund- und Gebäudesteuer zu einer einheitlichen Gemeindegrundsteuer, Verdoppelung der von den Hausbesitzern zu zahlenden Kanalisationsgebühr (von 1 auf 2 pSt. bezw. von 2 750 000 M. auf 5 1/2 Millionen Mark), Einführung einer Sauplatzsteuer (von 1/2 pSt. des Mehrwerts der durch die Festsetzung von Bauaufsichtlinien in ihrem Werth erhöhten Terrains), Einführung einer Umsatzsteuer vom Verkauf von Immobilien (von 1/2 pSt. = 2 Mill. Mark), Erhebung der vom Staate überwiesenen Gewerbesteuer in der vom Staate veranlagten Höhe, Erhöhung des Schulgeldes in den höheren Lehranstalten von 100 auf 130 resp. 110 M., Erhebung der Gemeinde-Grundsteuer und der Gemeinde-Einkommensteuer im Verhältnis von 3:2 (für den voranschreitlichen Bedarf für 1895/96 entsprechen diesem Verhältnis 142 pSt. Grundsteuer mit 13 100 000 M. und 94 1/2 pSt. Einkommensteuer mit 21 Millionen Mark.)

Von den Stadtv. Wallach u. Gen. ist dazu eine Reihe von Anträgen eingegangen, welche die Vorschläge des Magistrats zu Gunsten der Hausbesitzer ganz erheblich modifizieren wollen.

Vorsteher Lange rath schlägt vor, die heutige Sitzung lediglich mit der ersten Beratung der Steuervorlage auszufüllen und, falls diese erste Beratung nicht zu Ende geführt werden sollte, dieselbe am Montag fortzusetzen. Er hält für unumgänglich, die verschiedenen Meinungen in dieser so wichtigen Angelegenheit voll zum Ausdruck kommen zu lassen und nicht mit Schlussanträgen die Debatte abzuschneiden, damit der zu wählende Ausschuss auch eine wirkliche Direktive erhalte.

Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wird der Vorschlag des Vorstehers mit kleiner Mehrheit genehmigt.

Außer den Anträgen Wallach sind weitere Anträge von den Stadtv. Kreitzing, Bause und anderen eingelaufen. Einer der Anträge Wallach sucht auch die Miethsteuer zu retten, indem er eine „reformirte“ Stala vorschlägt, die die Wohnungen bis 400 M. steuerfrei läßt, dann aber eine Stala von 2-7 pSt. für die Wohnungen bis zu 6000 M. und darüber festsetzt.

Kämmerer Ma a h: Der Magistrat glaubt mit seinen Vorschlägen das Richtige getroffen zu haben. Viel Kunststücke kann

man mit dem neuen, sehr schematischen Kommunalabgaben-Gesetz überhaupt nicht machen. Der Staat hat die Realsteuern den Kommunen überlassen und verweist die Kommunen auf diese, auf die Gebühren und Beiträge für städtische Veranlagungen, auf indirekte Steuern und zuletzt auf die Einkommensteuer an Beiträgen und Gebühren erhebt die Stadt sogar ein Maximum, so daß nur bei der Kanalisationsabgabe und bei den Schulgeldern eine Erhöhung vorzuschlagen rathlich erschien. Zur Erhöhung des Schulgeldes kommt der Magistrat aus denselben Gründen, aus denen er 1888 dem Vorgange der Staatsbehörden bei der Erhöhung auf 100 M. gefolgt ist. Die Kanalisationsgebühr wird wohl in den bevorstehenden Debatten den weitesten Raum einnehmen. Die Stadt schießt jetzt zu dem 1 pSt. Gebühr, welches die Hausbesitzer mit 2 1/2 Millionen zahlen, fast 8 1/2 Millionen zu. Bisher hat man den Hausbesitzern hier eine Berücksichtigung zu Theil werden lassen, die zu dem öffentlichen Interesse in nicht mehr zutreffendem Verhältnis steht, da doch auch jede Erhöhung der Gebühr ohnehin auf „aus Miether“ abgewälzt wird (Bewegung und Heiterkeit). Ursprünglich sollte nur das Interesse, welches die Stadt an der Kanalisation als öffentliche Einrichtung hat, von ihr auch finanziell getragen werden; dieses Interesse ist früher mit 600 000 M. bewerthet worden, und die Vorlage nimmt 650 000 M. an. Uebrigens ist die Erhöhung oft genug gefordert worden und daß Zeitungsgekrei gegen die Verdoppelung nicht recht verständlich. Von neuen indirekten Steuern haben wir nur die Umsatzsteuer eingeführt, die als Währschaftssteuer in zahlreichen Städten besteht, eine Großstadtsteuer ersten Ranges ist, den Grundstücksverkehr nicht belästigt und im Hinblick auf die Einverleibung von größter Bedeutung ist. Charlottenburg, Friedenau, Steglitz, alle umliegenden Orte haben ihre Einführung gleichfalls in Aussicht genommen. Unter den Realsteuern haben wir die Sauplatzsteuer ausgenommen. Sie gefällt uns deswegen, weil sie das einzige Mittel ist, unebene Eigenschaften von großem Werthe, die keinen Ertrag bringen, zu treffen. Die Einstellung von 1 600 000 Mark ist zwar nur approximativ, aber doch ziemlich genau. Wir halten einen Werthzuwachs des Terrains um ca. 320 Millionen für sicher. (Widerspruch.) Die Gewerbesteuer haben wir einwillen nicht neu schaffen wollen; eine besondere, den städtischen Interessen gerechtere baldmöglichst einzuführen, hat der Magistrat bereits beschlossen. (Beifall.) Die Gewerbesteuer haben wir zur Zeit mit Rücksicht auf das Darniederliegen der Gewerbe nicht mit dem höheren Zuschlag der Grundsteuer treffen wollen. Die Miethsteuer hat durch die Steuerreform den Todesstoß bekommen. Die Theilung nach Wohnungs- und gewerblichen Räumen ist unthunlich, die Anrechnung der letzteren auf die Gewerbesteuer wie das Gesetz sie fordert, setzt aber solche Trennung voraus. Auch Frankfurt a. M. und Halle haben die Miethsteuer aus denselben Gründen, ohne aber mit uns dieserhalb korrespondirt zu haben, abgeschafft. Das finanzielle Ergebnis ist kein Definitivum, sondern lediglich ein Orientierungsmittel.

Stadtv. Kalisch stimmt im Ganzen und Großen den Magistratsvorschlägen bei. Er bekämpft die Hausagrarier, ohne doch den wirklich bedrängten Hausbesitzern durch neue steuerliche Maßnahmen wehe thun zu wollen. Um alle Differenzen zu klären beantragt er mit seinen Freunden Ausschüßberatung. Ohne Vorbehalt einverstanden seien sie mit der Beseitigung der unpopulären Miethsteuer, ebenso mit der stärkeren Belastung des Besitzes gegenüber dem Einkommen. Die Belastung mit den 6 pSt. Gemeindegrundsteuer bilde jedenfalls für den Hausbesitz keinen Vortheil gegenüber dem heutigen Zustand. Die Gewerbesteuer aber müsse durchaus mit demselben Projekt als wie die Grundsteuer herangezogen werden, das sei keine Ueberbürdung des Gewerbetreibenden. (Lebhafter Widerspruch von mehreren Seiten.) Die Sauplatzsteuer sei gerecht, weniger sicher könne man das von der Umsatzsteuer und von der Erhöhung der Kanalisationsgebühr behaupten; gerade diese Punkte müßten im Ausschüß noch gründlich erörtert werden. Leicht zu erheben sei ja die Umsatzsteuer und eine ergiebige Einnahmequelle scheine sie für die Städte, die sie erheben, auch zu sein; aber ob sie für Berlin passe, sei doch sehr sorgfältig zu prüfen. Hoffentlich komme bei der Steuerreform so viel heraus, daß man an die zwei Millionen erfordernde Ermäßigung der Gaspreise herangehen könne.

Stadtv. Singer: Der Theil der Vorlage, der die Aufhebung der Miethsteuer vorschlägt, ist mir der sympathischste von allen. Wenn auch die Motive des Magistrats nicht aus der Erkenntnis der Schlechtigkeit und Ungerechtigkeit der Steuer hergeleitet werden, so treue ich mich doch, daß jetzt, nach siebzehn Jahren, die Berliner von der Kette der Miethsteuer, die sie so lange geschleppt haben, endlich erlöst werden sollen. Auch ich halte Ausschüßberatung für richtig. Die Umsatzsteuer werden wir ablehnen, weil wir in ihr eine Erschwerung des Umsatzes und die Gefahr einer Expropriation des Grundbesitzes erblicken. Ist

einmal der Grundbesitz besteuert, gleichviel in welchen Händen er sich befindet, dann liegt kein Grund vor, ihn wieder zu besteuern, wenn er aus einer Hand in die andere geht; das ist kein sachliches Steuermotiv. Der Kämmerer hat mit seinem Kämmerer-Gewissen richtig die Punkte herausgeholt, um die es sich hier hauptsächlich handeln wird: Kanalisationsgebühr, Grundsteuer und Sauplatzsteuer. Wir bedauern sehr, daß der Magistrat sich durch das Geschrei unserer Hausagrarier, welche in dieser Beziehung eine frappante Hehlichkeit mit dem Bande der Landwirthe haben, hat bestimmen lassen, das Ortsstatut, welches die ganze Kanalisationsgebühr den Hausbesitzern auferlegt, auch jetzt nicht zur Ausführung zu bringen. Prinzipiell ist festzustellen, daß das Wohlthun und Gesammter aus Hausbesitzern doch nicht Veranlassung geben kann, den wahren Thatbestand zu verschleiern. Der Grundbesitz hat eine Erhöhung seines Werthes erfahren, welche nicht der individuellen Thätigkeit des Besitzers verdankt wird, sondern der Wirksamkeit der gesellschaftlichen Einrichtungen. Schon Professor Gneist hat einmal gesagt, der Berliner Hausbesitzer läme ihn vor wie ein Mann, der sich Abends vergnügt zu Bett legt, Morgens aufsteht, die Zipselmütze aufsetzt, zum Fenster hinaus sieht und sich freut, daß er reich geworden ist. (Große Heiterkeit und Unruhe.) Der Hausbesitzer als Individuum kann zur Erhöhung des Werthes seines Grundbesitzes nicht beitragen, höchstens daß er sich bemüht, Miether mit recht hohen Mietzen zu bekommen. Aber die Wirtschaftseinrichtungen, die Schmuckplätze, Straßen, Durchbrüche, Beleuchtung, Straßensplaster, alle diese Einrichtungen, deren finanzieller Effekt wesentlich den Hausbesitzern zu gute kommt (lebhafter Widerspruch), dieses alles erhöht den Werth der Grundstücke. Ganz ähnlich verhält es sich mit der Kanalisation, deren Vorzüge natürlich, wie auch die der vorher genannten Einrichtungen, auch der Gesamtheit ganz hervorragend zu gute kommen... (Rufe: Also doch!)... Gewiß! Denn so tief werden doch die Hausbesitzer, namentlich die in dieser Versammlung, noch nicht gesunken sein, um zu verlangen, daß nur Einrichtungen geschaffen werden, welche ihnen ausschließlich zu gute kommen! (Große Heiterkeit.) Aber finanziell drückt sich auch hier der Vortheil im Geldbeutel des Hausbesitzers aus; denn die Kosten der Kanalisation sind längst eskompirt und auf die Miethen geschlagen. Und wenn auch heute die Lage mancher Grundbesitzer etwas zu wünschen übrig lassen mag, niemand wird leugnen, daß die Prosperität des Grundbesitzes in früherer Zeit wesentlich diesen kommunalen Aufwendungen zu danken ist. Es steht freilich zu befürchten, daß in der Versammlung die hausagrarischen Interessen mehr vertreten werden, als es in der gemäßigten Deputation und im Magistrat der Fall war. Die Herren, welche in politischen Körperschaften die Liebesgaben, Prämien und Zunderprämien energisch bekämpften, streichen ganz ruhig die Kanalisationsliebesgabe ein (Gelächter), indem sie sich pro Haus 185 M. schenken und von der Gesamtheit der Steuerzahler aufbringen lassen. Dem Magistratsantrag wegen Erhöhung der Kanalisationsabgabe muß unbedingt zugestimmt werden. Den Anträgen Wallach hätte als Motiv vorgelegt werden sollen: „Bescheidenheit ist eine Tugend, doch weiter kommt man ohne ihr!“ (Heiterkeit.) Jetzt zählt der Grundbesitz an Gebäude- und Haussteuer 15 Millionen, er soll mit 13 Millionen herangezogen werden, die Grundbesitzer aber erklären: Quod non! Das geht nicht, mehr als 9 300 000 Mark giebt es auf keinen Fall! Die Kanalisationsabgabe wollen sie auf 1 pSt. belassen; die Wasserwerke wollen sie auch nicht mehr als gewerbliche Anlage anerkennen, ihre Ueberschüsse sollen vielmehr zur Deckung der Mehrkosten der Kanalisation verwendet werden. Mit diesem letzteren Antrage bin ich insoweit einverstanden, als ich auch Ueberschüsse für unnütz halte und der Meinung bin, daß gar nicht Wasser genug verbraucht werden kann, da der Wasserverbrauch auch ein Kulturmaßstab ist. Darüber wird sich im Ausschüß weiter reden lassen. Was die Erhöhung des Schulgeldes betrifft, so ist eine Vertheuerung der Bildung an sich bedenklich; man muß aber die Thatfachen nehmen, wie sie sind, und die Bildung auf den höheren Lehranstalten ist heute wesentlich ein Privilegium der Besitzenden; diese zu schonen habe ich keine Veranlassung. (Zwischenruf: Freistellen!) Auf diese Freistellen können Sie sich nicht berufen. Dem Mittellosen nützen Ihre Freistellen nichts, dem können Sie nur helfen, wenn Sie unsere Anträge auf dem Schulgebiete annehmen. Die Erhöhung des Schulgeldes wird aber einem Theil der Kinder unseres gebildeten Mittelstandes den hohen Schulen fern halten und den Gemeindeschulen zu deren großem Vortheil zuführen, und so auch die Bahn zur Einheitschule weiter geebnet werde. Hinsichtlich der Gewerbesteuer stimmen wir der Magistratsvorlage zu. Wenn wir schon in den lauren Apfel der städtischen Gewerbesteuer beißen müssen, so dürfen wir doch nicht so ungerecht sein, den Leuten, welche durch den Erlaß der Miethsteuer erleichtert

werden, mit der Gewerbesteuer eine neue Last aufzuerlegen. Die Gewerbesteuer ist ungerecht; in dem Dilemma, in welches uns das Kommunalsteuer-Gesetz bringt, treten wir auf die Seite des Magistrats. Die Steigerung der Einkommensteuer auf über 100 pCt. sehen wir bekanntlich nicht als ein so großes Unglück an. Gegenüber dem Loben und der Agitation der Hausbesitzerkreise wünsche ich dem Ausschuss und der Versammlung ein recht heißes Adjektiv. Die von uns vertretenen Arbeiter werden sich um den Preis ihrer Rechte jedenfalls kein Geschenk machen lassen, wie es Herr Wallach in seinem jenseitig zugänglichen Gutachten andeutet. Steuern soll man nehmen, wo man sie mit gutem Gewissen holen kann, vom Besitz und vom Einkommen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadt. Spina ist von den Magistratsvorschlägen nicht sehr befriedigt. Mit der Abschaffung der Miethsteuer, mit der Nichterhebung von Luxus- und Luxuriositäts-Steuern ist er einverstanden; Bedenken aber hat er gegen die geringere Herabsetzung der Gewerbesteuer; denn die für die Gewerbetreibenden geltende wirtschaftliche Lage treffe auch für die Hausbesitzer zu, deren tausende mit Sorgen ihr tägliches Brot essen. Die weiteren Ausführungen des Redners sind als eine begeisterte Apologie für die Hauswirthe zu charakterisieren, denn weder die Umsatzsteuer, noch die Steuerverteilung von 8:2 noch die Erhöhung der Kanalisationsgebühr findet Gnade vor seinen Augen; selbst der Bauplatzsteuer prophezeit er unüberwindliche Schwierigkeiten der Durchführung. Hoffentlich wird, so meint er, die Versammlung auch diesmal fest bleiben und dem Verlangen, die Kanalisationsgebühr zu erhöhen, gegen dem altpreussischen Summa cuiusque! die Genehmigung versagen.

Stadt. Gering: Der Gneiss'sche Hausbesitzer mit der Zippelmühle ist seit 20 Jahren maueisobit; die Lage hat sich sehr geändert, aber die Agitation der Hausbesitzervereine hat dennoch an schlimmen Ueberreibungen gelitten. In dem neuen Steuergesetz ist nur einmal der Hauptnachdruck auf die Realsteuern gelegt und eine Erhöhung der Einkommensteuer auf über 100 pCt ist an die sehr unerwünschte Genehmigung der Regierung geknüpft. Mit der Schulgeld-Erhöhung bin ich nicht einverstanden; das Beispiel der Staatsschulen darf hier nicht herangezogen werden. Vor nicht langer Zeit haben die Freunde des Herrn Singer noch die Unentgeltlichkeit des höheren Unterrichts gefordert; jetzt sind sie selbstsamer Weise ganz anderen Sinnes geworden. Gerade der Mittelstand wird durch diese Maßregel schwer betroffen. Leider hat der Magistrat auch nicht einmal versucht, Kanalisation und Wasserwerke in irgend eine nähere Beziehung zu setzen. Wenn aber die Kommune nicht weiter geht, als im Wesentlichen den bisherigen Zustand beizubehalten, so kann man von einer Belastung der Hausbesitzer nicht im Ernst sprechen. Wenn die Kanalisationsgebühr auch verdoppelt wird, an der Haussteuer wird doch erheblich mehr gespart. Nehmen Sie das ein Prozent ab, so kommt der Mehrbedarf doch wieder in den Realsteuern zum Vorschein. Die Umsatzsteuer aber ist als eine auf Leistung und Gegenleistung beruhende Steuer nicht zu bezeichnen. Die Bevorzugung der Gewerbetreibenden vor den Hausbesitzern muß im Ausmaß sehr genau auf ihre Berechtigung geprüft werden. Die Aushebung der Miethsteuer ist durch das Gesetz und aufgezogen.

Stadt. Wallach: Nachdem der Magistrat 15 Jahre lang so tapfer und nachhaltig die Miethsteuer verteidigt hat, giebt er sie jetzt ohne Schwertstreich, ohne ein Wort des Bedauerns auf, wählt, was bisher über 800 000 Steuerzahler aufgebracht haben, einfach ohne viel Kopfzerbrechen den 20 000 Hausbesitzern auf! So fährt man doch kein Gesetz aus, welches die Miethsteuer in erster Linie reformirt wissen will. Noch am 5. November 1891 hat der Rämmerer Maas die Abschaffung der Miethsteuer für eine Unmöglichkeit, für eine Zerstörung der städtischen Finanzen erklärt! (Vorleser Langenhans erhebt den Redner, der ein umfangreiches Manuskript in der Hand hat, nicht abzulesen.) Mit der ausführlichen Schilderung der großartigen und unübertrefflichen Vorzüge der bestehenden Miethsteuer, in welche der Redner sich nimmer vertieft, glauben wir unsere Leser verschonen zu sollen. Er empfiehlt dann seinen Reformantrag, dessen Annahme das drohende Unheil von den Hausbesitzern abzuwenden geeignet sei und auch die Gewerbesteuer herabzumindern gestatte. Redner bedient sich im Eifer seines „Vortrages“ so ausdauernd des Manuskripts, daß er von einigen Kollegen unter stürmischer Heiterkeit der Versammlung auf diesen Umstand durch ihm zugeflüsterte Bemerkungen aufmerksam gemacht werden muß. Als Redner dann erklärt, noch einen kurzen Blick auf die Geschichte der Kanalisationsgebühr geben zu wollen, macht sich eine allgemeine Unruhe geltend und die Privatunterhaltungen lassen den Zusammenhang der Ausführungen des Redners für die Tribüne nicht mehr erkennen.

Nach dieser „instruktiven Vorlesung“ beantragt Stadt. Singer die Verlegung. Stadt. Alexander Meyer widerspricht; der Antrag wird abgelehnt.

Stadt. Rommen lehnt Bauplatz- und Umsatzsteuer als schädlich resp. technisch undurchführbar ab und schlägt als Ersatz die Einführung einer Besteuerung der Bauplätze, d. h. der bloßen Bodensfläche, nach dem gemeinen Werthe vor. Diese Abschätzung stoße nicht auf die Schwierigkeiten, an denen die Bauplatzsteuer scheiterte. Es handle sich bei seinem Vorschlage um eine Besteuerung der Bodensfläche aller städtischen Grundstücke der bebauten, wie der unbebauten, um eine Vermögenssteuer vom Grundstücksverthe. Der Zweck der Bauplatzsteuer, Heranziehung des Werthzuwachses zur Steuer, wird besser und in größerem Umfange erreicht. Daneben müßte die Steuer von dem Gebäude-Nutzungswert und vom Grundstücks-Nutzungswert weiter erhoben werden, aber die Arealsteuer unerhöhen, wenn sie von jener übertröffen wird. Der Antrag dieser Arealsteuer würde die Erhöhung der Kanalisationsgebühr und des Schulgeldes überflüssig machen. Hiernach wird um 9 Uhr die Fortsetzung der Beratung auf Montag 5 Uhr verlegt.

Lokales.

Die Liste der boykottfreien Gastwirthe und Restaurateure wird der am Sonnabend erscheinenden Nummer des „Vorwärts“ wieder beigelegt werden. Veränderungen in der Liste müssen von den hierzu beauftragten Kontrolloren bis spätestens Freitag Vormittag 10 Uhr in der Druckerei von Max Wading, Benthstraße 2, Hof 3 Treppen, abgeliefert werden.

Der Boykott und Gastwirthsgehilfen. Aus den Kreisen der organisierten Kellner geht uns nachstehendes Schreiben zu: „Außer Eugen, dem edlen Ritter, haben plötzlich auch noch andere Vertheidiger des Brauerei-Ringes ihr misfällendes Herz für die „sozialdemokratischen Kellner“ entdeckt. Um den „Führern“ des Boykotts ein auszuweichen, zitiert die „Freisinnige Sig.“ das sogenannte „Intelligenzblatt“ und andere Tageszeitungen einige Sätze aus einem eingesehenen Artikel des „Gastwirthsgehilfen“, worin es mit Bezug auf den Boykott heißt: „Wie sollen wir uns den Winter durchschlagen?“ ... der Sommer, der beispiellos schlecht war, hat vielen den erwünschten Verdienst nicht gebracht, durch den sie vielleicht in der Lage gewesen wären, sich mit den zurückgelegten Wöckchen über Wasser zu halten, eine oder zwei Ausflüge die Woche giebt es doch mitunter. Aber auch diese Hoffnung wird anscheinend zu Schanden, wenn der Boykott und die Saalperre erhalten bleiben. Bei einigermaßen gutem Willen wäre es gar nicht so schwer, die ausgeperrten 82 Brauerei-Arbeiter unterzubringen, sei es auch in anderen Gewerken, der Stein des Anstoßes wäre dann auf dem Wege geräumt, der Friede könnte geschlossen werden. Hunderte von Existenzen sind schon ruiniert, Hunderte unserer Kollegen

sänden diesen Winter Arbeit und Verdienst in den noch gesperrten Sälen.“

Das Gummischlauchorgan fügt dem noch folgende hämische Bemerkung bei: Der K.-Korrespondent des „Gastwirthsgehilfen“ hatte jedenfalls auf eine von der Redaktion jener Zeitung gemachte „Randbemerkung“ gehofft, wie es bei solch' zweideutigem Artikel immer der Fall ist. Die Redaktion hatte sich aber wohlweislich gehütet, auf den Artikel einzugehen — sie könnte sich ja die Ungnade der „Führer“ aus der „Rahbachtstraße“ zuziehen, falls sie eine leise Kritik über die Verlängerung des Boykotts äußern würde. — Sie entledigte sich ihrer Aufgabe in einer Briefkastennotiz, dahingehend, daß es Befehl der Verfassungen sei und jetzt nichts geändert werden könne, man müsse abwarten.“

Wie schon oben bemerkt, handelte es sich hier um die Meinungsäußerung eines gelegentlichen Mitarbeiters, also weder um eine Kundgebung der Redaktion, noch um eine solche der gesamten Gehilfenschaft. Zugegeben werden soll ohne Weiteres, daß die Kellner unter dem Boykott ungemein gelitten haben. Nicht zum Wenigsten machten sich die Folgen des Boykotts denjenigen Kellnern fühlbar, die sich durch ihre Organisation an die Arbeiterbewegung angelehnt haben, dies um so mehr, als sich die Saalverweigerer, die sich freiwillig in die Gefolgschaft des Rades begaben, veranlaßt fühlten, in ihrer ersten Versammlung zu beschließen, vom dem Arbeitsnachweis der Gastwirthsgehilfen keine Kellner mehr zu entnehmen. Irgendwie gerechtfertigt war diese provokatorische Maßregel durchaus nicht, die jeweiligen Schildkröten derer vom Biering hatten eben auch das Bedürfnis, ihrem Nachbarn ein wenig zu fröhnen und die „terroristischen Sozialdemokraten“ als Gäste wie alle Arbeiter sich vom Hause zu schaffen, um endlich einmal „eigener Herr“ zu sein im meist nicht eigenen Hause. — In der That haben die organisierten Kellner nicht den leisesten Anlaß gegeben zu obiger Rohnahme. Als Konsumenten reichlich haben die sozialdemokratischen gesunden Kellner ihre Pflicht gethan, sie haben das Ringier gemieden und nach Möglichkeit mitgeholfen, die Opfer der Unternehmervillwäre zu unterstützen. Die Organisation als solche aber, und vor allem das Fachorgan, hat es auf das Feinlichste vermieden, zu dem Boykott irgend eine Stellung zu nehmen, um nicht noch mehr Gewerkschaften mit in den Streit zu ziehen. Der Arbeitsnachweis des „Vereins Berliner Gastwirthsgehilfen“ hat also jugendlichermaßen schwer gelitten und würden seine Mitglieder einen ehrenvollen Frieden gemiß begrüssen. Solange ein solcher aber nicht errungen werden kann, werden die „sozialdemokratischen Kellner“ die Konsequenzen ihrer Gesinnung auf sich nehmen, jedenfalls aber verzichten sie gern auf die Freundschaftsbewegungen jener Herrschaften, die seit geraumer Zeit mit wenig Witz und viel Begeben dabei sind, eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit zwischen den „Führern“ und den „Massen“ künstlich zu konstruieren. Der K.-Korrespondent im „Gastwirthsgehilfen“ hat nichts als seine persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht, wozu er ein gutes Recht hatte. Daraus weitere Schlüsse zu ziehen auf die Allgemeinheit, ist vollkommen verfehlt.“

Die Ruckenburg'schen gehen bahnbrechend vor! Am Mittwoch hat wieder eine große Rederei über die Schädigungen, welche die Arbeiter den Schankwirthen zugefügt haben sollen, im Verein der Fechtbierwirthe stattgefunden. Die Taktik, welche die im inneren Verkehr mit dem Ringe stehenden Führer befolgen, ist so probat, wie sie den Umständen nach nur sein kann. Wer gegen den Stachel lödt, dem wird flugs vorgehalten — was die Saalkommission schon bislang an die großen Kollegen ausbezahlt hat. Die kleinen Gastwirthe bücken sich dann in der Regel und warten und warten, bis der Ringier sie die Reihe kommt. Als ein Feld der „sachgemäßen“ Interpretation zeigte sich wieder einmal Herr Ruckenburg, der seine „wertvollen Kollegen“, die dagegen murrt, daß sie in der Wahl ihres Ringierers durch eine seinerzeit im Vertrage der Brauereien ausgenommene Bestimmung beschränkt sind, darauf verwies, daß jene Verpflichtung wohl nötig sei (im „Gastwirthsverein“ nannte man das „eine jeder Manneswürde höhnsprechende Gewaltmaßregel“), aber doch den Umständen gemäß in jedem einzelnen Falle außer Acht gelassen werden dürfe! Das nennt man Logik. Da man sich thatächlich keinen Rath mehr wußte, um aus diesem Wirrsal von „Bedrückungen“ und „Schädigungen“ zu entkommen, so wurde es allgemein fast als rettende That begrüßt, daß jemand auf den schlauen Gedanken kam, das „Einschreiten der Gesetzgebung in der Boykottgeschichte“ zu fordern. Die Versammlung beschließt, so heißt es in der mit Hurrah angenommenen „Willensklärung“, „in Erwägung, daß durch den von der Sozialdemokratie verursachten Boykott die Existenz vieler Wirthe bedroht ist, den Reichstag zu ersuchen, in der nächsten Session ein Gesetz zu erlassen, wodurch die jetzigen Zustände im Gastwirthsgewerbe aufgehoben und für immer unmöglich gemacht werden.“ — Das ist endlich einmal ein echt staatsmännischer Schritt nach vorwärts. Was in unseren schwachen Kräften fehlt, soll natürlich geschehen, um den offensichtlich am Ende ihres Vateins angelangten Saalverweigerern z. B. förderlich und dienlich zu sein. Auf in den Kampf für Ordnung u. i. w., u. i. w. gegen die bösen Sozialdemokraten, die sich unterstehen, gleich der ersten besten Militärbehörde darauf los zu boykottieren.

Mit hämischer Freude registriert die Ringpresse — Eugen der Aut vornehmlich — die Notizen des „Vorwärts“, welche die Parteigenossen auf die Mogeleyen und Betrügerien der einzelnen Gastwirthe aufmerksam machen. Seht, wie schwer es den Sozialdemokraten wird, ihren Boykott durchzuführen, ruft die Ringpresse entzückt und merkt in ihrer klassischen Naivität nicht, in welche eigentümliche Stellung sie selber geräth, wenn sie derartige unfaulere Manipulationen so warm begrüßt. Es gilt doch sonst im gewöhnlichen Leben Wortbruch als eine verächtliche Handlung — ganz zu schweigen von den anderen Mischgeschäften, durch die der ehrliche Arbeiter getäuscht und betrogen werden soll. Daß zunächst die einfache Unterscheidung von Ringier durch ringfreie Getränke, das Hinüberleiten desselben aus einem Nebenkeiler in den Apparat u. i. w. Ein Wirth läßt sich das Plakat der Boykottkommission stellen — und verkauft es einem Kollegen, der nach Arbeitergroßchen Verlangen trägt; in einem anderen Falle läßt man das gute ringfreie Bier während der Nacht ohne Druck stehen, um am folgenden Tage Veranlassung zu haben, an Stelle des „Lafchen“ Geträns Ringier einzuführen zu können und so fort. Der Beweis aber, daß alle Schwundeleien der beiden Gastwirthe im wesentlichen doch erfolglos sind, liegt darin, daß eben die Mogeleyen und Unterklasse alleammt noch kurzer Zeit entdeckt werden. Wer mit solchen Mitteln den Kampf führt, kann jedoch keinen Anspruch darauf erheben, von den notwendigen Folgen einer solchen Insamie verschont zu bleiben, und eine Presse, die das noch unterläßt, schädigt sich dadurch nur selber an dem Rest ihres Ansehens.

Zur Lokalliste. Die Gastwirthe Deder, Febrbellnerstraße 51, Ubel, Schönhauser Allee 79, Hagen, Febrbellnerstraße 20, sind von der Liste zu streichen, weil sie Boykottbier führen und sich nicht kontrollieren lassen. Wachsmuth, Dierstraß 8, ist ebenfalls zu streichen, weil er Bier aus der Unions-Brauerei bezieht. Boykottbier schänkt auch der Gastwirth Grebing, Ghauffestr. 98.

Achtung, Schöneberg! Die von der unterzeichneten Kommission am vergangenen Sonntag veröffentlichte Notiz, den Gastwirth Dornbusch betreffend, wird nach nochmaligen eingehenden Untersuchungen als erledigt betrachtet. Herr Dornbusch schänkt ringfreies Bier. Die Lokalkommission von Schöneberg-Schubart.

In Köpenick wird der dortige sozialdemokratische Arbeiterverein am 17. November in Wöllstein's Lustgarten zu Aldersbög ein Vergnügen zum Besten der ausgeperrten Brauerei-

Arbeiter veranstalten. Der gute Zweck dieser Festlichkeit läßt gewiß einen zahlreichen Besuch der Parteigenossen und Genossinnen von Nah und Fern erwarten.

Wilhelm Schulze, einer der eifrigsten Mitkämpfer in den vorderen Reihen der Schneiberbewegung, wurde am Sonntag Abend vom Tode ereilt. Inmitten seiner Rastlosigkeit Sonnabend Abend besiel ihm ein Herzkrampf. Schleunigst herbeigeholte Ärzte besahen Ruhe, und erst nach Mitternacht konnten ihn die Kollegen und Kolleginnen mittels einer vom Polizeibureau herbeigeschafften Tragbahre vom Sockel in der Schützenstraße nach seiner Wohnung in der Hollmannstraße transportieren; ein zweckentsprechendes Transportmittel (z. B. Krankenkorb) war leider in den Sanitätswachen nicht zu haben. Ein Verzicht machte Sonntag Abend seinem Leben ein jähes Ende. Die zahlreiche Beilegung an seiner Mittwoch Nachmittag auf dem Neuen Jakobikirchhof in Witt erfolgte. Beilegung zeigte von der Achtung und Liebe, die er sich im Laufe der Jahre seiner rastlosen Thätigkeit in Genossen- und Kollegenkreisen erworben hatte. Prachtige, reichbesetzte Blumenarrangements mit entsprechenden Widmungen bedeckten den Sarg und wurden am Grabe niedergelegt, wo der Leichenzug bei hereinbrechender Dunkelheit anlangte. Ein Doppelquartett-Gesang empfing den Toten an der Gruft. Genossen und Kollegen senkten ihn hinab, worauf Genosse Timm dem dahingegangenen Freunde in kurzen, ergreifenden Worten einen herzlichen Nachruf widmete und die Sänger ihm den letzten Scheidegruß sandten. Aus der Fülle der niedergelegten Kränze leuchteten besonders die vom 8. Wahlverein, vom Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen, und von den verschiedenen Schneiderwerkstätten hervor.

Die Sau-Jagden im Grünwald haben, wie alljährlich, mit dem Beginn des November ihren Anfang genommen; am letzten Dienstag wurde die erste dieser Jagden in der unseren Lesern aus früherer Schilderungen bekannten Weise geritten. Der sonst bei der ersten, im Herbst vom Jagdschloß Grünwald aus stattfindenden Jagd übliche Andrang von Zuschauern fehlte ganz; nur ein rabaukistiger vornehmer Pöbel, der zu den Lakaien der die Jagd mitreitenden Offiziere Beziehungen unterhält, machte gegen Mittag den Grünwald unsicher, wobei es natürlich ohne die üblichen Biß nicht abging. Der Skandal schmeckte das Dammbild, das gegenwärtig seinen herbstlichen Gefühlen nachgeht, von seinen Standplätzen weg und als ein staltlicher Achender, gefolgt von mehreren Hirschläben, davonjagte, meinte einer der Staudalmacher zum anderen: „Du, ruf den Jirich mal, der hört auf den Namen Leif“. — „Na, drum geht er auch in die Richtung nach Potsdam los, direkt in die Disziplinarkammer.“ war die prompte Antwort. Hinter dem Sau-Gatter hielten zahlreiche Fuhrwerke; ihnen entzogen Damen aus bekannten Berliner Familien, die sämtlich durch glücklichen Geschäftsbetrieb in der Lebensmittel-Branche in kurzer Zeit reich geworden sind; der blonden Getreidehändlers-Frau sah man es noch wie Neugierde am Gesicht an, daß sie noch vor kurzem in der Mühle wohnte, und die umfangreiche Schlächtermadame hatte in der Equipage noch dieselbe großzügige Weinhaltung wie früher auf dem Wochenmarkt, wo sie für die wärmependende Kohlenbütte zwischen den Ruten Raum lassen mußte. Mit weitgehender Stimme erzählte eine behäbige Desillatours-Frau, nachdem sie sich mühsam aus dem eleganten Fußpelz herausgewickelt hatte, daß ihr Herr Gemahl die letzte Jagd bei Potsdam auch mitgeritten habe, aber dabei schrecklich zu Schaden gekommen sei; weil er lange vorher das Reiten nicht geübt, habe er sich bei dem anstrengenden Ritte durchgehäuert und nun gab die elegante Frau eine topographisch genaue Schilderung der durchgerittenen Örtlichkeiten an dem Körper ihres „Gemahls“, mit seltener Genauigkeit, daß einige von den versammelten Reitern, die sich für dies Thema besonders interessierten, aufmerksam zuhörten. Darauf schien die ganze Unterhaltung berechnet zu sein, denn es entstand bald ein lautes Jauchzen und Kreischen unter den Damen, namentlich als ein bekannter Brauerei-Direktor, der auf einem für das Gewicht seines Reiters viel zu schwachen Gaul herbeigetrabt war, mit in die Unterhaltung eingriff. Die Damen gaben sich augenscheinlich Mühe, die Aufmerksamkeit der allmählich herankommenden Hohlröde auf sich zu ziehen, und schienen einen besonderen Reiz darin zu finden, von irgend einem abligen, freiherrlichen oder gräflichen Auge fixirt zu werden. Daß sie mit diesem Bemühen Erfolg hatten, konnte man nicht beobachten; dagegen lenkten sie ungewisshast die Blicke der losgelassenen Sau auf sich. Diese stürzte gerade auf die Damengruppe los, um sich, wie beim Juneswerden einer sattegehabten Begriffsverwechslung, plötzlich abzuheben und den Lauf nach der entgegengesetzten Seite zu nehmen. Den schönsten Anblick bei der Jagd boten zweifellos die mehrerwähnten Damen, als sie schnell nach der Spürbahn rennend, um das Anlegen der Reute zu sehen, sich Mühe gaben, ihre losbaren Köben vor der Berührung mit dem nassen Grafe des Waldes zu bewahren. Die allgemeine Jagdlust war denn auch mächtig entflammt, sogar die Hunde stürzten laut heulend der schlächtigen Sau nach und als letzter im Zuge der Reiter hintere der Gaul des Brauereidirektors hinterdrein.

Die nach Hause gehenden Zuschauer aber sangen nach bekannter Melodie in volkstümlicher Art:

Im Grünwald ist heute große Saufschlächterei
Und unser Bruder — — ist auch dabei!
Links um die Ecke, rechts um die Ecke!
In der Mitte rennt der große Hunde-Baubau!
Rechts um die Ecke, links um die Ecke!
In der Mitte greifen sie die wilde Sau!

Und wer der Sau an's Bein faßt kriegt ein Thaler!
Eine hochbedeutsame Neuerung bei den Jagden ist insofern eingeführt, als die darfsüchtigen Jagdläufer rotthe Mägen erhalten haben. Im nassen Grafe bei Novembertemperatur darfsüch und mit rother Mäge! Vielleicht das Symbol des „neuesten Kurzes“?

Der Fahrpreis der Omnibuslinie Marheineke-Platz-Rosenthaler Thor ist von 20 auf 15 Pf. herabgesetzt; als 10 Pf. Zehlfreiden sind eingelegt; Marheineke-Platz-Gade'scher Markt und Hallesches Thor-Rosenthaler Thor. Die übrigen Zehlfreiden sind aufgehoben.

Man „hebt“ die Sittlichkeit! Eine dreizehnjährige Schülerin der Gemeindegemeinde zu Rixdorf mußte dieser Tage vom Unterricht in der Klasse ausgeschlossen werden, weil sich herausstellte, daß das Mädchen im letzten Stadium der Schwangerschaft sich befand. Die daraushin veranlaßten behördlichen Ermittlungen haben zur Verhaftung eines zwanzigjährigen Mannes geführt, der bei den Eltern des Mädchens eine Schilke inne hatte und das aussichtslose Kind, dessen Eltern Tags über außer dem Hause arbeiteten, verführte. Die elterliche Wohnung, so wird noch mitgeteilt, soll garnicht ausreichend gewesen sein, um für einen Schlafgänger noch den nötigen Raum zu schaffen.

Man sucht bekanntlich die öffentliche Sittlichkeit zur Zeit mit großem Eifer zu heben. Zwar geschieht dies nicht dadurch, daß man sich redlich bemüht, dem Arbeiter durch Erhöhung seines Arbeitseinkommens vom Fluch des Schlafstellenwesens zu befreien — nein! Sind ja doch im Uebersich gelegentlich der Staatsberatungen für das Jahr 1893/4 Postbeamte, die über ihr elendes Einkommen Klage führten, seitens des Vertreters der Postverwaltung, Herrn Dr. Fischer, darauf hingewiesen worden, daß sie sich ja z. B. durch Zimmervermietung einen Nebenverdienst verschaffen könnten. So trömmeln die Preußen also nicht. Die Hebung der Sittlichkeit vollzieht man in der Hauptstadt des Reiches der Gottesfurcht und frommen Sitte dadurch, daß man in ihr Kirchen baut, eine um die andere, zum Kostenpreis von zehn Millionen Mark bis herab zur ganz gewöhnlichen, deren Herstellungspreis sich nur auf einige lumpige Hunderttausende beläuft.

Stellt sich dann aber heraus, daß trotz Duzender neuer Kirchen die „öffentliche Sittlichkeit“ immer noch nicht „gehoben“

ist, so — nun so ist ja immer noch die lex Heinke auf Lager, mit der es dann zur Veränderung wieder einmal versucht werden muß. Und wenn auch die nicht hilft, dann muß in drei Teufels Namen die ganze Schuld an der Sozialdemokratie liegen, gegen die mit Pauken und Trompeten der grandiose Kampf für Ordnung, Religion und — Sitte losgelassen werden muß. Tapfer drauf und dran; die Sittlichkeit muß gehoben werden!

Das Verbrechen des Bankiers Saloschin. Die „Staatsbürger Zeitung“ schreibt: Schlechtes Lohn für eine wädrere That hat der Prospektentlicher Objt geerntet. Vor uns liegt folgendes ärztliche Urteil: Der Prospektentlicher August Objt ist vom 20. Februar bis 21. Mai d. J. hier im Elisabeth-Krankenhaus behandelt worden an einem schweren Schädelbruch mit Gehirnverletzung, welchen er sich beim Vandalen durchgehender Pferde des Bankiers Saloschin, Thiergartenstraße 20, zugezogen hat. Infolge dieser Verletzung ist das linke Auge Objt's vollständig erblindet. Schwere Arbeiten bewirken Kopfschmerz und Schwindel, sodass Objt vor der Hand seinen bisherigen Beruf als Kutcher nicht ausüben kann. Es wäre sehr wünschenswert, wenn für Objt, der seine Verletzung in Ausübung edelster Menschenpflicht erlitt, in materieller Hinsicht in so weit gesorgt würde, wie es bei jedem in seinem Verufe durch Unfall Verletzten geschieht. Der Bankier Saloschin hat die anfangs versprochene Unterstützung jetzt verweigert, mit dem Hinweis, ihn ginge die ganze Sache nichts an. Berlin W., 80. X. 94. Prof. Dr. Rinne, dirig. Arzt am Elisabeth-Krankenhaus. — So das ärztliche Zeugnis, zu dessen Erläuterung wir folgendes hinzufügen wollen: Am 20. Februar hielt Objt mit seiner Droßke I. Klasse ruhig auf dem Halteplatz, als plötzlich ein Gespann prächtiger Pferde angetraff kam, hinter sich her den Vordertheil einer Equipage schleifend. Die Pferde, die nur aus dem Stalle eines reichen Mannes stammen konnten, waren offenbar durchgegangen und das Gefährt war bereits gerammt. Um weiteres, unabsehbares Unglück zu verhindern, sprang Objt den rasenden Thieren entgegen und fiel ihnen in die Fügel. Mit seiner Pferdebedeckte, die er einem der Pferde über die Augen warf, brachte er dieses zum Stehen, während es ihm gelang, das andere durch einen gleichzeitigen Ruck in die Fügel zu Boden zu reißen. Leider aber mußte er die brave That theuer bezahlen; denn bei seinen von Erfolg gekrönten Bemühungen konnte er natürlich nicht an sich denken, und so kam es, daß er so unglücklich vor die Deichselstange gerissen wurde, daß diese ihm buchstäblich die linke Schädeldecke abstieß. Schwer verletzt, außerdem auch noch durch einen Armbruch, blieb der Brave auf dem Schaulpate seiner wüthigen That bewußlos liegen und wurde in das obengenannte Elisabeth-Krankenhaus geschafft. Sechs Wochen schwebte er dort zwischen Tod und Leben, und nur der Kunst und aufopfernden Pflege des Professors Dr. Rinne gelang das fast Unglaubliche, den Mann dem Tode zu entreißen. Als er aber wieder hergestellt war, da war er ein Krüppel. Die furchtbare Verletzung des Kopfes und Gehirns hat nicht nur seine Erblindung auf dem linken Auge zur Folge gehabt, sondern auch Gehör und Geruch vernichtet, ja sogar den Gebrauch der Zähne auf der linken Seite unmöglich gemacht. So ist der Mann als Opfer seiner edlen That erwerbsunfähig geworden. Und eine edle That war es; denn welches Unglück die fahrlos dahinrollenden Thiere noch hätten anrichten können, wenn sie nicht aufgehalten worden wären, läßt sich eben gar nicht absehen. Für allen diesen Schaden aber hätte selbstverständlich der Besitzer des Gespannes aufkommen müssen. Diese Ermüdung hatte denn wohl auch letzteren, den Bankier Saloschin, Thiergartenstr. 20 (Komptoir Behrenstr. 55) bewogen, sich um das Geschick der plötzlich ihres Ernährers beraubten Familie Objt zu kümmern und ihr während der schweren Krankheit des durch seine Pferde zum Tode verletzten Familienhauptes einige Unterstützung zukommen zu lassen, die sie über Wasser hielt. Nun, Herr Saloschin wird das nicht schwer; denn er ist ein mehrschöner Millionär, hat einen Stall voll edler Pferde und kann wohl einmal 200 M. — soviel betrug die der Familie Objt gewährte Unterstützung ungefähr — ausgeben, um einer Pflicht zu genügen, ohne erst den Klagenweg abzuwarten.

Weiter wurde dem Verunglückten nach der „St. Jtg.“ das Verbrechen gemacht, daß er 1500 M. zur Begründung eines Geschäftes vorgezogen erhalten sollte. Wie der reiche jüdische Bankier sein Verbrechen nach langen Placereien gebolten hat, darüber berichtet das Blatt folgendes: Großmüthig greift er in die Tasche, holt einen Hundertmarktschein heraus, reicht ihn dem armen Teufel und mit umschamlicher Handbewegung entläßt er ihn mit den Worten: „Ich wünsche nun aber nicht wieder von Ihnen belästigt zu sein!“ — Stumm wendet sich der Mann; der Hundertmarktschein brennt ihn in der Hand; aber was will er machen? Er muß ihn nehmen! Und so wandt er heim, um eine Hoffnung ärmer. Hinter ihm aber schließt sich dröhnend die Pforte der Villa des reichen, jüdischen Bankiers Saloschin — für immer. Das war im September dieses Jahres. Seitdem hat die Familie Objt nicht wieder von Herrn Saloschin gehört. Der Winter naht. Wie lange können die so gütig gespendeten 100 M. reichen? Und was dann?

Das Rowdythum unter den sogenannten Gebildeten entfaltet immer herrlicheren Blüten. Erst gestern konnten wir von der Großthat eines akademischen Strolchs berichten und heute wird uns, gleich andern Blättern, folgende Mittheilung zugefellt:

Allgemeine Verurtheilung findet in ärztlichen Kreisen ein Verfall, welcher einen hiesigen praktischen Arzt genöthigt hat, einen Kandidaten der Medizin der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Vor längerer Zeit bereits hatte die Kammer der Beschluß gefaßt, daß Studenten als Vertreter von Ärzten nicht zu Patienten gefandt werden dürfen. Diese Vorschrift wurde jedoch von einem Arzte im Schönhauser Viertel übertreten, welcher vor einigen Tagen, wie übrigens schon früher in anderen Fällen, einen Studenten, Cand. med. J. an das Krankenlager eines 79-jährigen Mannes in der Alten Schönhauserstraße sandte. Hier traf den jungen Studenten der Hausarzt des Erkrankten, Herr Dr. med. J., welcher den sehr jungen Herrn fragte, ob er approbierter Arzt sei. Der Letztere verweigerte Auskunft, und damit schien der Verfall erledigt. — Drei Tage später erschien der Student in der Wohnung des Dr. J. und unterbreitete dem Arzte ein Schriftstück zur Unterschrift, in welchem der genannte Herr befähigt wurde, daß er „gemein und brotneidisch“ sei. Herr Dr. J. hatte kaum den Anfang des Schreibens gelesen, als ihm der Studiosus mit der geballten Faust hinterwärts mehrere wuchtige Hiebe über den Kopf versetzte, so daß der Angegriffene fast die Bestimmung verlor. Er ermannte sich jedoch und mußte den Kandidaten der Medizin gewaltsam zur Thür hinausbringen. Der Student, welcher der Staatsanwaltschaft wegen Mißhandlung und Hausfriedensbruch übergeben worden ist, entschuldigte den Uebertreter damit, daß er Angehöriger einer Verbindung sei und aus diesem Grunde (!) seine durch den Arzt beleidigte Ehre rächen mußte.

Wie wäre es, wenn die Regierung, die ja so sehr im Aufarbeiten von Spezialgesetzen gegen soziale Mißstände ist, demnächst dem Reichstage wieder eine besondere lex Heinke mit Sattenarrest zc. vorlegte und diesen Entwurf mit dem Ueber-

handnehmen des Rowdythums unter den „Gebildeten“, den besessenen Kämpfern für Ordnung, Religion und Sitte, begründete?

Unabsehbare Folgen hätte ein Unzug haben können, der am Montag Abend in Groß-Sichterfelde verübt worden ist. Als die elektrische Eisenbahn, die die beiden dortigen Bahnhöfe mit einander verbindet, in der Nähe der Haupt-Kadettenanstalt angekommen war, bemerkte der Führer, daß ein Baum quer über die Schienen gelegt worden war. Man vermuthet, daß angetrunkene Leute den Unzug begangen haben. Uebri gens war der Montag für den elektrischen Bahnbetrieb ein Unglückstag. Vormittags fuhr ein Wagen der Brauerei Pöhlenhoyer an der Strom- und Ringstraße über das Geleise, ohne den sich mit großer Schnelligkeit nähernden Eisenbahn-Wagen zu bemerken. Der hintere Theil seines Gefährts wurde gefaßt und zerschmettert.

Die Direktion des Reichshallen-Theaters warierte gestern Abend dem Publikum mit einem neuen, vielseitigen Programm auf, das gewiß bei den Freunden der Spezialitätenbühnen lebhaft Anerkennung finden wird. Aus den zahlreichen Vorstellungen wollen wir vor allem die guten Leistungen des Gesangsquartetts Geschwister Robnndorf hervorheben, die, was Intonation und Vortragweise betrifft, als vorzüglich bezeichnet werden müssen. Geradezu Erstaunliches bot Herr Jean Nelson, der mit herkulischen Kräften geradezu Unübertreffliches vollführte. Mit den übrigen Piecen, die neben manchem Guten auch Minderwerthiges darboten, wurde der Abend im Ganzen wieder ausgefüllt.

Todesfälle auf der Straße. Die Wittve Auguste Buschnig aus Nitzdorf brach am Mittwoch Abend um 8 Uhr vor dem Hause Kottbuser Damm 3 plötzlich zusammen. — Ein zweiter ähnlicher Fall ereignete sich am Mittwoch Vormittag in der Nähe der Linden. Dort stürzte ein Mann zusammen, der zwar noch lebend nach einem Krankenhaus gebracht wurde, dort aber am Donnerstag Morgen an Lungenödem starb. Mitgeführte Papiere enthielten den Namen „Karl Stöcker“.

Polizeibericht. Am 7. d. M., Nachmittags, wurde in der Schendelgasse ein Kind durch einen Kälswagen überfahren und am Unterschenkel erheblich verletzt. — In der Koppenstraße gerieth Abends ein Mann unter die Räder eines Geschäwtswagens und erlitt eine bedeutende Verletzung des Ellenbogengelenkes. — In der Nacht zum 8. d. M. sprang ein Mädchen von der Luffenbrücke in den Luffenstädtischen Kanal. Es wurde, anscheinend ohne Schaden genommen zu haben, nach dem Krankenhaus gebracht. — Im Laufe des Tages fanden drei kleine Brände statt.

Witterungsübersicht vom 8. November 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf 0. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (nach F. = 9/5 C. + 32).
Einemünde . . .	753	SO	6	heiter	5
Hamburg . . .	752	SO	5	wolkig	6
Berlin . . .	758	SO	2	heiter	8
Wiesbaden . . .	757	SO	2	bedeckt	6
München . . .	761	SO	3	heiter	3
Wien . . .	763	D	1	Nebel	4
Saparanda . . .	772	S	4	halb bedeckt	-10
Petersburg . . .	—	—	—	—	—
Cort . . .	756	W	3	wolkig	8
Aberdeen . . .	744	W	2	heiter	6
Paris . . .	759	SO	4	heiter	9

Wetter-Prognose für Freitag, den 9. November 1894. Zunächst ziemlich trübendes, wärmeres Wetter mit Regen und mäßigen bis frischen westlichen Winden; nachher aufklärend und etwas kühler. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitrag.

Die Anarchisten im Polizeistaat Preußen. Zu der Schwurgerichts-Verhandlung gegen die beiden Anarchisten Schawe und Dräger weiß eine Gerichtskorrespondenz noch zu berichten, daß einen Augenblick in Aussicht genommen war, die Verhandlung gegen Dräger zu vertagen. Der Schlag, den dieser dem Saubermann Finke über den Kopf gegeben, habe so böse Folgen gehabt, daß der Gerichtshof die Frage erörtert habe, ob dauerndes Siechthum als vorliegend anzunehmen sei. Staatsanwalt Dr. Benedix beantragte, nach dieser Richtung hin noch weitere Ermittlungen anzustellen. Der Gerichtshof verzichtete aber auf eine Vertagung, weil der amnestische Sachverständige befunde, daß in dieser Beziehung zur Zeit noch gar kein endgültiges Urteil abgegeben werden könne. In der Verhandlung sollen Ziele, Agitation und Organisation der Anarchisten den Geschworenen in einem anschaulichen Bilde vorgeführt worden sein — man denke, vom Staatsanwalt Benedix! — und die beiden Angeklagten sich offen als Anarchisten bekannt haben. Auf dem Gerichtstische waren die bei Schawe vorgefundenen Drähte, Säuren und die beiden „Bomben“ aufgeschleppt, welche es der Polizei (!) durchaus wahrscheinlich gemacht haben, daß Schawe damit sich beschäftigte, als Mitglied der anarchischen Gruppe der „Expropriateure“ die Propaganda der That in die Erscheinung treten zu lassen. Die Geschworenen sahen sich durch den Augenschein überzeugt haben, daß die beiden vorgefundenen nicht geladenen Sprenggeschosse von einem Kaliber waren, welches dasjenige der zu Uchdechem, Briefbeschwerern und Spielereien benutzten Geschosse bei weitem übertraf. Staatsanwalt Dr. Benedix soll sich auch noch die Mühe gegeben haben, den Geschworenen vorzuführen, daß es nicht etwa bloßer Zufall sei, daß der Angeklagte Schawe eine Schutzwaife bei sich trug, sondern daß vielmehr durch die anarchischen Organe den Anarchisten nahe gelegt werde, solche Waffen bei sich zu tragen, um sich in der Stunde der Gefahr zur Wehre sehen zu können. — In den kurzen Urtheilsgründen ist auf die Eigenschaft der Angeklagten als Anarchisten nicht weiter Bezug genommen worden. Der Gerichtshof hat, wie der Vorstehende ausführte, erwogen, daß Gesetz und Ordnung im Staate aufrecht erhalten werden müssen. Die Angeklagten haben sich offen aufgelehnt gegen das Gesetz und die Autorität unter Anwendung von Gewalt mißachtet, nach Ansicht des Gerichtshofes seien sie allerdings in ihrem Kampfe gegen Gesetz und Autorität mehr die Verführten als die Verführer. Bei der Strafmaßbestimmung habe der Gerichtshof erwogen, daß der Angekl. Schawe versucht habe, drei Menschen zu erschlagen. Wäre ihm dies gelungen, so würde ihm lebenslängliches Zuchthaus beschieden sein, der Gerichtshof habe daher geglaubt, den Versuch mit 10 Jahren Zuchthaus abnden zu müssen. Die wegen der sonstigen Strafthaten dem Schawe auferlegten Gefängnisstrafen (welche 7) sind in noch 2 Jahre Zuchthaus umgewandelt worden. Bei Dräger ist erwogen, daß er den Angekl. Schawe nach Kräften zu jenem Gratz aufgereizt habe.

Der Hund des Grafen von Reischach zu Stralau beschuldigt gestern wiederum das Schöffengericht Berlin II. Der ungebürdige Bierfäuler hat vor kurzem in einer anderweitig verhandelten Anklagesache die Verurtheilung seines Herrn wegen Körperverletzung veranlaßt. Auf Beschwerde eines Stralauer Einwohnens, den eines Tages der frei umherlaufende bissige Hund auf der Straße belästigt hatte, war gegen den Herrn Grafen ein polizeiliches Strafmandat erlassen worden. Dem Schöffengericht fiel die Aufgabe zu, den hiergegen eingelegten Einspruch zu prüfen. Der Thatbestand konnte indessen nicht aus der Welt geschafft werden, denn es ward erwiesen, daß Graf von Reischach den Hund ohne Maulkorb hatte frei umherlaufen lassen. Das Urteil des Schöffengerichts lautete auf 3 M. Geldbuße gegen den Herrn Grafen.

Die gegen den „Bankdirektor“ Sternberg wegen Nichterscheins auf gerichtliche Vorladung f. B. beschlossene Beschlagnahme seines im Deutschen Reich befindlichen Vermögens ist unter dem 31. Oktober aufgehoben worden, weil St. nach seiner Herkunft nicht mehr als abwesend im Sinne des § 818 der Strafprozeßordnung zu erachten ist.

Eingelaufene Druckschriften.

Der Sozialdemokrat, Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Brühlstraße 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsdepotäre. Das Abonnement beträgt durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungsdepotäre pro Quartal 1,20 M. Freyband 1,00 M. Nr. 41 vom 8. November hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — Die Eidesverweigerung der ekklesiastischen Genossen. — Russisch aus Bayern. — Zur Polenfrage. (Aus Vosen.) — Jean Volz. — Parteimadriaden. — Die Frage der Gebälter der Parteibeamten. — Der babilische Streit. — In den Stadtverordneten-Wahlen in Magdeburg. — Brief aus England. — Das Arbeiterssekretariat in Nürnberg. — Die Organisation der Handhabmacher. — Zur Lage der Fabrikmädchen in Glasgow. — Gewerkschaftliches. — Wie man uns behandelt. — Teberralle. — Literarisches. Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. Drey's Verlag) ist soeben das 6. Heft des 18. Jahrganges erschienen. Was dem Inhalt haben wir hervor: Der Ausgang der Hera Garrioli. — Münchens Kunsthilfsvereine 1894. — Von einem Maler. — Professoren-Honoreare. — Zur letzten Kallage von Fr. Engels. — Herrn Eugen Häring's Uebersetzung der Wissenschaft. — Von G. Bernheim. (Schluß.) — Einiges über Kolonialpolitik. — Von G. Boland. — Notizen. — Jubiläum: Anna Mengel. Eine Dienstmädchen-Geschichte. (Schluß.)

Versammlungen.

Eine Bezirks-Versammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes (Moabit) tagte am 4. November. Das Referat hatte Genosse R. Schmidt übernommen, der über das Thema: „Die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung“ sprach. Nach einer kurzen Diskussion, die sich im Sinne des Referats bewegte, wird zur Besprechung innerer Vereinsangelegenheiten übergegangen. Das Mitglied Krüger beantragt, Listen auszugeben, in die sich diejenigen Mitglieder einzeichnen mögen, die auf die „Holzarbeiter-Zeitung“ verzichten. Die Versammlung stimmt dem Antrag zu mit der Erweiterung, diesen Antrag über ganz Berlin auszuhehnen.

Zentral-Franken- und Bierbrenner des Eisler. Sämtliche Versammlungen Berlin versammeln in die heute Freitag, den 9. November, Abends 8 Uhr, zu einer kombinierten Sitzung der Schöning, Stallgerberstr. 22. Frauen- und Mädchen-Gildungsvereine (Zentrale Moabit). Große Wanderversammlung am Freitag, den 9. November, Abends 8 Uhr, im Victoria-Saal, Gieselerstraße 17. Vortrag des Herrn Dr. Jost über: „Die Frau im Spiegel der Geschichte und Wissenschaft.“ Vergnügungsverein „Schonsthal“, Freitag, Abends 8 Uhr, Sitzung bei Frau Juchel, Lindenstr. 108. Sozialdemokratischer Agitationsklub für den Osten Berlins. Sonntag, den 10. November, Abends 8 Uhr, im Sotale des Herrn Albrecht, Prenzlauerstraße 67: Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer. Vortrag. Entree 10 Pf. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

An die Redaktion eines hiesigen Blattes. „Berthel“ Kollege! Wir sind genau so schwermüde, als das Interesse unserer Partei es erfordert. Hätten Sie den „Vorwärts“ genauer verfolgt, so würden Sie schon mehrere Meinungen gefunden haben, aus denen erhebt, daß wir mit — Indiskretionen aus politisch wie sozial und fernstehenden Kreisen bedacht worden sind. Und mit einiger Uebereiferung hätten Sie dann sich ungefähr einen Verd machen können.

A. D. Der Fonds für die französische Landwirtschaftsbank sollte den Sparkassen entnommen werden, natürlich gegen die üblichen Zinsen. Die Bank selber sollte den Grundbesitzern das Geld zu 2 pCt. ausleihen. Es sollte dies eine Unterstützung der Landwirtschaft sein; und für etwaige Verluste sollte die Bank sich schadlos halten — auch noch Geschäfte machen — mit dem Geld der Sparkasse.

R. O. Th. Jenler, Hutgeschäft, Kaiserstraße.

Briefkasten der Expedition.

Für die ausgeperrten Brauerei-Arbeiter gingen fernst ein: Von Bruch's Gebursttag durch Bündle 1,75. Vom Stat Bollnerstraße 13 1,25. Verband aller in dem Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter. Gefelliger Abend bei Volkmann Stiefelaktion 21,45. Volkmann 3. — Ueberschub von Ringfreiem Bier, Spandauerstraße 90 II, Hof, 16. Woche 4,10. Statbrüder von Hager, Rarmorwarenfabrik 1,70. Arbeiter der Möbelfabrik Wenster und Mohrmann, Köpenickerstr. 144a, 3,15 Gef. beim Vergnügen des Gefangenen-Innerrührer in Tegel 4. — Bei der Gebursttagfeier des Genossen Koderich (Amerik. Auktion) 3. — Von Anonymus 10. — Werkstatt Jungnickel, Langestr. 109 1,75. Sozialdemokratischer Verein in Barmen 50. — Malerwerkstatt Sturm u. Rosenberg, Charlottenburg 8,43. Gewerkschafts-Kartell Haynau in Schlesien durch Bölle 20. — Für einen Vortrag des Gen. Wagner in Rowaves 3. — Wagner gesammelt im Pschorr 3. — Arbeiter b. Herrn Scheide, Pringensstraße 84 2,50. Von den unreinen und verführten Korbmachern Ritterstr. 86, 2 Rate 10. — Bierprozentage von den Steinbrüchern Statlerstraße, 5. Rate 3. — Von den Möbelpolirern und zwei Tischlern der Equis'schen Möbelfabrik, Frankfurterstraße, 9. Rate 4. — Statklub „Revolution“ 6. — Bei dem Vergnügen des Fachvereins d. Klempner, amerik. Aukt. einer U. Weissen 6,50. Mannheimer Bildhauerverein 10. — Bildhauer, Understr. 3,50. Spandauer Grüne Jungen, XII. Rate (daruntergroßer Wilhelm 1 M., Blauer Schuster 1 M., dessen Freund 1 M.) 25. — Lutzpapierschiff Pringensstr. 115, 4,50. Bodenleger und Einleger von Bendig Söhne 4. — Badverein Charlottenburg 50. — Metallarbeiter-Krankenkasse, Fil. 3 5. — Gebursttagfeier des Fabrikanten O. Waber bei Hedelemann, Amerik. Auktion 6,50. Weißgerber Mezingen durch Willarg 8,50. Stereotypenre Berlin 20. — Summa 308,58 M. Bereits quittirt 15 978,41 M.; in Summa 16 281,99 M.

Richard F., Wien. M. R., Soj. Theaterstück kostet 80 Pf. — B. Lafargue, Kommunist und Kapitalist 20 Pf. — M. W. G. u. St. führen wir nicht. — Stern, Freidenkthum ist vergriffen.

Große öffentliche Versammlung der Lohgerber, Lederjurichter und Lohgerberei-Hilfsarbeiter am Sonntag, den 11. November, Nachm. 2 Uhr, bei Herrn Feind, Weinstr. 11. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Hoffmann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich mit ihren Frauen zu erscheinen. Der Einberufer.

Karton-Arbeiterinnen! Die Fabrik von Cohn u. Friedländer, Stralauerstr. 58, ist wegen der vorgekommenen Angriffe auf die Sittlichkeit gesperrt. Ein gut gehendes Kolportagegeschäft nebst Buchbinderei ist billig zu verkaufen. Offerten unter G. B. nimmt die Expedition entgegen. 864b

Allgem. Verein der Töpfer u. Berufsg. Deutschl. (Filiale Berlin). Sonntag, 11. Nov., Vorm. 10 Uhr, in Köllig's Saal, Neue Friedr. str. 44: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1894. 2. Ergänzungswahl des Zentralvorstandes. 3. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, 9. November.
Opernhaus. 8. Symphonie-Abend.
Schauspielhaus. Die vier Akten.
Lesung-Theater. Madame Sans-Gêne.
Deutsches Theater. Die Kameraden.
Berliner Theater. Die Karlschüler.
Schiller-Theater. Die Karlschüler.
Neues Theater. Komödianten.
Friedrich-Wilhelm-Bühne. Theater.
Kabala. (Das Apfelfest.)
Königs-Theater. Der Unterprüflet.
Villa Villenbuden.
Theater Unter den Linden. Der Obersteiger.
Belle Alliance-Theater. Königskrause.
Central-Theater. O! diese Berliner!
Alexanderplatz-Theater. Ein Modell. Verbotene Liebe.
Adolph Ernst-Theater. Der kleine Herr. Vorher: Die ewige Braut.
National-Theater. Die Weber.
Reichshallentheater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Saufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Neue freie Volksbühne
im Central-Theater, Alte Jakobstr. 80.
Sonntag, 11. Nov., 11. Abth., 2 1/2 Uhr:
Einsame Menschen von Gerhart Hauptmann.
Dienstag, 20. November, 8 1/2 Uhr:
Konzert in Nieff's Konzertsaal.
Eintritt 20 und 30 Pf.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.
Freitag, den 9. November, Abends 8 Uhr: Die Karlschüler.
Sonnabend, 10. November, Nachm. 3 Uhr: Schüler Vorstellung. Die Häuber. — Abends 8 Uhr: Die Karlschüler.
Sonntag, den 11. November, Nachmittags 3 Uhr: Die Karlschüler. Abends 8 Uhr: Der Veilchenfresser.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Eröffnung
der neuen Abonnements.
Nachdem die Erneuerung der bisherigen Abonnements für alle früheren Abonnenten durchgeführt ist, eröffnen wir die Ausgabe neuer Abonnements. Die Abonnementshefte, die wir für das II. Quartal ausgeben, enthalten 7 Eintrittskarten, gültig für einen bestimmten Wochentag in 14-tägigem Turnus. Jeder Abonnent hat Anspruch auf 7 verschiedene Vorstellungen. Das II. Quartal umfasst 7 Vorstellungen:
1. Die Karlschüler.
2. Des Meeres und der Liebe Wellen.
3. Talmi.
4. Die Stützen der Gesellschaft.
5. Krieg im Frieden.
6. Prinz von Homburg.
7. Clavigo.
Karten zur Bestellung der Abonnements sind — außer bei dem Pförtner des Schiller-Theaters — bei den folgenden Ausgabestellen zu haben:
G. Behrs, Buchhandlung, Unter den Linden 47.
Haase u. Nues, Buchhandlung, Potsdamerstr. 116a.
Herm. Lazarus, Buchhandlung, Friedrichstr. 68.
Nicolai'sche Buchhandlung, Filiale, Potsdamerstr. 123b.
J. M. Spaeth, Buchhandlung, Königsstr. 52.
T. Trautwein'sche Buchhandlung, Leipzigerstr. 8.
Waarenhaus für deutsche Beamte, Dorotheenstr. 33-34.
Waarenhaus für Arme und Morine, Dorotheenstr. 72.
Ueber die Abholung der Abonnementshefte werden unsere Besteller durch eine Postkarte verständigt.
Die Direktion.

Castan's Panopticum.
Hassan Ali
der grösste Mensch der Welt.
Prinzess Topase
das kleinste Menschenkind.
Mexikanische Niesen-Cacteen
in noch nie gesehener Größe.

National-Theater.

Große Frankfurterstrasse 182.
Gastspiel des fliegenden Serpentin-Ballets, arrangirt vom Balletmeister Géza Zlauer.
Sensationeller Erfolg!
Vorher:
Die Weber.
Schauspiel in 4 Akten von ...
Regie: Max Samst.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
In Vorbereitung:
Der Tod als Pathe.
Ausstattungs-Komödie in 5 Akten von Ernst Blum mit theilweiser Benutzung einer Idee von August Blanche.
Ausg. an! von echt Culmbacher Bier.

Adolph Ernst-Theater

Zum 6. Male:
Der kleine Herr.
Schwank in 3 Akten v. Arthur Law.
Vorher: Zum 6. Male:
Die ewige Braut.
Eiendenspiel mit Tanz in 1 Akt von W. Mannstädt und J. Kren.
In Scene gesetzt von Ad. Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater

Alte Jakobstrasse Nr. 30.
Direktion: Richard Schulz.
Emil Thomas a. G.
Anna Baders. Josefina Dora.
Zum 69. Male:
O! diese Berliner!
Große Fosse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach Solingre's Reise durch Berlin von Julius Freund.
Musik von Jul. Einddshofer.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: O, diese Berliner!

Alcazar

Variété- und Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).
Vornehmster Familienaufenthalts.
Sensationeller Erfolg!!!
Pusebach auf Korea.
The 3 Brothers Nighton.
Freitag, den 9. November:
Benefiz
für David Waschinsky.
Spreenixen.
Entree 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.
R. Winkler.

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber
aus Dahomey.
Die Hegenjantel,
neueste Illusion.

Circus Renz

Carlstrasse.
Freitag, den 9. November cr.,
Abends 7 1/2 Uhr:
Tjo Ni En.
Große akrobatische Potpourris, sensationelle Tänze, u. a. los grolots vivants (Origin.) seu des barbielions (Original) etc.
Auserdem: Der ostr. Hengst Edinburgh, vorgef. von Herrn R. Renz. Colmar, geritten v. Herrn Ernst Renz. Das Schulpferd Beautiful, ger. von Frau Renz-Stark. Mr. A. Clark als Jockey. Der sensation. Hand-equilibrist Mr. Jules Keller, 'genannt America's human enigma' etc.
Sonntag: Tjo Ni En.
Sonntag: Nachm. 4 Uhr (ermäßigte Preise): Große Komiker-Vorstellung. Abends 7 1/2 Uhr: Tjo Ni En.
Fr. Renz, Kommissionsrath.

Armin-Hallen

Kommandantenstrasse Nr. 20.
Säle und Vereinszimmer
von 20-600 Personen.
Milchkübel, Rannen, Sotten, Waße, Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen, Butterkneiter, Drehrollen.
Jordan, Al. Markstr. 28.

Danksagung.

Für die Theilnahme bei der Beerdigung meines Bruders, des Bildhauers
Paul Haertel
sage ich dem Bauverein der Bildhauer meinen herzlichsten Dank.
Cito Haertel, Drechsler.

Danksagung.

Für die vielen Beweise der Liebe und Achtung und die reichen Blumenpenden bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Mannes, sage allen Freunden und Verwandten, insbes. den Kollegen und Kolleginnen des deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes, den Genossen des 3. Berliner Reichstagswahlkreises, als auch den Sängern meinen aufrichtigsten Dank.
Wwe. M. Schulze, nebst Kindern.

Warme Teden, m. Sohn A. Gärtner auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme.
W. Gärtner, Waldstr. 48.

Die Beleidigung gegen Fräulein Bertha Opitz nehme ich zurück.
Elise Wanzpach.

Rohtabak.
Grösste Auswahl. Billigste Preise.
Formen, Bockfaçon, wieder vorrätig.
Heinrich Franck,
Brunnenstr. 185.

Für nur 5 M. 30 Pf.
mit Porto u. Verpackung vers. ich einen hochf. Harzer Kanarienvoller v. Dezember ab 6 M. 30, Weibchen jezt 50 Pf. Umtausch gest. Betrag ev. zurück.
L. G. Müller,
Vogelzüchterei, Nordhausen a. S.

Angelaufen werden stets jede Anzahl weißer Mäuse, Tänzmause, Meerschweinchen, Nachttauben, Eichhörnchen, Kanarienvögel, Tauben. Redtmann, Nabadstr. 2, am Schleichischen Bahnhof. 844b

Meyer's u. Brockhaus'
Reizton, sowie andere bessere Werte lauft
Hannemann, Kochstr. 56.
198M Fernsprecher IV, 895.

5000

Damen-
Winter-Jaquets
eigener Fabrik, neueste Façons, enorm billig.
Stoff-Jaquets sehr chic Façons in den neuesten Farben und Stoffen, 9 M., 10 M., 12 M., 15 M.
Carl, Cheviot, Diagonal u. Ratiné-Jaquets in allen neuen Farben u. schwarz 10, 12, 15, 18 Mk.
Blüsch-Jaquets in nur neuen Façons 25, 30, 35, 40 Mark.
Golf Cape leichte Neuheit in leichten, warmen Stoffen. Große Farbauswahl, 7,50, 9, 12, 15 u. 20 Mk.
Winter-Capes große Auswahl in Façons u. Stoffen, bequemer Frauen-Umhang 15, 20, 25, 30 Mark.
Plüsch-Capes 30, 40, 50 Mk.
Lange Winter-Paletots mit wattirtem Seidensfutter und echt Corer Coating, Gifino und Double 20, 25, 30 Mark.
Winter-Pelerinen-Mäntel für Frauen, leicht und warm. 20, 25, 30, 35 Mark. Große Auswahl.

Seid.-Plüsch-Umhänge

wattirt Theater- u.
Abend-Mäntel
grosses Lager in allen neuen Farben u. Façons mit den neuesten Pelzarten garnirt
10 Mk., 12 Mk., 15 Mk., 20 Mk., 30 Mk., 40 Mk.
Regen-Mäntel jezt nach beendeteter Saison, so lange der Vorrath reicht zu halben Preisen, sehr geeignet für Weihnachts-Geschenke.

Mäntel-Fabrik

Sielmann & Rosenberg
Berlin, Kommandantenstr.,
Ecke Lindenstrasse.

Abend-Mäntel

grosses Lager in allen neuen Farben u. Façons mit den neuesten Pelzarten garnirt
10 Mk., 12 Mk., 15 Mk., 20 Mk., 30 Mk., 40 Mk.

Regen-Mäntel

jezt nach beendeteter Saison, so lange der Vorrath reicht zu halben Preisen, sehr geeignet für Weihnachts-Geschenke.

Mäntel-Fabrik

Sielmann & Rosenberg
Berlin, Kommandantenstr.,
Ecke Lindenstrasse.

Kalbsteisch 40-50 Pf., jeden Freitag, Sonnabend, Sonntag, Wasserthorstr. 63.

Bekanntmachung.

26. Oktober 1892
Gemäß § 81, Absatz 1 des Ortsstatuts vom 2. November 1892 betreffend das Gewerbegericht zu Berlin, werden die Beisizer des Gewerbegerichts mit Ausnahme derjenigen, welche im Mai d. J. ausgetooft und bei der am 26. September d. J. vollzogenen Wahl nicht wieder gewählt worden sind, zur Wahl der Mitglieder des neu zu bildenden, vom 1. Januar 1893 ab in Wirksamkeit tretenden Ausschusses für Gutachten und Anträge bezüglich gewerblicher Fragen, und zwar der Arbeitgeber zu Montag, den 26. November d. J., Abends 8 Uhr, die Arbeitnehmer zu Dienstag, den 27. November d. J., Abends 8 Uhr, nach dem Bürgersaale des Berlinischen Rathhauses (Eingang Königstrasse) hiermit eingeladen.
Zu wählen sind 10 Arbeitgeber und 10 Arbeitnehmer.
Berlin, den 8. November 1892.

Gewerbegericht zu Berlin.

gez. von Schulz, Vorsitzender des Ausschusses.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.
Bezirks-Versammlungen:
Weßen. Sonntag, 11. November, Vorm. 11 1/2 Uhr, in Schöneberg, bei Reßner, Brunenwaldstr. 110.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Hansen. 2. Diskussion. 3. Werkstatangelegenheiten und Verschiedenes. — Hierzu sind die Kollegen der Werkstat von Bischof in Wilmerdorf besonders eingeladen.
Norden. Montag, 12. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 28.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Schöpsin. 2. Diskussion. 3. Werkstatangelegenheiten und Verschiedenes. — Hierzu sind die Kollegen der Werkstätten von Pintschke, Adolstr. 12, Ebert, Scharnhorststr. 17, Arnold, Neue Hochstr. 11 und Kinow, Wollinerstr. 27a, besonders eingeladen.

Vertrauensmänner-Versammlung:

Mittwoch, 14. Nov., Ab. 8 1/2 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 28.
Nichtmitglieder haben Zutritt.
Um zahlreichen Besuch ersucht
Die Ortsverwaltung.

Freie Vereinig. der Bauarbeiter Berlins.

Sonntag, den 11. November, Vormittags 11 Uhr, im Lokal des Herrn Schneider, Belforterstrasse Nr. 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Friß Wilke über: Unsere Waffen im Kampf ums Dasein. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Um zahlreichen Besuch ersucht
Der Vorstand: Carl Deredder.

Achtung! Maurer!

Sonntag, den 11. November:
Zwei grosse Versammlungen
des
Bereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.
1. Norden (Noabit): Victoria-Salon, Verlegerstr. 13.
2. Südost: Waldemarstrasse 75.
Tagesordnung in beiden Versammlungen:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 186/8
Referent Herr Waldeck Manasse (Braunschweig).
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Stuckateure!

Sonntag, 11. d. M., Vorm. 10 Uhr, in Deilmüller's Saal, Alte Jakobstr. 48a:
Oeffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die schädliche Einwirkung der offenen Kofaksfeuer auf die Gesundheit der Arbeiter. (Referent: Stadtv. Dr. Zadok.) 2. Verichterstattung der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes. 897b
Kollegen, seid auf dem Posten!
Die Vertrauensleute.

Achtung! Charlottenburg und Umgegend.

Große öffentliche
Versammlung sämtlicher Zimmerleute
Sonntag, den 11. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Krause, Hismardstrasse 74.
Tagesordnung: Vortrag über Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsbewegung. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegirten zum Gewerkschaftskartell. 4. Verschiedenes. 896b
Das Erscheinen eines jeden Zimmerers ist nothwendig.

Kinder-Wagen.

Krankwagen, Korbbwagen, Holzwaagen, größtes Lager Berlins, Theilzahlung gestattet, Musterbücher gratis, empfiehlt
A. W. Schulz,
Brunnenstr. 145 (Ecke Rheinsbergerstr.),
Hauptgeschäft Brunnenstrasse 95,
vis-à-vis Humboldthain.
Teleph. N. 3. Nr. 1767.

Stare, an. Reichenbergerstr. 128, II.

Gänsejmalz à Pfund 1 Mt.

bei Gründel, Brunnenstr. 188.

Neuheit!

Sozialist. Gratulations-Karten in großer Auswahl.
Lafalle-Abreiß-Kalender.
Patent-Eisenbein-Bilder
Lassalle, Marx etc.
Muster werden an Wiederverkäufer franko zugesandt. 1088a
E. Seidel, Zugsapierfabrik,
Berlin, N., Brunnenstr. 40.

Speise-Leinöl

empfiehlt Tubinmühle bei Lübbenau. Niederlage Fliederstr. 5, part.

Möbel, gebraucht, lauft Möbel-

Handlung Rosenthaler-Strasse 13.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Ueber die Lage der Braunkohlen-Arbeiter im Falkenau-Elbogener Revier

liegt ebenfalls ein Bericht des österreichischen Kiderbauministeriums vor. Auch hier mußte es erst zu einer Schieferung kommen, deren Resultat ein Duhend Tode und Verwundete war, ehe man an eine Untersuchung auch nur dachte. Hat sich nun der nach Nordmähren gesandte Beamte der Wiener Berghauptmannschaft schon seine Arbeit nicht allzu schwer gemacht, so ist der Prager Bergbau-Beamte, welcher die Untersuchung in Falkenau vornahm, noch summarischer verfahren. Das zeigt schon ein Blick auf den äußeren Umfang der Berichte. Während der Ostrauer wenigstens noch 40 Seiten umfaßt, hat es der Falkenauer Bericht nicht ganz auf 18 Druckseiten gebracht. Aber eins muß man dem Prager Beamten lassen, er hat mehr Mittel versucht, sich über die wirkliche Lage der Falkenauer Kohlenarbeiter zu informieren, als sein Wiener Kollege. Die Untersuchung im Falkenau-Elbogener Revier gestaltete sich folgendermaßen. Zunächst wurden die Werkleitungen befragt, dann wurde diesen aufgegeben, diejenigen Arbeiter auszuwählen, welche während des Streiks als Führer oder Sprecher aufgetreten, oder falls diese nicht mehr am Werke bedienstet sein sollten, jene Arbeiter zur Einvernahme zu entsenden, welche auf ihre Kameraden zur Zeit den größten Einfluß haben. Dieses Vorgehen des Untersuchenden, das den Unternehmern nahe legt, sich selbst in's eigene Fleisch zu schneiden, zeigt, milde ausgedrückt, von einer großen Portion Naivität. Nun, es wurden also im Ganzen 94 Arbeiter vernommen. Da von ihnen „keine so gewichtigen Beschwerden vorgebracht wurden“, gewann der berghauptmannschaftliche Abgeordnete den Eindruck, als ob die Arbeiter aus Furcht vor Entlassung mit ihren Aussagen zurückhielten. Und da versiel er auf eine rettende Idee; er ließ bekannt machen, daß er an einem Sonntage zwei Stunden beim Revierbergamte in Falkenau, zwei Stunden beim Revierbergamte in Elbogen für die Arbeiter zu sprechen sei und Beschwerden, auch von den Entlassenen, entgegennehme. Das war jedenfalls gut gemeint, aber der Herr übersah, daß es für die Unternehmern ein Leichtes war, die in zwei kleinen Nestern gelegenen Revierbergämter überwachen und jede Beschwerde so ziemlich verhindern zu lassen. Es nielteten sich denn auch nur einige Entlassene, und diese hatten nur den einen Wunsch, wieder Arbeit zu bekommen.

So kam der Untersuchende zum Schlusse, „daß entweder bei den in die Erhebungen einbezogenen Werken thätlich die größeren Uebelstände bestehen, oder daß die Arbeiter durch die anlässlich des Streiks erfolgte Entlassung und Nichtwiederaufnahme von 800 bis 400 Mann derart eingeschüchtern sind, daß sie es aus Furcht vor einem gleichen Schicksal garnicht wagen, ihren Beschwerden Ausdruck zu geben.“ Es ist für einen Verständigen wohl nicht zweifelhaft, welcher von beiden Gründen der wahre ist.

Im Falkenau-Elbogener Revier wird nur Braunkohle gegraben. Da die Fläche im allgemeinen nicht tief liegen — stellenweise treten sie bis einige Meter an die Erdoberfläche, und die Kohlengewinnung erfolgt durch Tagbau — die Ausschleifung also verhältnismäßig wenig Kosten erfordert, so haben sich in diesem Gebiete eine ganze Reihe mittlerer und kleiner Unternehmungen erhalten; die Konzentration des Kapitals und der Betriebe ist hier weniger vorgeschritten als in anderen Kohlengebieten. Das größte Unternehmen, die Aktiengesellschaft vormals J. D. Stord bringt es nicht auf eine Förderung über 3 Millionen Meterzentner. Die Gesamtproduktion betrug 1893 im Falkenauer Revier rund 11 1/2 Millionen Meterzentner, im Elbogener 7 1/2 Millionen. Davon geht ungefähr die Hälfte als Fabrikkohle nach Sachsen und Bayern, als Gasohle nach Bayern, Württemberg und Italien. In den 57 im Jahre 1893 in Betrieb befindlichen Unternehmungen waren insgesamt 4962 Arbeiter beschäftigt, davon 198 Frauen und 109 jugendliche Arbeiter.

Die Schichtdauer ist im Falkenauer Revier durchwegs, im Elbogener Revier vorwiegend eine zwölfstündige, mit zehnstündiger Arbeitszeit. Doch kommen auch längere Arbeitszeiten vor. Der Untersuchende wurde von den Arbeitern darauf aufmerksam gemacht, daß die Ausförderung der Arbeiter oft weit in die dreizehnte Stunde hinein dauert. In anderen Werken wieder sehen sich die Arbeiter, um etwas mehr zu verdienen, gezwungen, die Vor- und Nachmittagspausen nicht einzubalten, sie essen ein Stück Brot während der Arbeit. Einzeln Arbeiter bleiben sogar nach Ablauf der Schicht weiter in der Grube und rücken sich ab, weil sie von dem regelmäßigen Schichtlohn nicht leben können.

Als jährliche Verdienstkquote entfällt nach dem Bericht für einen Arbeiter des Falkenauer Reviers 368 Gulden (612 M.), für einen Arbeiter des Elbogener Reviers 407 Gulden (651 M.). In Wahrheit stellt sich aber die Summe noch niedriger; die Steiger zählen schon unter die Beamten, trotzdem sind hier ihre Löhne unter die der Arbeiter gerechnet. Im Falkenauer Revier beträgt der annäherungsweise berechnete tägliche Durchschnittsverdienst eines Häuerers 1 Gulden 54 Kreuzer, eines Förderers 1 Gulden 26 Kreuzer, eines männlichen Tagarbeiters 99 Kreuzer, einer Frau 63 Kreuzer, eines jugendlichen Arbeiters 63 Kreuzer; für das Elbogener Revier lauten die entsprechenden Zahlen: 1,48 fl.; 1,30 fl.; 1,7 fl.; 72 Kreuzer und 76 Kreuzer. Selbstverständlich gelten diese Löhne nur für die Tage, an welchen auch wirklich Schichten verfahren werden, also höchstens 28 im Monat. Aber die Arbeiter verdienen in vielen Fällen weniger, als hier der Durchschnittsverdienst angegeben wird. Dies geht schon daraus hervor, daß sich eine Reihe nach dem Streik herbeilt, denjenigen Häuern, welche in einer Schicht weniger als 1 Gulden 40 Kreuzer verdienen, den Lohn bis zu diesem Betrag aufzubessern, und daß die Arbeiter dies als einen Erfolg ihres Vorgehens betrachteten. Die Auszahlung erfolgt nominell alle acht Tage, in Wirklichkeit vergehen aber gewöhnlich 14 Tage, bis der Arbeiter weiß, was er verdient hat; in der Zwischenzeit giebt es höchstens einen kleinen Vorschuß. Alle oben angeführten Löhne sind Bruttolöhne. Von ihnen werden abgezogen: die Beiträge für die Bruderkasse, für Del, Sprengmittel und Gezöhe; ja eine Reihe war sogar so freundlich, das Schulgeld, welches die Arbeiter für ihre Kinder zahlen sollten, zurückzubehalten. Beim Tagbau werden gelehrte Bergarbeiter so gut wie gar nicht beschäftigt, sondern Tagelöhner eingestellt. Der höchste Lohn beträgt hier 1 Gulden (1,60 M.) und die Arbeiter werden nicht einmal zur Bruderkasse angemeldet.

Von den in den beiden Revieren bestehenden Bruderkassen ist über die Hälfte passiv. Infolge dessen sind die Kassenleistungen ungeheuer herabgesetzt worden. Alle Arbeiter, die nach ihren

regelmäßig gezahlten Beiträgen 150—200 Gulden jährlich erhalten sollten, bekommen jetzt 78 Gulden, das Wittwengeld ist gar auf 26 Gulden pro Jahr gesunken.

Unter dem Titel „Wohlfahrts-Einrichtungen“ erwähnt der Bericht einiger Konsumvereine und der erhebenden Tatsache, daß auf einem Werke eine Sparkasse besteht, und daß das Werk seinen spendenden Arbeitern ein für allemal eine Einlage von 5 Gulden und am Schlusse jedes Jahres einen Zuschuß von 3 Gulden gütigst gewährt.

Ueber die Behandlung der Arbeiter von seiten der Beamten erfahren wir so gut wie nichts. Die Arbeiter eines Wertes beschwerten sich, daß der Werkarzt bei der Bestätigung der Krankenzettel immer den ersten oder letzten Tag der Krankheit nicht in Anrechnung bringe, und ein einzelner Arbeiter beklagte sich über das von einem Steiger praktizierte Drucksystem. Die Arbeiter von zehn Werken konstatierten, daß noch dem Streik all ihre Wortführer und Vertrauensmänner entlassen wurden. Diese hätten dadurch meist auch ihre Bruderkassen-Ansprüche verloren. Das beliebte Verfahren werde die Folge haben, daß sich in Zukunft kein Arbeiter mehr dazu herbeilassen werde, den Wünschen und Beschwerden seiner Kameraden Ausdruck zu geben.

Die vom österreichischen Kiderbauministerium angestellten Untersuchungen werden für die Bergarbeiter keine günstigen Folgen haben. Sie wurden ja nur vorgenommen, damit es ausläge, als wolle man etwas thun. Außerdem liegen die Unternehmerinteressen, welche hier in Frage kommen, der Regierung ganz besonders am Herzen. In Ostrau ist es die Großfinanz und der Hochadel mit einem Erzherzog an der Spitze, in Falkenau sind es die Grundbesitzer der liberalen Partei, gegen die vorgegangen werden mußte. Nun, von dem guten Willen der Regierung hat der österreichische Bergarbeiter nichts hoffen. Ketten kann ihn nur der innere straffere Ausbau seiner Organisation und der Anschluß an die Sozialdemokratie.

Gerichts-Beifung.

„Ihr laßt den Armen schuldig werden.“ Im Haushalt des Tischlers F. zu Nixdorf war das bitterste Elend eingezogen. Er lag auf dem Krankenbett und Frau und 4 Kinder hungerten. Die Frau hatte, um der Noth zu fliehen, sich bei der Konfektionsfirma Martin u. Platos, Spandauerstr. 49, als Näherin engagieren lassen. Sie erhielt Auftrag, Anabronzige für den vereinbarten Preis von 6,80 M. pro Tugend zu liefern. Als die Frau einen Theil der fertigen Arbeit abgeliefert, wurde dieselbe bemängelt und zur Abänderung zurückgegeben statt des sehnlichst erwarteten Arbeitslohnes. Dadurch ward die Noth im Hause größer. Frau F. ließ sich zu einer unter den obwaltenden Umständen wohl erklärlichen, Selbsthilfe verleiten. Die Kinder schrien nach Brot, als die Frau ohne Geld vom Geschäft heimkehrte und sie ging zum Fleischer und verfehlte die angefertigten Anabronzige. Die Inhaber der genannten Firma klagten daraufhin gegen die F., trotzdem dieselbe später Schadensersatz leistete, den Strafanzug wegen Unterschlagung und dem Gesetze mußte Genüge geschehen, denn Frau F. hatte „fremde ihr anvertraute Sachen sich rechtswidrig zueignet.“ Das Nixdorfer Schöffengericht erkannte dieserhalb auf zehn Tage Gefängnis. Die hiergegen eingelegte Berufung blieb nicht ohne Erfolg. Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II schiederte die angeklagte Frau ihre Nothlage zur Zeit der That. Es sei im harten Winter gewesen und das Jammern ihrer frierenden und hungernden vier Kinder hätte sie zu jener Verzeihungsthat getrieben. Die Strafkammer trug diesem Umstand Rechnung und setzte die ersterkannte Strafe auf nur fünf Tage Gefängnis herab.

Der Mangel der Unerblichkeit bleibt aber auf der von der Firma Martin u. Platos mit den elendesten Hungerlöhnen abgepeinigten Frau stehen. So will es die Gerechtigkeit unter der heutigen kapitalistischen Weltordnung.

Vom Vanschwindel. Der Schlossermeister Hermann Fiebich hatte sich gestern vor der 1. Strafkammer am Landgericht I wegen Nötigung zu verantworten. Der Angeklagte hatte im verfloffenen Sommer die Schlosserarbeiten für den Neubau Grundensersstr. 5/6 geliefert. In der Verhandlung wurden die Verhältnisse dieses Baues folgendermaßen klargestellt: Der Arbeitgeber war der Kaufmann Louis Levin, der wieder in der Person des Kaufmanns Adolf Guttmann einen Generalbevollmächtigten stellte, der alle Geschäfte für ihn abwickelte. Der Zimmermeister Markbach war der erste Bauherr, dieser konnte aber nicht weiter, worauf der Nohlfischer Fischer den Rohbau für den Preis von 270 000 M. übernahm. Fischer zahlte 500 M. baar und 2500 M. in Wechseln an. Eine Hypothek in Höhe von 270 000 M. war bereits auf den Namen Lewins eingetragen, wogegen dieser sich verpflichtet hatte, ratenweise durch seinen Generalbevollmächtigten Guttmann Beiträge bis zur genannten Höhe dem Bauherrn anzuzahlen. Fischer's Stellung als Bauherr dauerte nur wenige Wochen. Ein früherer Gläubiger von ihm hatte bei Lewin auf einen Posten von 2000 M. Beschlagnahme gelegt. Als Fischer diese Summe wider Erwarten nicht erhielt, konnte er den Handwerkern die versprochenen Abschlagszahlungen nicht leisten. Er zog es vor, eine Zeit lang zu verschwinden. Der Bau lag wieder still, gelangte zuerst unter Administration und wurde dann unter den Hammer gebracht. Als Fischer seinen Verpflichtungen nicht nachkam, hatte der Angeklagte für etwa 2000 M. Schlosserarbeiten für den Bau geliefert. Wie er im Termine angab, hatte er kurz zuvor bei einem Bau in Schönberg 5000 M. verloren. Dieser neue Verlust überließ seine Kräfte. Seine Lieferanten drängten. Er meinte, daß er sich entweder das Leben nehmen müsse, wie es der Malermeister Seeger gethan, oder er müßte versuchen, wieder in den Besitz seiner Waaren zu gelangen. Er wählte das letztere. Am Morgen des 21. Juni, kurz nach 6 Uhr, erschien er auf dem Bau und erklärte dem Wächter, daß er Thürer und Fenster, die mit seinen Beschlägen versehen waren, ausheben und fortzuschaffen werde. Die Beschläge werde er zu Hause ablösen und die Tischlerarbeiten zurückliefern. Der Wächter telephonierte an den Generalbevollmächtigten Guttmann, der sich beeilte, mit mehreren Personen zu erscheinen. Alle Auforderungen an den Angeklagten, von seinem Thun abzulassen, hatten keine Wirkung, Fenster auf Fenster und Thür auf Thür wurde von ihm aufgehoben und auf den mitgeführten Wagen geladen. Keiner der anwesenden vier Männer wagte, ihm thätlichen Widerstand entgegenzusetzen, der erregte Angeklagte drohte, jeden mit dem Hammer niederzuschlagen der ihm in den Weg trete. Guttmann erbat sich Hilfe von der Polizei, es erschienen auch zwei Schutzleute. Diese erklärten aber, daß sie nur die Person des Guttmann zu schützen hätten, die Handlungsweise des Angeklagten bewege sich auf zivilrechtlichem Gebiete. In der vorerwähnten an-

gesprochenen Drohung des Angeklagten wurde die Nötigung gefunden. Der Beschuldigte gab den Sachverhalt zu. Der Staatsanwalt sprach sein Bedauern darüber aus, daß der Betrogene der Angeklagte sei, während diejenigen Personen, durch deren Mächenschaften er um seinen sauer erworbenen Verdienst gekommen sei, frei ausgingen. Das Verfahren des Angeklagten sei aber zweifellos ein widerrechtliches und kennzeichne sich als Nötigung. Der Staatsanwalt beantragte unter Zubilligung von mildernden Umständen eine Gefängnisstrafe von einem Monate. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Schodziejner, plädirt für Freisprechung, indem er ausführte, daß eine Drohung nur gegen den Zeugen Guttmann und dessen Leute ausgesprochen sei. Keine dieser Personen sei aber als berechtigt anzusehen, das Fortnehmen der Fenster und Thürer zu untersagen, da Fischer der eingetragene Eigentümer war.

Der Gerichtshof schloß sich dieser Ausführung an und fällt deshalb ein freisprechendes Urtheil.

Die bisher noch unauferklärte Vergiftungsgeschichte eines vierzehnjährigen Mädchens aus Nixdorf wurde durch eine von der 11. Strafkammer des Landgerichts II stattgehabte Verhandlung berührt. Wegen wiederholten Sittlichkeitsverbrechens mußte sich der Mühlenbauer und Arbeiter Ernst Samuel Jandke — geb. am 9. September 1844 in Großenhain — vor dem genannten Gerichtshof verantworten. In der unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelten Angelegenheit fungirten als Zeuginnen die Wittve Müller aus der Bergstraße zu Nixdorf und ferner deren Töchter, die 12jährige Adelheid, sowie die 14jährige Klara Müller. Mit der letzteren hat es nun eine eigene Bewandniß. Beim Aufruf der Zeugin theilte die Wittve Müller dem Herrn Vorsitzenden mit, daß ihre Tochter Klara am 25. Oktober d. J. in der Glasofenstraße vergiftet aufgefunden und alsbald verstorben sei. Das Mädchen habe Strychnin zu diesem Zwecke bemittelt. Vom Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Wendhoff, wurde die Zeugin befragt, wie die Klara Müller zu dem Gift gekommen sei und welcher Beweggrund für diese traurige That vorläge. Die Wittve Müller erklärte, hierüber nichts zu wissen, da die Tochter nur einigen ihrer Spielgenossinnen vorher mitgetheilt habe, daß sie sich vergiften werde. Die Zeugin Müller gab zu, daß sie mit dem Angeklagten Jandke früher im Konkubinat gelebt und daß Jandke, der seit fünf Wochen in Untersuchungshaft sich befindet, sie habe heirathen wollen. In einem früheren verlegten Termin in der Sache kontra Jandke hat die Müller und zwar längere Zeit vor der Vergiftung des Mädchens erzählt, daß letzteres den Angeklagten zu Unrecht beschuldige, sie, die Frau, wolle den Angeklagten heirathen und müsse ihn heirathen, damit die Kinder einen Vater hätten; die Klara jedoch könne den Jandke nicht leiden, weil er streng sei und aus diesem Grunde habe das Mädchen die Beschuldigung gegen den Mann erhoben, es sei ihr jetzt aber schon leid. — Den sie umringenden Personen erzählte die Wittve Müller gestern aus dem Korridor vor dem Sitzungszimmer, daß man in Nixdorf für den Tod der Tochter verantwortlich mache, indessen geschehe ihr damit Unrecht. — In der Sache selbst erachtete die Strafkammer den Angeklagten Jandke für überführt, in der Zeit vom 1. März bis 1. August dieses Jahres — während die Müller eine Gefängnisstrafe verbüßte und deren Kinder unter seiner Aufsicht standen — sich in vier Einzelfällen des Verbrechens gegen § 176 Abs. 2 R.-Str.-G.-B. schuldig gemacht zu haben. — Der Angeklagte Jandke ist bereits vielfach wegen Diebstahls und Diebstahls vorbereitend und in andrerthat dessen erkannte die Strafkammer wegen jedes Einzelfalles auf 1 1/2 Jahre Zuchthaus und sonach auf eine Gesamtstrafe von 4 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust.

Daß die nach Berlin eingeführte Thüringer Wurst in den meisten Fällen gefärbt ist, ging aus zwei Verhandlungen hervor, welche gestern vor der 129. Abtheilung des Schöffengerichts stattfanden. Zunächst hatte sich der Kolonialwaarenhändler Gliblum wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu verantworten. Er hatte Thüringer Wurst verkauft, welche nach dem Gutachten des Gerichtschmeckers Dr. Wischoff mit sogenanntem Cannin-Surrogat gefärbt war. Die Farbe sei zwar unschädlich, es liege aber immerhin eine Täuschung des Publikums vor, denn durch die künstlich erzielte lebhaftere Färbung werde der Glaube erweckt, daß es sich um besonders frische Wurst handle. Auch in der folgenden Verhandlung gab der Angeklagte, der Kaufmann Emmerich, eine Thüringer Wurstfabrik als die Bezugsquelle an. Die Fabrik hatte sich damit entschuldigt, daß ihr Berliner Agent ausdrücklich verlangt habe, daß die Wurst gefärbt werde, da sie sonst hier unverkäuflich sei, weil ungeschädliche Wurst nach wenigen Stunden an den Schnittflächen erlaube. Dr. Wischoff erklärte, daß dem Verkaufer solcher Wurst nichts entgegenstehe, wenn sie als „gefärbte Wurst“ bezeichnet werde, gerade wie Weißbier mit Wasserzucker nur unter dieser Bezeichnung verkauft werden dürfe. Der Gerichtshof hielt nur eine Fahrlässigkeit vorliegend und erkannte in jedem Falle auf eine Geldstrafe von 10 M.

Die Verhandlungen in dem vor dem Schwurgericht hiesigen Landgerichts I geführten Meineidsprozeß Marx und Genossen zogen sich am Montag wiederum bis fast zur Mitternacht hin. Erst um 8 Uhr Abends wurden die Zeugen vereidigt und es begannen die Plaidoyers des Staatsanwalts Stodow II und der Rechtsanwälte Dr. Hartwich zu gunsten des Dienstmädchens Eva Marx und Dr. Schwandt für die Angeklagte Frau Kipper. Erst um 11 1/4 Uhr verlas der Dolmann — Schriftsteller Dr. Hans v. Hopfen — den Wahrspruch der Geschworenen. Durch denselben wurde die Angeklagte Marx für schuldig erklärt, in zwei Fällen eine wissenschaftliche eidstattliche Versicherung abgegeben und einen Meineid geleistet zu haben, doch bejahen die Geschworenen bezüglich des Meineides den strafmildernden Umstand des § 157 Str.-G.-B., wonach die verwirkte Strafe auf die Hälfte bis ein Viertel zu ermäßigen ist, wenn die Angabe der Wahrheit gegen den Betreffenden selbst eine Strafverfolgung nach sich ziehen konnte. Frau Kipper wurde für nichtschuldig erklärt. In Gemäßheit dieses Wahrspruches verurtheilte der Gerichtshof die Angeklagte Marx zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Bei der Strafabmessung erwog der Gerichtshof, daß bei den ungebührlichen Weiberkassereien, die in der Eheheimsache der Frau K. mitgespielt haben, das Dienstmädchen Marx eine hervorragende Rolle gespielt hat und nicht davor zurückgeschreckt ist, ihre Phantasien mit einem Eide zu bekräftigen. Der Gerichtshof hat sie daher für eine besonders leichtfertige Person erachtet. Frau Kipper wurde freigesprochen. Da sie jedoch noch verdächtig ist, in einem anderen Falle den Versuch, eine Person zum Meineide zu verleiten, gemacht zu haben, so wurde die über sie verhängte Untersuchungshaft nicht aufgehoben.

Ortskrankenkasse der Sattler und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Da die Vertretung der Ortskrankenkasse der Sattler und verwandten Gewerbe zu Berlin der in dem Erlasse vom 27. Juli d. J. O. P. 3987 getroffenen Anordnung keine Folge gegeben hat, ändere ich hiermit gemäß § 33 Absatz 3 des Krankenversicherungsgesetzes die §§ 12, 15, 19 und 29 des vorstehenden Statuts von Amts wegen mit rechtsverbindlicher Wirkung vom 29. Oktober d. J. dahin ab, daß dieselben lauten:

§ 12.
Als Krankenunterstützung wird gewährt für die Dauer einer Krankheit, oder für die durch Krankheit herbeigeführte Erwerbsunfähigkeit, aber nicht über 52 Wochen:

1. Von Beginn der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung und Arznei.
2. Im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom ersten Tage nach der Erkrankung für jeden Kalendertag ausschließlich der Sonntage die Hälfte des im § 11 festgesetzten Tagelohns.
3. Die Lieferung von Brillen, Bruchbändern u. ähnlichen Vorrichtungen oder Heilmitteln, welche zur Heilung des Erkrankten oder zur Herstellung und Erhaltung der Erwerbsfähigkeit nach beendigtem Heilverfahren erforderlich sind.

Die Krankenunterstützung wird für die Dauer der Krankheit gewährt, sie endet für Mitglieder, welche der Kasse vor Eintritt des Unterstützungsfalles noch nicht 13 Wochen angehört haben, spätestens mit dem Ablauf der dreizehnten Woche, für alle übrigen Mitglieder mit dem Ablauf der 26. Woche nach Beginn der Krankheit, im Falle der Erwerbsunfähigkeit (Abs. 1 Ziffer 2) spätestens mit dem Ablauf der 13. resp. der 26. Woche nach Beginn des Krankengeldbezuges. Endet der Bezug des Krankengeldes erst nach Ablauf der 13. resp. 26. Woche nach dem Beginne der Krankheit, so endet mit dem Bezuge des Krankengeldes zugleich auch der Anspruch auf die im Absatz 1 unter Ziffer 1 und 3 bezeichneten Leistungen.

§ 15.
Für Mitglieder, welche von der Kasse eine Kranken-Unterstützung ununterbrochen oder im Laufe eines Zeitraums von 12 Monaten für 26 Wochen bezogen haben, werden bei Eintritt eines neuen Unterstützungsfalles, sofern dieser durch die gleiche nicht gehobene Krankheitsursache veranlaßt worden ist, im Laufe der nächsten 12 Monate als Krankenunterstützung nur die im § 12 Ziffer 1 und 3 bezeichneten Leistungen, sowie die Hälfte des durchschnittlichen Tagelohns als Krankengeld, beides aber auch nur für die Gesamtdauer von 13 Wochen gewährt.

§ 19.
Für den Todesfall eines Mitgliedes gewährt die Kasse ein Sterbegeld:

- | | |
|--------------------------------|-------|
| a) für Mitglieder I. Klasse v. | 75,- |
| b) " " II. " " | 45,- |
| c) " " III. " " | 32,50 |
| d) " " IV. " " | 25,- |

Verstirbt ein als Mitglied der Kasse Erkrankter nach Beendigung der Krankenunterstützung, so ist das Sterbegeld zu gewähren, wenn die Erwerbsunfähigkeit bis zum Tode fortgedauert hat und der Tod infolge derselben Krankheit vor Ablauf eines Jahres nach Beendigung der Krankenunterstützung eingetreten ist.

§ 29.
Die wöchentlichen Kassenbeiträge betragen

1. Für männliche Kassenmitglieder über 16 Jahren, ausschließlich der Lehrlinge 51 Pf.
2. Für weibliche Kassenmitglieder über 16 Jahren 38 Pf.
3. Für männliche Kassenmitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge 24 Pf.
4. Für weibliche Mitglieder unter 16 Jahren 18 Pf.

Potsdam, den 16. Oktober 1894.
Der Oberpräsident
Staatsminister
L. S.
O. P. 13961

Der Vorstand
der Ortskrankenkasse der Sattler
Wilhelm Erdmann, H. Dittberner,
Vorstand, Schriftführer,
Strauß, Neumannsgasse 61.

Sauberstes, durch Maschinen hergestelltes Roggenbrot der
Genossenschafts-Bäckerei für Berlin und Umgegend
E. G. m. b. H. 34, Müllerstr. 34
Schutz-Mark.
Telephon-Anschluß.
500 Zu haben in ca. Niederlagen.

Ortskrankenkasse für das Bierbrauer-Gewerbe zu Berlin.

Die Mitglieder obiger Kasse werden gemäß § 50 des Statuts benachrichtigt, daß am

Freitag, den 16. November cr.

Abends 8 Uhr

in **Joels Gesellschaftsalen,**

Andreasstr. 21,

eine Erziehung von 70 Delegierten der Arbeitnehmer stattfindet.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Die Wahl ist eine geheime und erfolgt durch Stimmzettel. Die Wähler haben sich sowohl beim Eintritt in das Wahllokal als bei Abgabe des Stimmzettels durch ihr Quittungsbuch zu legitimieren. Die Wahlhandlung wird um 8 Uhr eröffnet und um 10 Uhr geschlossen.

Die Herren Arbeitgeber, welche aus ihren Mitteln Beiträge zur Ortskrankenkasse für das Bierbrauer-Gewerbe zahlen, werden ersucht, am

Sonnabend, 17. November cr.

Vormittags 11 Uhr

in **Leipziger Garten,**

Leipzigerstr. 182,

zur Wahl von 76 Vertretern für die Generalversammlung der Ortskrankenkasse zu erscheinen.

Wahlberechtigt sind nur die Inhaber bzw. die eingetragenen Vertreter der Brauereien.

Wählbar sind nicht nur die Arbeitgeber persönlich, sondern auch Geschäftsführer und Betriebsbeamte der zu beitragenden verpfändeten Arbeitgeber. Die Wahl ist geheim und erfolgt durch Stimmzettel. Die Wahlhandlung wird um 11 Uhr eröffnet und um 12 Uhr geschlossen.

Berlin, den 7. November 1894.

Der Vorstand

der Ortskrankenkasse für das Bierbrauer-Gewerbe zu Berlin.

Petersen, 91/1

Magistrats-Kommissar.

Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin.

Hierdurch wird auf Grund des § 66 des Statuts bekannt gemacht, daß die Kasse z. Zt. 14 998 Mitglieder hat und nach § 49 d. St. daher

1. aus der Zahl der Kassenmitglieder 150 Vertreter,
2. aus der Zahl der Arbeitgeber 75 Vertreter

für die Jahre 1895 und 1896 neu zu wählen sind.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur solche Personen, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Die Wahl der 150 Vertreter der Kassenmitglieder findet

Sonntag, den 11. November cr.,

Vormittags 10 Uhr,

und die Vorversammlung hierzu, behufs Aufstellung der Kandidaten

Sonntag, den 28. Oktober cr.,

Vormittags 10 Uhr,

im Saal Kommandantenstr. 20 (Armin-Hallen) statt, wozu die Wähler hierdurch eingeladen werden.

Die Wahl ist geheim.

Zutritt zum Wahllokal haben nur wahlberechtigte Mitglieder der dies. Kasse; diese haben sich durch das bis zum letzten Zahlungstermin abgestempelte Quittungsbuch, sowohl beim Eintritt in das Wahllokal, wie zur Ausübung des Wahlrechtes am Wahlstätte zu legitimieren. Zu diesem Zweck werden die Arbeitgeber aufgefordert, den bei ihnen beschäftigten Kassenmitgliedern die Quittungsbücher ordnungsmäßig quittiert auszuhandigen. Die Kasse ist am Wahltag geschlossen.

Die Wahl der 75 Vertreter der Arbeitgeber findet

Montag, den 12. November cr.,

Abends 8 Uhr,

und die Vorversammlung hierzu behufs Aufstellung von Kandidaten

Dienstag, den 30. Oktober cr.,

Abends 8 Uhr,

im Restaurant Köllig, Neue Friedrichstraße 44, statt, wozu die Arbeitgeber hierdurch eingeladen werden.

Berlin, den 24. Oktober 1894.

Der Vorstand.

H. Dähne, Vorsitzender

Demminstr. 66.

H. Kelpin, Schriftführer,

Demminstr. 54. [200/7]

Musikalien u. Instrumente

aller Art

gut und sehr preiswert.

Reparatur-Werkstatt.

Verleih-Institut für sämtliche Instrumente.

G. Tschentscher,

19 Alte Schönhauserstr. 19.

Achtung!

Jahresan, auch Teilzahl., wöchentl.

1 M., Quokal, Laufher Pl. 2, Elsfasser-

Kraße 12.

Bekanntmachung!
Sonntag, den 11. November 1894,
finden im Restaurant Feind, Wein-
straße 11, 155/6

zwei außerordentliche General-Versammlungen

der Orts-Krankenkasse der
Kürschner und verwandten
Gewerbe

zur Wahl von Delegierten zu derselben
auf die Dauer von zwei Jahren statt.

Präzise 10 Uhr

außerordentliche Generalversammlung zur Wahl von 40 Delegierten Arbeitgebern, hierzu sind eingeladen sämtliche Arbeitgeber, welche Arbeiter oder Arbeiterinnen zur Kasse gemeldet haben.

Präzise 11 Uhr

außerordentliche Generalversammlung zur Wahl von 80 Delegierten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, hierzu sind eingeladen sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, welche Mitglieder der Kasse sind. Mitgliedsbuch legitimiert.

Im Interesse der wichtigen Tages-Ordnung ist es Pflicht eines jeden Arbeitgebers, sowie Arbeitnehmers und Arbeitnehmerin, in diesen Versammlungen pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

G. Dobronz, Vorsitzender.

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königstr. 59, vorn I., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verliehen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Teilzahlung gestattet. Beantw. ohne Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Ausbaum-Kleiderspinden 30, Stühle 3 Mark, hochfeine Muschelspinden 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Zylinderbureau, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Paneel-Sophas 75, Buffet, Trumeaus 65 M., Betten, Conditentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein großes Möbellager Berlin zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel bleiben bis Januar kostenfrei stehen und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

In Roh- Tabaken und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten

**!! billigster
Einkauf!!**

W. Hermann Müller

Berlin

Neue Friedrich-Strasse 9.

Strong reelle Bedienung.

Creditgewährung

nach Uebereinkunft!!

Ein Jeder mache den Versuch.

Der billigste und zuverlässigste Uhren-

Einkauf sowie Reparatur ist unzweifel-

haft bei

Albin Gröger, Uhrmacher,

Oranienstr. 1, Berlin SO.

Nickel-Cylin.-Remont. von 5 M. an

Silberne " 12 " "

Goldene Damen-Remont. " 22 " "

Goldene Herren-Remont. " 36 " "

Getr. silb. Zylinderuhren " 3 " "

Regulateurs m. Schlagm. " 16 " "

Wanduhren, Nickel-Wecker, Kotten zc.

37 Als anerkannt reelle und **37**

billigste Einkaufs-Quelle des

Süd-Ostens für

Gold-, Silber-,

Alfenidwaren (Eg. Fabr.)

goldene u. silberne Uhren

empfehle ich

H. Gottschalk,

Goldarbeiter und Uhrmacher,

37 Admiral-Strasse 37

Empfehle

25 Stk. Cigarren 1 M., 100 von 3,50 M.

an, eig. Fabrikat, rein amerik. Tabak.

Rippen & Pfd. 35 Pf., 2 Pfd. 65 Pf.

C. Wolsdorf,

Wasserthor-Strasse Nr. 20.

Stieglitz, Leichen 1 M., Hänflinge,

Finken 75 Pf., Kanarienvogel 4, 5, 6 M.,

a. Art bill. Rodmann, Radolfer 2, Schl. 3.

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. [678b]

Halb und Halb.
Mame mit Pomeranzen
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche
Mark 1,25
Carl Mame
Ukört. brk Berlin. N. 28

Wegen **Umbau** meiner **Geschäftsräume** gelangen die **Restbestände** meines seit 21 Jahren bestehenden **Warenlagers:**

Teppiche! Fertige Wäsche! Gardinen! Steppdecken! Portièren! Leinenwaren!

zu spottbilligen Preisen zum **Ausverkauf.**

Am Stadtbahnhof **J. Brünn** Am Stadtbahnhof Börse.

4. Hackescher Markt 4.

**Möbel-
Gelegenheitskauf**

zu außergewöhnlich billigen Preisen. Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200—1000 M. Teilzahlung gestattet. Elegante Nußbaum- u. Mahagoni-Kleiderspinden u. Vertikows 30 M., einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit Matratze 20 M.; Waschtölpchen, Küchenspinden, Kommoden 12 M.; Stühle 3 M.; Sophasische 6 M.; Säulen-Trumeaus 65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.; Paneel-Sophas 50 M.; Buffets, Silberschränke, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel (wenig gebraucht) zu halben Preisen und sollte es Niemand veräumen, wer gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis Januar kostenfrei aufbewahrt, transportiert und aufgestellt.

Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L
am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohabake sind am Lager.

**A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.**

Al., l., helle, gut heizb. Stube m. sep. Eing. wird nebst Beköst. z. bei e. Gen. in der Ader, Invaliden- od. in diese bezogen. Strafen vom 1. Dez. d. J. zu mieten gew. Off. mit Preisang. werd. mit untenstehender Adresse erbeten.
J. Ed. Behmer, Duffenstr. 26, Sof. Seitenfl. r., p. l. 891b

Bitte lesen Sie!

Jeden Genossen, der seinen Bedarf an **Winter-Paletots,** sowie Anzügen, einzelnen Röcken, Jaquets, Hosen, Westen u. s. w., ferner Stiefeln, Hüten, Wäsche, Betten, gold- u. silbernen Herren- u. Damen-Uhren, **Wahrscheffel,** Reise- und Holzstöcken u. s. w. billig und gut kaufen will, empfehle mein bekanntes reichhaltiges Lager in Alt und Neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.

A. Wergien,
Schneidermeister und Parfumerien-
Händler, 9233*

127 Skalitzerstraße 127.
Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt. Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

Ein Vereinszimmer mit Piano ist zu verg. bei Remus, Blumenstr. 43.

**Vereinszimmer mit Piano b. Jacob Boehmstraße 21. Ausschank von ring-
freiem Bier. 681b***

**Vereinszimmer mit Piano b. Jacob Boehmstraße 21. Ausschank von ring-
freiem Bier. 681b***

**Buske's Saal, Grenadier-
straße 33, früher See-
feld, ist zu Festlichkeiten und Versammlungen noch frei. Große und kleine Vereinszimmer noch zu vergeben.**

Kleiner Saal und Vereinszimmer zu vergeben Kaiserstraße 11. Ausschank Münchener Brauhaus. 675b

Arbeitsmarkt.
Tüchtige Farbigmacher u. Barock-
bergolber verl. Remann, Denuig
u. Komp., Zeughostr. 21. 1973

Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die getrigte Gewinnliste der preuß. Lotterie bei.